

Preussische Allgemeine



Nr. 5 · 2. Februar 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Die Luft ist raus

Wie die bisherige Bilanz der Bundesregierung die Sozialdemokraten in eine existentielle Krise treibt Seite 2



Im Gespräch Michael Wolffsohn über alten und neuen Judenhass Seite 3



Heimat Zur Geschichte des Straßenbaus im Königreich Preußen Seite 23

FOTOS: IMAGO; PA; BILDARCHIV OSTPREUSSEN

VON RENÉ NEHRING

DEBATTE

Von Alfred Tetzlaff aus der Fernsehserie „Ein Herz und eine Seele“ stammt der Satz: „Der Sozi ist nicht grundsätzlich dumm, er hat nur sehr viel Pech beim Denken.“ Ähnlich formulieren könnte man es derzeit auch beim Anblick zahlreicher Akteure der Grünen, allen voran beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck.

Am vergangenen Wochenende verfügte US-Präsident Joe Biden den Stopp weiterer Exporte von US-amerikanischem Flüssiggas (LNG) nach Europa und legte zugleich den Bau neuer LNG-Terminals auf Eis. Als Grund dafür gab die US-Regierung ökologische Bedenken an. Zwar stellte Energieministerin Jennifer Granholm klar, dass sich der verfügte Stopp „weder auf bereits genehmigte Exporte ... noch auf unsere Fähigkeit, unsere Verbündeten in Europa, Asien oder andere Empfänger bereits genehmigter Exporte zu beliefern“, auswirken werde. Doch warnte der amerikanische LNG-Produzent Venture Global umgehend vor einer Erschütterung des globalen Energiemarktes und sagte, dass die Aussetzung weiterer LNG-Projekte in den USA für die bisherigen Geschäftspartner die „Wirkung einer Wirtschaftssanktion“ habe.

Debakel für Habeck

Für Wirtschaftsminister Habeck erodiert mit Bidens Entscheidung ein weiteres tragendes Element des von ihm forcierten Umbaus unserer Volkswirtschaft. Nach dem selbstgewählten Ausstieg aus der Kernenergie sowie dem Abschied von russischen Gaslieferungen sollte das Flüssiggas aus Übersee all jene Versorgungslücken schließen, die durch den Umstieg auf Windkraft und Solarenergie immer dann entstehen, wenn Wind und Sonne mal wieder eine Pause machen. Da Letzteres nicht selten vorkommt, sind die Versorgungslücken entsprechend groß.

Das Ende vom Märchen der sicheren Energiewende

Nach dem jüngsten Debakel von Wirtschaftsminister Habeck ist es an der Zeit für eine unvoreingenommene Neuaufstellung der deutschen Energiepolitik

Erst kurz vor Weihnachten musste Habeck zudem einräumen, dass seine „Kraftwerkstrategie“ – deren Kern es war, zunächst mit LNG und später mit „grünem Wasserstoff“ betriebene Gas-Kraftwerke massiv auszubauen, um die Lücken von Windkraft und Solarenergie zu schließen – durch das Karlsruher Urteil zur Schuldenbremse faktisch gescheitert ist. Habecks Plan war es, die Milliardenbeträge für den Bau der Kraftwerke in den Sonderhaushalten der Corona-Pandemie zu verstecken, um weiter das Märchen vom günstigen Ökostrom erzählen zu können.

Apropos „grüner Wasserstoff“. Dessen Herstellung erfolgt durch die Aufspaltung von Wasser mittels elektrischen Stroms. Das Etikett „grün“ erhält dieser Rohstoff, weil der Strom durch Windkraft erzeugt und das fertige Produkt für „emissionsfrei“ erklärt wird. Da die einheimischen Kapazitäten nicht ausreichen, um die von der Industrie benötigten Mengen an künstlichem Wasserstoff herzustellen, vereinbarte Habeck im Sommer 2022 mit der kanadischen Regierung ein Abkommen zur Ankurbelung der Wasserstoffwirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks. Doch prompt regte sich in Neufundland und Labrador – wo die dafür erforderlichen Windparks entstehen sollen – massiver Widerstand gegen die Verschandelung urwüchsiger Landschaften durch gigantische Windräder. Insofern kann es sein, dass die Begründung des LNG-

Stopps in den USA Habeck auch in Kanada schon bald auf die Füße fällt.

Zudem verzögert sich hierzulande auch der Ausbau der Stromnetze. Nun rächt sich, dass die Ampelregierung den Atomstrom abschaltete, bevor die Leitungen für einen verstärkten Transport der im Norden erzeugten Energiemengen gen Süden fertig sind. Auch sonst scheint man erst jetzt so richtig zu begreifen, dass für grüne Herzensprojekte wie den Schwenk von Verbrenner- zu Elektromotoren oder die Wende hin zu mit Strom betriebenen Wärmepumpen Kapazitäten benötigt werden, die schlicht nicht vorhanden sind. Wie sagte doch Alfred Tetzlaff? Sie sind zwar nicht grundsätzlich dumm, sie haben nur sehr viel Pech beim Denken ...

Zeit für eine neue Energiepolitik

Fakt ist: Bidens Entscheidung hat die Behauptung, dass die Energiewende die Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen reduzieren und die Versorgungssicherheit unseres Landes erhöhen werde, einmal mehr als Unsinn entlarvt. Um so schlimmer, dass das Habeck-Ministerium noch immer auf seiner Webseite verkündet: „Unsere Energiewende: sicher, sauber, bezahlbar“. Was für die Grünen als „bezahlbar“ gilt, treibt deutsche Unternehmen zuhauf ins Ausland oder in die Geschäftsaufgabe – und unzählige Bürger an den Rand des Ruins. Ganz abgesehen davon, dass Deutschland nach wie vor Atomstrom

nutzt – nur dass dieser nicht mehr aus dem eigenen Land kommt, sondern aus Frankreich und anderen Nachbarländern.

Die schlichte Wahrheit ist, dass das gesamte Konstrukt Energiewende entgegen allen Verheißungen nie auf Fakten aufgebaut war, sondern vor allem auf theoretischen Annahmen und – in deren Folge – auf ideologischen Vorgaben. Warnungen aus dem Bereich von Technik und Naturwissenschaften wurden zuhauf verdrängt oder als Propaganda etwa der „Atomlobby“ gebrandmarkt.

Fest steht auch: Es ist höchste Zeit für eine Neuausrichtung der deutschen Energiepolitik. Es ist Zeit für eine Energiepolitik, die unvoreingenommen (!) alle verfügbaren Ressourcen in Betracht zieht und dabei deren Leistungsfähigkeit, Umweltbelastungen, Kosten und die Versorgungssicherheit einbezieht. Es ist Zeit für eine Energiepolitik, die die Atomkraft nicht von vornherein verdammt und zugleich Elektromobilität für „emissionsfrei“ erklärt, obwohl längst jedes Kind weiß, dass auch für die Herstellung von Elektromotoren eine Menge Energie benötigt wird.

Viel Zeit bleibt nicht. Vor dem Abschalten der Kernkraft warnten Ökonomen aus dem In- und Ausland, dass Deutschland mit diesem Schritt „ökonomischen Selbstmord“ begehen werde. Längst zeigt sich, dass diese Warnungen keine Horrorszenarien waren, sondern ein nüchterner Ausblick auf das, was derzeit geschieht.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Alleensterben – wie Theodor Fontanes „grüne Haine des Reisens“ verschwinden Seite 5

Kultur
Zeitenwende in der Kunst – das Frankfurter Städel zeigt Pioniere der Renaissance Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Allenstein plant, in diesem Jahr in Industrie, Bildung und Medizin zu investieren Seite 13

Reise
Streifzüge durch den böhmischen Teil des Elbsandsteingebirges Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

SPD in der Krise Während die Ampelregierung Tag für Tag Ratlosigkeit bei der Suche nach Lösungen für die Probleme unseres Landes offenbart, geht es für die Kanzlerpartei allmählich um die Existenz

Blanke Panik bei den Genossen

Die Umfragewerte rauschen in den Keller, die Sozialdemokraten sind ratlos wie nie und denken über einen Kanzlerwechsel nach

VON HOLGER FUSS

Sozialforscher haben jetzt ermittelt, dass die Corona-Jahre den Deutschen nachhaltig zugesetzt haben. Sie zeichnen das Bild einer geschwächten, gereizten, misstrauischen Gesellschaft, die noch immer nicht aus dem Krisenmodus herausfindet. Laut Daten der Techniker Krankenkasse waren Erwerbstätige anno 2023 durchschnittlich 19,4 Tage krankgeschrieben – der höchste Wert, den die Kasse in den vergangenen zwei Jahrzehnten statistisch notierte. Und in der Kanzlerpartei SPD herrscht blanke Panik, weiß der „Spiegel“ zu berichten. Die Partei stecke in „der wohl tiefsten Krise, in der sie ihre Partei je erlebt haben“, heißt es über die Genossen. „Es geht um die Existenz der SPD. Diesmal wirklich.“ Ein Land regiert von Ratlosen. Ganz so, wie Shakespeare im „König Lear“ ausrufen lässt: „Es ist der Fluch der Zeit, dass Irre Blinde führen!“

Seit Olaf Scholz an der Spitze der Ampelkoalition im Kanzleramt sitzt, befinden sich die Umfragen im freien Fall. Während die SPD bei der Bundestagswahl 2021 noch 25,7 Prozent der Stimmen erhielt, rangiert die Partei in aktuellen Befragungen zwischen 13 und 14 Prozent. Als Scholz sein Amt antrat, trauten ihm 51 Prozent der Befragten zu, ein guter Kanzler zu sein. Heute landet er auf der Beliebtheitskala der Politiker auf dem vorletzten Rang, unbeliebter ist nur noch Alice Weidel. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden die drei Ampel-Parteien gerade mal so viel Zuspruch erhalten wie die Union allein. Die SPD hat also allen Grund, Alarmstimmung zu verspüren.

Suche nach Auswegen

Regelmäßig trifft sich derzeit eine kleine Runde von Spitzengenossen, „um Wege aus der Krise zu suchen“, so berichtet der „Spiegel“. Kabinettsumbildung? Neuwahl? Kanzler austauschen? Alles stünde im Raum. „Ein Märchen“, so wiegelt Scholz derlei Berichte gegenüber der „Zeit“ ab. Als gesichert gelten kann hingegen eine drei Stunden lange Aussprache der SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem Kanzler bei ihrer Jahresauftaktklausur am 11. Januar, in der Scholz von den Abgeord-

neten scharf kritisiert wurde. Ralf Stegner nannte die Lage „frostig“, ein Abgeordneter beschrieb die Situation wie auf der „Titanic“: Die Kapelle spiele noch, der Eisberg sei bereits in Sicht, „aber keiner tut was“. Zerknirscht gelobte Scholz, sich künftig kämpferischer und empathischer zu zeigen. Kaum einer glaubt daran. „Der ändert sich nicht mehr. Und so ändert sich gar nichts“, so ein Fraktionskollege.

Laut einer Insa-Umfrage wünschen sich 64 Prozent der Deutschen, dass Scholz das Kanzleramt an Boris Pistorius übergeben solle. Der Verteidigungsminister gilt seit Monaten mit weitem Vorsprung als beliebtester Politiker. Aber noch weicht Fraktionschef Rolf Mützenich aus, als ihn ein Journalist fragt, ob ein Kanzlertausch ausgeschlossen sei: Solche Spekulationen seien ihm nicht bekannt.

Mit dieser Beschwichtigungshaltung könnte es im Laufe dieses Jahres vorbei sein. Im Juni ist Europawahl, im Herbst

wird in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gewählt. Gut möglich, dass die AfD in den drei Bundesländern triumphal abschneidet. Spätestens dann könnten den Fraktionsgenossen klar werden, dass viele von ihnen nicht mehr im nächsten Bundestag sitzen könnten. „Und wenn es an die Existenzen geht, kann sich da eine Dynamik entwickeln“, ist in der SPD-Fraktion zu hören. Die Insa-Erhebung ergab auch, dass nach einem Kanzlertausch die Werte der SPD gleich um mehrere Prozentpunkte nach oben gehen würden. Worauf also warten die Genossen?

Dominanz des Mittelmaßes

Prinzipiell haben sich die Sozialdemokraten noch nie geschert, ihre Leitwölfe bei Erfolglosigkeit zu meucheln. Das ist dem SPD-Chef Martin Schulz 2018 so ergangen und ein Jahr später seiner Nachfolgerin Andrea Nahles. Das Willy-Brandt-Haus in Berlin ist berüchtigt als Haifischbecken.

Nirgendwo wird so viel intrigiert und dabei das Wort „Solidarität“ im Munde geführt. Ein Grund dafür ist, dass die Führungsetagen der Partei, deren Glutkern das soziale Aufstiegsversprechen ist, von den Mittelmäßigen gekapert wurden, die sich in Stellungsgefechten verkämpfen.

Entsprechend geriet die „Roadshow“ durch 23 Regionalkonferenzen im Herbst 2019, jene Kandidatentour von Bewerbern für die Nachfolge der zurückgetretenen Nahles, zu einem Wettlauf der Glanzlosen. Selbst ein Boris Pistorius verbläste im Kreise seiner mehlistumpfen Konkurrenten und konnte den Eindruck nicht widerlegen, dass die SPD personell blank dasteht. Die gegenwärtige Spitze aus Saskia Esken und Lars Klingbeil mitsamt ihrem Generalsekretär Kevin Kühnert verbreitet die Aura einer Notlösung, die Sehnsucht nach besseren Zeiten weckt. Am vergangenen Sonntag kürte die SPD auf einer Delegiertenkonferenz neben

Katarina Barley als Spitzenkandidatin Olaf Scholz als zweites Gesicht bei der Europawahlkampagne. Mehr Personalengpass geht kaum.

Auch programmatisch hat die SPD ihren Kompass verloren. Die 161 Jahre alte Partei, die einst der Arbeiterklasse zu Selbstwertgefühl und wachsendem Wohlstand verhalf, hat in den vergangenen Jahren insgeheim mit der erwerbstätigen Bevölkerung gebrochen. Auf der Suche nach neuen, proletarisch entrechteten Zielgruppen wandte sich die Sozialdemokratie im Windschatten der Grünen den Minderheiten im Lande zu. Ein Exotismus der Benachteiligten entstand. Die SPD zog Diskriminierte magnetisch an, die Partei wurde zum Tummelplatz der Lobbyisten von Migranten, Klimarettern, queeren Lebensformen und feministischen Transformationsartisten. Die traditionelle Kernzielgruppe – Arbeiter und Angestellte – wurde bei dieser Neuorientierung buchstäblich abgehängt und ausgiebig verhöhnt. Waren dies nicht ohnehin jene suspekten Kleinbürger, die schon Hitler zugejubelt hatten und den Nazivirus womöglich noch in sich tragen?

Profiteure des Niedergangs

Die gut zehn Prozent, die die SPD in zwei Jahren eingebüßt hat, legte die AfD zwischenzeitlich zu. Bei der Bundestagswahl 2021 strichen die Rechtskonservativen 10,3 Prozent ein, in Umfragen liegen sie bundesweit derzeit zwischen 20 und 24 Prozent. Sofern Wähler von der SPD zur AfD abwandern, steht zu vermuten, dass die Menschen nicht durch rechtsradikale Wahnvorstellungen dazu getrieben werden, sondern weil die AfD einfach präziser als sozialdemokratische Funktionäre die schnöde Lebenswirklichkeit von Normalbürgern zu spiegeln vermag. Ob die AfD solide Problemlösungen bereithält, ist dabei zweitrangig; die SPD hat ja auch keine.

Das Überleben der SPD wird davon abhängen, wie schnell es ihr gelingt, dass die Breite der Bevölkerung in ihrer tendenziell konservativen Grundbefindlichkeit sich im Personal und im Programm der Partei wiedererkennen kann. Den Nimbus des sozialen Exotismus muss die Sozialdemokratie loswerden und den Grünen überlassen.



Verkörpert derzeit wie kein Zweiter den Niedergang einer altherwürdigen Volkspartei: Bundeskanzler Olaf Scholz

Foto: imago

PLANSPIELE

Ist Pistorius der bessere Kanzler?

Während die SPD um ihr Überleben kämpft, reißen die Gerüchte über einen Wechsel an der Spitze der Regierung nicht ab

Zu verdanken hat Olaf Scholz die jüngste Debatte um einen Kanzlertausch der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“. Deren Berliner Korrespondent berichtete am zweiten Weihnachtstag vergangenen Jahres über Spekulationen um die Wirecard-Affäre und den Ex-Firmenchef Jan Marsalek, der als russischer Spion in Putins Reich Unterschlupf gefunden haben und gerüchteweise als Nachfolger von Prigoschin die „Wagner“-Truppe anführen soll. Dann fragt die Zeitung: Ist Scholz erspressbar, weil Putin durch Marsalek brisante Informationen aus der Wirecard-Affäre besitzt? Könnten solche Enthüllungen den Kanzler stürzen? In diesem Fall, so orakelt „La Repubblica“, könnte Boris Pistorius das Amt von Scholz übernehmen.

Eine wilde Story, gewiss. Doch das Szenario trifft das politische Berlin ins

Mark in einer Situation, da in Umfragen die Zustimmung zum Kanzler schwindet und sich in seiner Partei zunehmend Skepsis breitmacht. Das Planspiel eines Kanzlertausches macht die Runde. Immerhin führt Pistorius seit seinem Amtsantritt als Verteidigungsminister im Januar 2023 als beliebtestes Kabinettsmitglied die Politiker-Rankings an.

Technisch ist ein Wechsel im Kanzleramt durch einen Rücktritt von Scholz möglich oder per konstruktivem Misstrauensvotum im Parlament. Allerdings könnte bei einer verlorenen Vertrauensfrage die Opposition dazwischengrätzen und auf Neuwahlen pochen.

Indes: Wäre Pistorius tatsächlich der bessere Mann im Kanzleramt? Der 63-Jährige stammt aus Osnabrück, wurde nach Boris Pasternak benannt, machte eine

Kaufmannsausbildung und studierte nach dem Grundwehrdienst Jura. Jahrelang arbeitete er in der niedersächsischen Verwaltung, dann wurde er in seiner Geburtsstadt Oberbürgermeister, später Innenminister in Hannover. Mit 16 trat er in die SPD ein und gehört dort zu den bodenständigen Genossen – wertkonservativ, nahbar und zupackend, kein Phrasenjongleur.

Die nahbare Alternative zu Scholz

Die Nahbarkeit unterscheidet ihn von Scholz – sowie die Neigung, verständlich und schnörkellos in die Kameras zu sprechen. Während die Menschen bei Scholz mitunter den Eindruck haben, einem Schwindler aufzusitzen, strahlt Pistorius Vertrauen aus, eben norddeutsche Geradlinigkeit. Dies dürfte ein Grund sein, weshalb der neue Verteidigungsminister im

Während die Menschen bei Scholz mitunter den Eindruck haben, einem Schwindler aufzusitzen, strahlt Pistorius Vertrauen aus

Handumdrehen zum beliebtesten Politiker aufstieg. Endlich einer mit Format im Kabinett, mögen viele gedacht haben.

Dass Pistorius fähig ist, sich schnell in neue Themen einzuarbeiten, beweist er seit einem Jahr in Berlin. Insofern wäre er als Regierungschef gewiss kein Fehlgriff. Ein Kanzlerwechsel ist dennoch unwahrscheinlich. Allzu fragil ist die Machtarchitektur innerhalb des Dreierbündnisses der Ampel. Und zuwenig Rückhalt hat Pistorius in der SPD-Bundestagsfraktion.

Pistorius, das beweist er an der Spitze der Bundeswehr, verkörpert das Team Vernunft. Rolf Mützenich als Fraktionsführer, Saskia Esken als Parteichefin und Kevin Kühnert als Generalsekretär sind nicht aus diesem Holz geschnitzt. Dagegen ist auch der Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt machtlos. H.F.

„Wer Juden vertreibt, handelt dumm“

Über alten und neuen Antisemitismus, die Naivität und das Wunschdenken westlicher akademischer Milieus sowie darüber, welche Auswirkungen Judenhass in jenen Gesellschaften verursacht, in denen er zugelassen wird

IM GESPRÄCH MIT
MICHAEL WOLFFSOHN

Nie wieder ist jetzt!“, ertönte es in den letzten Tagen und Monaten auf Deutschlands Straßen. Auf großen Demonstrationen – zumeist „gegen Rechts“ – setzen Bürger dieses Landes „Zeichen“ gegen den wachsenden Antisemitismus. Allerdings blenden sie dabei aus, dass Juden in Deutschland derzeit weniger von Rechtsextremisten als vielmehr aus dem Kreis muslimischer Zuwanderer bedroht werden. Der Historiker und Publizist Michael Wolffsohn setzt dagegen ein anderes Zeichen und beklagt in seinem neuen Buch, dass Antisemitismus in Deutschland längst wieder salonfähig ist – und zwar auf gänzlich andere Weise, als es in den Medien zumeist dargestellt wird.

Herr Wolffsohn, in Zeiten einer vielfachen Beschwörung des „Nie wieder!“ in Sachen Antisemitismus veröffentlichen Sie einen Essay, in dem Sie hinter die beschwörende Formel nicht nur ein Fragezeichen setzen, sondern sogar ein „Schon wieder!“ Warum?

Weil es ein Schon-Wieder des Antisemitismus gibt. Freilich, anders als üblicherweise behauptet, nicht nur ein rechtsextremistisches, sondern mehr denn je in der Bundesrepublik Deutschland ein linksextremistisches, ganz allgemein linkes und linksliberales sowie, am stärksten und neu, einen muslimischen Antisemitismus.

Gleich zu Beginn Ihres Buches bezeichnen Sie Antisemitismus nicht nur als quasi wieder da, sondern sogar als „Eintrittskarte in die europäische Gesellschaft“? Was meinen Sie mit diesem doch sehr harten Vorwurf?

Wenn Sie an die von mir genannten drei Quellen des neuen Antisemitismus denken, dann ist das ein sehr breites Spektrum. Am rechten Rand, „Populismus“ genannt, gehört der Antisemitismus als Eintrittskarte seit jeher einfach dazu. Bei den diversen linken Gruppen ebenfalls. Neu ist das bei den Linksliberalen. Für die diversen Linksgruppen ist Israel der unheilige Gottseibeius und die Diasporajuden der vermeintlich verlängerte Arm Israels. Israel gilt in dieser nicht nur europäischen Gesellschaft als Produkt des Kolonialismus des weißen Mannes. Das sehen viele Muslime ähnlich.

Dieser Unsinn ist besonders in akademischen Kreisen beliebt. Nicht zuletzt an amerikanischen Elite-Universitäten. Ironie der Geschichte: Auch diese Kenntnislosen, oft mit akademischen Würden ausgestattet, benutzen gerne jüdische Legitimatoren. Die lösen ihrerseits mit Antisemitismus jene Eintrittskarte. Obwohl es Wahnsinn ist, so hat es doch Methode.

Welche Spielarten des Antisemitismus diagnostizieren Sie – und welche halten Sie derzeit für die gefährlichste?

Siehe oben. Dabei ist der muslimische am militantesten. Ebenfalls anders als amtlich verbreitet sowie seit Jahren kontinuierlich durch Umfragen belegt. Umfragen, wohlgeachtet, bei be- und getroffenen Juden in ganz Europa. Zu zirka 40 Prozent komme verbale und körperliche Gewalt gegen Juden – so diese selbst – von muslimischen Tätern, zirka 25 Prozent von Linken und plus/minus 20 Prozent von Rechtsextremisten. Alle drei höchst unerfreulich, aber eben alter und neuer Antisemitismus.

Obwohl also offenkundig ist, dass jüdisches Leben derzeit am stärksten von radikalen Muslimen bedroht wird, wurde auf den pro-israelischen Demonstrationen



Tolerierung durch Ignoranz: Seit vielen Jahren zeigen abertausende Muslime in Deutschland immer wieder offen ihren Hass auf die westliche Lebensart allgemein sowie auf Israel und das Judentum im Besonderen. Die Antwort von Politik und Medien darauf sind zumeist Aufrufe zum „Kampf gegen Rechts“
Foto: pa

nach dem Schwarzen Sabbat des 7. Oktober 2023 – wie Sie den Tag der Hamas-Terroranschläge gegen Israel nennen – vor allem der „Kampf gegen Rechts“ beschwören. Wie erklären Sie sich das?

Dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Wunschdenken dieser Art ist nicht typisch deutsch, aber menschlich. Irren ist eben menschlich. Und wer kann im Kopf gespeicherte Daten mir nix, dir nix löschen?

Aber warum werden die Dinge nicht klar beim Namen genannt? Haben die Meinungsführer in Politik und Medien unseres Landes Angst vor dem radikalen Islam? Haben sie gar längst vor ihm kapituliert? Oder ist der Kampf gegen den Judenhass nur dann wichtig, wenn er sich für eigene politische Ziele gebrauchen lässt?

Der Islam gehört in vielen Köpfen zum Globalen Süden, der seit jeher vom kolonialistischen Norden, zu dem dann Israel gerechnet wird, unterdrückt werde. Im Denken und Fühlen der Mehrheit von Kulturmultiplikatoren müsse dem Globalen Süden geholfen werden. Sozusagen als Wiedergutmachung.

Wer oder was immer das Wir sei, das sich dieser Tage regt, es hat nicht vor dem Islam kapituliert, es ist dabei, sich selbst und die eigenen zugunsten scheinfortschrittlicher Werte aufzugeben. Letztere stammen aus und führen zu Diktaturen, die sich als Befreiungsbewegungen verkaufen. Dieses Angebot nimmt besonders die akademisierte Welt im Westen gerne an.

Aufschlussreich in Ihrem Buch sind auch Ihre Ausführungen zum linken Antisemitismus. So erinnern Sie unter anderem an einen heutzutage kaum noch präsenten 9. November, nämlich den des Jahres 1969, an dem die linksextremistische Terrorzelle „Tupamaros Westberlin“ einen Bombenanschlag auf das Jüdische Gemeindehaus in Berlin verübte.

Richtig, antijüdischer Terror in West-Deutschland begann mit dem versuchten Bombenanschlag der Tupamaros Westberlin gegen das Zentrum der Jüdischen Gemeinde

und deren Vorsitzenden Heinz Galinski. Seitdem – und nicht erst seit der ebenfalls erschreckenden Wiederauferstehung des Rechtsextremismus – werden jüdische und israelische Einrichtungen in Deutschland geschützt.

Interessant ist auch, dass Sie ausdrücklich sagen, dass auf der entgegengesetzten Seite nicht jeder Nationalkonservative ein Antisemit ist. Wo ziehen Sie hier die Grenze?

Ich schaue auf die Akteure antijüdischer Drohungen und Taten, aber natürlich auch auf die gesamte Weltsicht. Die Bindung am Humanum entscheidet. Das Leben des Menschen ist unantastbar. Nur wo und wenn dieser Satz gilt, ist die Welt in Ordnung.

Dem folgt die Analyse. Dem Erkennen folgt das Benennen und das Gewichten.

In Ihrem Buch kritisieren Sie, dass nach dem Hamas-Terror vom 7. Oktober schon bald vielfach die Meinungen umschlugen – und nun vermehrt Israel für seine Gegenschläge kritisiert wird. Andererseits lassen Sie durch ihre Formulierung von dem „wahrlich nicht weisen und oft unerträglich aggressiven Siedlungs- und Besatzungsaktivismus“ deutlich erkennen, dass auch Sie nicht mit allem, was die israelische Regierung gerade veranlasst, einverstanden sind. Wie sieht eine legitime, nicht-antisemitische Kritik an der israelischen Politik aus?

O Gott, schon wieder diese Frage. Alle Antworten sind längst gegeben, nur nicht von jedem. Dabei ist die Antwort ganz einfach. Wer die Existenz des jüdischen Staates bekämpft, ist Antisemit, weil Juden nur in Israel sicher vor innenpolitischer Verfolgung als Minderheit und nicht abhängig von der Gnade der jeweiligen Mehrheit sind.

Auch wenn der Nahostkonflikt nicht im Zentrum Ihres Buches steht, spielt er doch als Kulisse für immer neuen Antisemitismus eine wichtige Rolle – halten Sie ihn überhaupt noch für lösbar? Wenn ja, wie?

„Wer oder was immer das Wir sei, das sich dieser Tage regt, es hat nicht vor dem Islam kapituliert, es ist dabei, sich selbst und die eigenen zugunsten scheinfortschrittlicher Werte aufzugeben“

Es gibt nicht nur einen blutigen Konflikt in Nahost. Also nicht nur den arabisch-palästinensisch-israelischen, sondern innerarabische, innerpalästinensische, innerislamische.

Die Zauberformel heißt: „Frieden durch Föderalismus“. In meinem Buch „Zum Weltfrieden“ habe ich das dargestellt. Stichwortartig auch in „Wem gehört das Heilige Land?“

Wie kann man Antisemitismus jenseits von letztlich nutzlosen Demos tatsächlich wirksam vermeiden? Obwohl Sie in Ihrem Buch an verschiedenen Stellen daran erinnern, dass jüdisches Leben seit 3000 Jahren immer eine Existenz auf Widerruf war, entwerfen Sie ja am Schluss ein paar Gedanken dazu, wie sich Judenhass wenn schon nicht vermeiden, so doch wenigstens reduzieren ließe.

Hass auf wen oder was auch immer fängt in Hirn und Herz an. Wer beide miteinander verbindet – denen habe ich dieses Buch gewidmet – erkennt ganz einfach: Wenn es meinem Land gut geht, geht es auch den Juden gut. Weil eben der Einsatz von Juden für das jeweilige Land alles andere als ungut ist, sondern eben bestens bekommt. Umgekehrt auch den Juden.

Die Geschichte lehrt: Wer Juden vertreibt oder gar umbringt, handelt nicht nur unmenschlich, sondern dumm, weil sie wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell jedem Land guttun. Abgesehen davon werfen sie keine Bomben und verüben keinen Anschlag. Gegen niemanden.

Das Interview führte René Nehring.

● Prof. Dr. Michael Wolffsohn ist Historiker und Publizist. Von 1981 bis 2012 lehrte er Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München. Zu seinen Werken gehören unter anderem „Eine andere Jüdische Weltgeschichte“ (Herder Verlag 2022) und „Ewige Schuld? 75 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen“ (Verlag Langen Müller 2023). Soeben erschien „Nie wieder? Schon wieder! Alter und neuer Antisemitismus“ (Verlag Herder 2024).
www.wolffsohn.de

Debatte



Michael Wolffsohn
Nie wieder? Schon wieder! Alter und neuer Antisemitismus
Herder 2024, gebunden,
96 Seiten
ISBN: 978-3-451-07239-0
12 Euro

● MELDUNGEN

Immer mehr Beamte

Köln – In den vergangenen zwölf Jahren ist die Anzahl der Stellen im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik um 584.000 auf 4,83 Millionen gestiegen. Das geht aus einer aktuellen Studie des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) hervor. Besonders große Zuwächse verzeichnete der Bereich „Politische Führung und zentrale Verwaltung“. Hier schuf der Bund 32 Prozent mehr Stellen, während es in den Ländern und Kommunen ebenfalls noch 21 beziehungsweise 27 Prozent waren. Alles in allem lag der Anstieg beim Bund jedoch nur bei zwei Prozent. Somit geht die Zunahme der Beschäftigtenzahlen vorrangig auf das Konto der Länder und Kommunen. Allerdings will die Ampelregierung noch Tausende neuer Beamtenstellen einrichten. Dadurch könnten die Personalausgaben des Bundes im laufenden Jahr auf 44 Milliarden Euro steigen. Dennoch meint der Deutsche Beamtenbund, der Staat habe derzeit 550.000 Beschäftigte zu wenig. W.K.

Mehr Lärm erlaubt

Berlin – Die Bundesregierung hat die nächtlichen Lärmgrenzwerte im Umfeld von Windkraftanlagen, die dem Schutz der Anwohner dienen, ohne jegliche Konsultation mit den Betroffenen um vier Dezibel erhöht. Dabei entspricht bereits eine Erhöhung des Schallpegels um drei Dezibel einer Verdoppelung der Schallintensität. Gerechtfertigt wurde diese Maßnahme mit den Regelungen des Paragraphen 31k des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, der die Erhöhung der Grenzwerte in Ausnahmefällen erlaubt, wenn eine Alarm- oder Notfallstufe laut dem die Gasversorgung in Deutschland in einer Krisensituation regelnden Notfallplan Erdgas des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz vorliegt und mehr Strom mittels Windenergie erzeugt werden muss, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Für die Anwohner bedeutet dies, dass die in den Genehmigungsverfahren zugrunde gelegten Werte nicht mehr gelten. W.K.

Klima-Angst nimmt ab

London/Washington – Jugendliche stehen den Warnungen vor einer globalen Klimakatastrophe offenbar deutlich skeptischer gegenüber als noch vor fünf Jahren. Das ergab eine Auswertung von mehr als 12.000 Videos aus aller Welt auf 96 Kanälen der Internetplattform YouTube durch das britische Zentrum zur Bekämpfung von digitalem Hass (CCDH). Demzufolge sollen drei Kernaussagen dominieren: Die Klimawissenschaften und die Klimabewegung seien unglaubwürdig. Es gebe keine Möglichkeit, Klimaveränderungen aufzuhalten. Die globale Erwärmung habe eher minimale oder gar positive Auswirkungen. Das CCDH sprach angesichts dessen von einem „überraschenden“, ja „alarmierenden“ Trend zur „Klimaleugnung“ unter Jugendlichen und forderte YouTube und die anderen Plattformbetreiber auf, Inhalte, die dem „wissenschaftlichen Konsens“ zum Klimawandel widersprechen, zu zensieren. W.K.



Bei der Präsentation ihres Berichts: Der Rat für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Foto: pa/epd-Fotos

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDFUNK

Sender in der „Abwärtsspirale“

Zukunftskommission hat ihre Reformvorschläge vorgelegt und mahnt zur Eile

VON PETER ENTINGER

Über die Ausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird seit Jahren gestritten. Derzeit besteht er aus 21 Fernseh- und 69 Radiosendern. Für die Kritiker sind das zu viele. Und selbst in der Politik gibt es seit Jahren Unbehagen über den Wasserkopf der Staatssender.

Vor knapp einem Jahr berief die Rundfunkkommission der 16 Bundesländer einen „Rat für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“. Die acht Sitze in diesem sogenannten Zukunftsrat teilten die ehemaligen beiden Volksparteien der Bundesrepublik je zur Hälfte untereinander auf. Als Sprecher des Gremiums traten die frühere Vorstandsvorsitzende des Verlags Gruner & Jahr Julia Jäkel und der Ex-Verfassungsrichter Peter Huber auf. Mit dem ehemaligen Generaldirektor der öffentlich-rechtlichen Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG)

Roger de Weck und der früheren Fernsehregisseurin des bayerischen Rundfunks (BR) Bettina Reitz sind weitere Personen mit Expertise an Bord.

Das im vergangenen März berufene Gremium sollte bis zum Herbst einen Bericht vorlegen. Nun ist er da, 38 Seiten stark. Jäkel gibt sich radikal. Es gehe „nicht um Veränderungen im System, sondern um Umbauten des Systems“. Und es handele sich um einen Kraftakt mit einem zeitlichen Horizont von mindestens zehn Jahren.

Rechtlich bindend sind die Vorschläge des Zukunftsrates allerdings nicht. Auch rüttelt die Zukunftskommission nicht am Rundfunkbeitrag. Es soll beim Beitrag bleiben, der pro Wohnung bezahlt wird. Eine Finanzierung aus dem Staatshaushalt sei abzulehnen, weil der Rundfunk staatsfern und unabhängig sein müsse.

An GEZ-Gebühr wird nicht gerüttelt

Bei der Vorstellung des Papiers am 18. Januar in Berlin erklärte Jäkel, dass eine

Umsetzung der Vorschläge zu erheblichen Einsparmöglichkeiten führen würde, da sie eine Verschärfung der Strukturen vorsähen. Ob als Folge die Rundfunkgebühren gesenkt werden können oder das eingesparte Geld in das Programm investiert wird, müsse die Politik entscheiden.

Wenn der Zukunftsrat am Rundfunkbeitrag auch nicht rüttelt, so schlägt er doch eine Veränderung der Verteilung der Mittel unter den Sendern vor. Die ARD, das ZDF und Deutschlandradio sollen nicht wie bisher den eigenen Finanzbedarf anmelden. Stattdessen soll mithilfe einer Indexierung automatisiert und weitgehend entpolitisiert festgelegt werden, wie viel Geld die Anstalten bekommen. Im Nachhinein soll die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) prüfen, ob der öffentlich-rechtliche Auftrag erfüllt wurde. Sollte das aus Sicht der Kommission nicht der Fall sein, sollen künftig auch Sanktionen wie die Kürzung der Finanzmittel möglich sein.

Kontrolliert werden sollen die Sender zukünftig von Medienräten. Bei der ARD, dem ZDF und Deutschlandradio soll es jeweils einen solchen Medienrat aus Politik und Zivilgesellschaft geben, der im Blick behalten soll, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk den an ihn gestellten Auftrag erfüllt. Spätestens hier dürfte das parteipolitische Tauziehen wieder losgehen.

Das größte Reformpotential haben die Experten bei der ARD ausgemacht. So soll eine zentrale ARD-Anstalt als Dachorganisation gebildet werden, in deren Verantwortung die bundesweiten ARD-Angebote stehen sollen, beispielsweise die Mediathek, das Programm im Ersten, Verwaltung und Technologie. So sollen Doppelstrukturen innerhalb der ARD abgebaut werden und die neun Landesrundfunkanstalten sich stärker auf regionale Inhalte konzentrieren können.

Mehr Bedeutung dem Regionalen

Des Weiteren spricht sich der Zukunftsrat für eine Umstrukturierung der operativen Leitung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus – weg vom bisherigen Intendantenmodell hin zu einer „zeitgemäßen Managementkultur“. Das Gremium empfiehlt dafür jeweils eine „kollegiale Geschäftsleitung“ für die vorgeschlagene zentrale ARD-Anstalt, für das ZDF und Deutschlandradio. Der oder die Vorsitzende der Geschäftsleitung soll ein Letztentscheidungsrecht haben.

Dass dieser Vorschlag nicht auf ungeteilte Gegenliebe stößt, versteht sich von selbst. Bei einer Umsetzung würden nämlich die meisten der – gut dotierten – Intendanten-Posten wegfallen.

Im Gegensatz zu diesen Posten sollen die neun Landesrundfunkanstalten allerdings weiter bestehen bleiben. Kurz vor der Präsentation der Vorschläge hatte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder die Gunst der Stunde genutzt, um sich mit der Forderung nach der Abschaffung kleinerer Sendeanstalten wie dem Saarländischen Rundfunk (SR) zu profilieren. Davon hält der Zukunftsrat nichts. „Eine Verringerung auf nur noch vier, fünf solcher Anstalten würde das Tauziehen um Gelder nur noch größer machen, weil jede dieser Anstalten dann mächtiger wird“, sagte de Weck, und Jäkel fügte hinzu: „Das ist nicht der richtige Weg. Wir wollen ja gerade dem Regionalen mehr Bedeutung geben.“

Jäkel mahnt zur Eile. Auf die Frage, wann die Ideen aus der Sicht der Kommission umgesetzt werden müssen, antwortete sie: „Es eilt, schnellstmöglich. Derzeit stecken die Öffentlich-Rechtlichen in einer Abwärtsspirale. Alles geschieht in gewohnten Strukturen.“

MEINUNGS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Lebensschützer kritisieren die Ampel

Grünen-Ministerin will Abtreibungsgegner kriminalisieren – 5000 Euro Bußgeld für „Gehsteigbelästigung“

Ein neuer Gesetzentwurf der Ampelregierung sorgt für großen Unmut unter Lebensschützern. Sie befürchten, dass ihr Demonstrationsrecht eingeschränkt werde. Familien- und Frauenministerin Lisa Paus (Grüne) will sogenannte Gehsteigbelästigung von Frauen verbieten. Dabei geht es um Mahnwachen vor Abtreibungskliniken. Es sei immer wieder vorgekommen, dass Frauen von Abtreibungsgegnern belästigt oder behindert würden, sagte Paus. Bisher sind Mahnwachen durch das Demonstrationsrecht gedeckt. Die sogenannten Gehsteigbelästigungen vor Schwangerschaftsberatungsstellen sollen dem Gesetzentwurf zufolge künftig als Ordnungswidrigkeiten eingestuft und mit einem Bußgeld von bis zu 5000 Euro geahndet werden. So will Paus Frauen vor „Hass und Hetze“ und „verstörenden Darstellungen“ schützen.

Lebensschützer sehen in dem Gesetzentwurf aber eine gefährliche Einschränkung ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (ALFA), Cornelia Kaminski, kritisierte: „Der Beschluss des Kabinetts, Gebetswachen vor Beratungsstellen zu verbieten, ist ein massiver Eingriff in die Rechte auf Religions-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.“ Die Grünen-Ministerin bediene ein falsches Narrativ, dass Mahnwachen eine unzumutbare Belästigung für die Schwangeren und das Personal in Beratungsstellen oder Abtreibungspraxen darstellten.

„Ein stilles Gebet kann per Definition nicht Hass und Hetze sein, sondern ist ein letzter Versuch, die oft verzweifelten Frauen in ihrer Notlage sowie ihre ungeborenen Kinder durch Gebet zu begleiten“, sagte Kaminski.

Auch Alexandra Linder, die Vorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht (BVL), zeigte sich alarmiert von dem Gesetzentwurf. „Beratungsstellen von ‚Pro Familia‘ behaupten, von ‚Abtreibungsgegnern belagert‘ zu werden, schildern eine beängstigende Atmosphäre. Der Begriff Belagerung ist jedoch unangebracht: Weder wird Gewalt angewandt noch findet Bedrängung statt“, sagte Linder. Auf Plakaten stünde „Wir beten für dich“ oder „Du bist nicht allein“. Die Gruppen würden beten und Fotos von Embryonen zeigen, sagte Linder. „Eine objektive Bedrohungslage in behauptetem Ausmaß ist offensichtlich nicht vorhanden.“ Falls eine Frau belästigt oder bedroht würde, könne sie schon nach heutiger Rechtslage die Polizei rufen.

Wie die BVL-Vorsitzende weiter schilderte, gebe es vielmehr „Hass und Hetze“

und sogar Angriffe auf Abtreibungskritiker und Einrichtungen von Lebensrechtsorganisationen. „Es gibt massive Gewaltbereitschaft gegen friedliche Pro-Life-Demonstranten, die zum Beispiel beim Marsch für das Leben in Köln und Berlin von bis zu elf Polizei-Hundertschaften vor aggressiven Abtreibungsverfechtern geschützt werden müssen“, beklagte sie.

Die Abtreibungsgegner vermuten, dass es der Grünen-Ministerin darum geht, die Debatte weiter zulasten der Abtreibungskritiker zu verschieben. Die Ampelkoalition hat 2022 schon das Werbeverbot für Abtreibungen (Paragraph 219a StGB) gekippt. Im Jahr 2022 wurden laut offizieller Statistik 104.000 ungeborene Kinder in Deutschland abgetrieben. Im Laufe des Jahres 2023 stieg die Zahl der Abtreibungen laut Statistischem Bundesamt. Robert Mühlbauer

LANDSCHAFTSSCHUTZ

Fontanes „grüne Haine“ verschwinden

Brandenburgs Alleebäume werden Jahr für Jahr weniger – Bürger und Umweltschützer machen mobil

VON HERMANN MÜLLER

Mehr als zweihundert Jahre haben nicht Windräder, sondern baumbesäumte Alleen das Bild deutscher Landschaften geprägt. Heutzutage gelten Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern als die Bundesländer, in denen noch immer die meisten Baumalleen überlebt haben. Mit Alleenkonzepten versuchen beide Länder, die von Theodor Fontane als „Grüne Haine des Reisens“ gepriesenen Straßen langfristig im Landschaftsbild zu sichern. Auf Initiative des ADAC führt seit 1993 sogar eine „Deutsche Alleenstraße“ von Rügen bis zum Bodensee. Allen Bemühungen zum Trotz drohen die schattenspendenden Alleebäume allerdings vielerorts bis 2050 aus dem Landschaftsbild zu verschwinden, so die Warnung des BUND-Landesverbandes Brandenburg.

Vorläufig gerettet wurden vor Kurzem Dutzende Bäume einer Allee im Oderbruch. Dort plant der brandenburgische Landesstraßenbetrieb zur Entschärfung einer gefährliche Doppelkurve zwischen Seelow und Gusow insgesamt 75 Bäume einer alten Allee zu fällen. Das Abholzen soll nach dem Willen des Landesstraßenbetriebs Platz schaffen, um die Straße zehn Zentimeter verbreitern und die Kurvenneigung verringern zu können: „Die Straße hat nicht die Breite, die heutzutage für Bundesstraßen üblich ist“, so ein Sprecher des Landesbetriebes gegenüber dem rbb im vergangenen Dezember.

Landrat findet eine Lösung

Gegen den Abholzungsplan machen Anwohner, Kommunalpolitiker und das Landesumweltamt mobil. Eine Vertreterin des Amtes stellte im rbb in Frage, dass Nachpflanzungen einen Ersatz für die Baumfällungen darstellen können: „Wie viele Bäume wollen Sie pflanzen, um die Leistungsfähigkeit einer solchen großen Eiche überhaupt zu erreichen?“ Tatsächlich sollen an der Allee auch Stieleichen gefällt werden, die mittlerweile fast zweihundert Jahre alt sind.

Dass der Fällungsplan nun zunächst einmal auf Eis liegt, ist dem Landrat von Märkisch-Oderland, Gernot Schmidt (SPD), zu verdanken. Zur Entschärfung des Unfallschwerpunkts hat das Land-



Gefährdeter Kulturschatz: Alte Kastanienallee nördlich von Angermünde

Foto: imago/imagebroker

ratsamt im Bereich der Doppelkurve ein Tempolimit von 50 Kilometern pro Stunde angeordnet. Bislang galt neben einem Überholverbot eine Höchstgeschwindigkeit von 70. Ein stationärer Blitzer könnte möglicherweise dafür sorgen, dass es in der Allee dauerhaft zu weniger Unfällen kommt.

Der Fall aus dem Oderbruch kann als Beispiel für eine lang andauernde Entwicklung gelten, bei der überall in Deutschland Alleebäume entweder Straßenneubauten oder aber Maßnahmen zur Verkehrssicherheit zum Opfer fallen. In den alten Bundesländern sind über die Jahrzehnte schätzungsweise 50.000 Straßenkilometer Alleebäume verschwunden. Hintergrund waren meist Straßenverbreiterungen.

Die DDR ging nicht ganz so rigoros mit dem historischen Erbe der Baumalleen um, allerdings wurden bis 1990 auch nicht ausreichend Bäume nachgepflanzt. Folge ist die Überalterung vieler Alleebäume in

Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. In Brandenburg wurden fast 70 Prozent der Alleebäume bereits in den 1930er Jahren gepflanzt. Ein Teil der Bäume stammt sogar noch aus der Zeit des Kaiserreichs. Ein großer Anteil der Straßebäume nähert sich damit dem Ende der erwartbaren Lebensspanne an.

Neue Vorschrift macht Probleme

Zum schleichenden Verschwinden der Alleen aus der Kulturlandschaft trägt überdies bei, dass über Jahre deutlich mehr Alleebäume gefällt als neu gepflanzt wurden. Auf Anfrage einer Grünen-Landtagsabgeordneten musste Brandenburgs Verkehrsministerium im vergangenen Jahr einräumen, dass von 2018 bis 2022 knapp 13.300 Alleebäume gefällt, aber nur etwa 3700 Bäume neu gepflanzt wurden. Bereits vergangenes Jahr hatte der BUND gefordert, dass an Bundes- und Landesstraßen deutlich mehr Bäume nachgepflanzt als gefällt werden.

Der Umweltverband machte dabei auch auf ein generelles Problem bei der Neuanlage von Alleen aufmerksam: Eine Bundesrichtlinie für Straßenbäume im ländlichen Raum sieht nämlich für neu geplante Bäume einen Mindestabstand von 4,50 Meter zum Fahrbahnrand vor. Dieser Abstand erhöht die Verkehrssicherheit und schützt auch die Wurzeln der Bäume vor Salzeintrag.

Allerdings müssen die benötigten zusätzlichen Flächen von der öffentlichen Hand angekauft werden. Damit verteuern sich nicht nur die Straßenbaukosten: Den betroffenen Landwirten gehen auch Ackerflächen verloren. Und der höhere Mindestabstand der modernen Alleen hat noch einen weiteren Nachteil. Die Baumreihen können zwar noch immer im Sommer wohltuenden Schatten spenden, die von den Baumkronen gebildeten grünen Tunnel der altbekannte Alleen werden allerdings zunehmend aus den Landschaften verschwinden.

VERKEHR

E-Autos bleiben bei Neuzulassungen weit zurück

Benzin, Diesel und Hybrid dominierten auch 2023 den Berliner Automarkt

Im Jahr 2023 wurden in Berlin rund 82.000 neue Autos zugelassen. Im Vorjahr waren es noch 66.000, 2021 sogar nur 60.000. Die jährlichen Neuzulassungen stiegen also binnen zwei Jahren um gut ein Drittel. Allerdings ist damit lediglich das Niveau der Vor-Corona-Zeit erreicht. In Berlin gibt es nun 1,23 Millionen Autos, das sind nur acht Prozent mehr als vor zehn Jahren.

Auffällig: Elektroautos erfreuten sich 2023 mit etwa 14.700 nur geringen Zuspruchs. Das ist deswegen erstaunlich, weil diese Gefährte bislang bezuschusst wurden, bevorzugte Parkplätze erhalten und sich einer massiven positiven Berichterstattung in den Medien erfreuen. Benziner mit rund 27.700 und dazu noch einmal 8400 Neuzulassungen von dieseltreibenden Autos, liegen zusammen noch vor 30.500 Neuwagen mit Hybridantrieb.

Im Stadtverkehr rollen Letztere meist lautlos elektrisch, auf Landstraße und Autobahn springt der Benzinmotor an und lädt die Batterie auf. In Brandenburg liegen Benzin- und Dieselwagen mit einem Anteil von 51,3 Prozent bei den Neuzulassungen weiter vorn. Die geringe Reichweite der E-Autos wird hier häufig als Argument pro Verbrenner genannt. Bundesweit sind vornehmlich relativ preiswerte Kleinwagen gefragt. Der Opel Corsa führt die Verkaufs-Charts bei E-Autos an.

Im Bezirk Lichtenberg ging die Zahl an Autobesitzern zuletzt allerdings zurück. Das dürfte an der Häufung von sozial schwachen Haushalten in dem Teil von Berlin liegen. Ein zentrales Kriterium für den Autobesitz ist das Einkommen. Eine höhere Arbeitslosenquote und die damit verbundene Geldknappheit der Haushalte bedeutet weniger gemeldete Autos. Un-

terhalb eines Haushaltseinkommens von 1500 Euro hat praktisch niemand mehr einen Pkw. Und arme Menschen haben nicht nur seltener ein Auto, sie sind insgesamt weniger mobil. Der Autobesitz ist damit ein Gradmesser über das soziale Ungleichgewicht in der Stadt.

Die Unterschiede sind gravierend: Verkehrsforscher haben ermittelt, dass es in den wohlhabendsten Kiezen doppelt so viele Autos pro Kopf wie in den ärmsten gibt. In Friedrichshain-Kreuzberg kommt noch eine extrem autofahrerfeindliche Kommunalpolitik hinzu. Diese zeigt sich in der Abschaffung von Parkplätzen und der Verengung von Straßen durch Fahrradspuren, Straßenbahnen und einem hohen Verfolgungsdruck durch die Ordnungsämter. So nehmen selbst Bürger, die sich zwar die Beschaffung eines Kleinwagens noch leisten könnten, davon Ab-

stand, weil sie ihren Wagen nirgendwo abstellen können. Manches Projekt zur Bekämpfung des Autoverkehrs scheitert indes auch juristisch. So erzwang ein Gericht die Aufhebung einer Busspur in Steglitz-Zehlendorf auf einer Hauptverkehrsstraße, weil es dort ein zu geringes Verkehrsaufkommen mit Bussen gibt.

Auffällig ist, dass in Wohnquartieren, in denen die Grünen dominieren, auch der Autobestand geringer ist, und umgekehrt in CDU-Hochburgen der Autobestand pro Kopf sehr viel höher liegt. EU-weit steigt die Zahl der neu zugelassenen Autos, allerdings mit unterschiedlichen Vorlieben. In Osteuropa und Italien ist das Interesse an E-Autos gering. Insgesamt legte der Autoverkauf in Frankreich, Italien und Spanien um 16 bis 19 Prozent zu, in Deutschland lag der Zuwachs nicht einmal bei acht Prozent. Frank Bücker

KOLUMNE

Gegenwind

VON THEO MASS

Der Alterspräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Kurt Wansner (CDU), erklärte über die „Anti-Rechts-Aufmärsche“, sie zeigten, „wie diese abgewirtschaftete Bundesregierung zusammen mit ihren linksradikalen Kampfverbänden gegen die arbeitende Bevölkerung mobil macht“. Er sprach im Zusammenhang mit der Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von „Propaganda“, die von „Zwangsgeldern“ finanziert werde. Wansner leitet im Abgeordnetenhaus den Verfassungsschutzausschuss.

Das wollen die Grünen nun ändern. Deren Fraktionschefin Bettina Jarasch: „Kurt Wansners rechte Verschwörungsmethoden machen ihn untragbar auf diesem Posten.“ Falls Wansner nicht freiwillig als Ausschussvorsitzender zurücktritt, wollen die Grünen einen Abwahlantrag stellen. Ohne die mit der CDU zusammenregierende SPD wird das aber nichts.

In der „taz“ lesen wir dazu: „SPD hält sich vornehm zurück.“ Die Grünen sind also dabei, sich eine vorhersehbar und vermeidbare parlamentarische Niederlage einzuhandeln. Bemerkenswert ist das Verhältnis zur Meinungsfreiheit, das die Grünen hier offenbaren. Sie wollen wohl – wie dieses Beispiel zeigt – nur noch ihre eigene Meinung zulassen. In der Bevölkerung wachsen daher Zweifel an der demokratischen Gesinnung der Partei. Ralph Kahlert, der Verfasser einer Petition mit dem Ziel, die Grünen zu verbieten: „Ich bin persönlich betroffen von den öffentlichen Verhaltensweisen und Äußerungen von Mitgliedern und Sympathisanten der Partei Bündnis 90/Grünen, die dazu beitragen, die Bundesrepublik Deutschland zu diffamieren und zu diskreditieren.“ Bis zum 22. Januar haben mehr als 156.000 Menschen Kahlerts Petition unterschrieben. Das Vorgehen der Berliner Grünen gegen Wansner dürfte die Unterzeichner noch bestärken.

MELDUNG

Senator Chialo rudert zurück

Berlin – Nur einen Monat nach Einführung einer Antidiskriminierungsklausel bei Fördermitteln hat Berlins Kultursenator Joe Chialo (CDU) am 22. Januar mitgeteilt, dass die Klausel mit sofortiger Wirkung in Zuwendungsbescheiden keine Anwendung findet. Zur Begründung führte die Senatsverwaltung für Kultur an, die Klausel sei in ihrer Form nicht rechtsicher. Mehrere Vertreter der Berliner Kulturszene begrüßten die Aussetzung der Antidiskriminierungsklausel. Nach ihrer Einführung hatten rund 3000 Kulturschaffende in einem offenen Brief unter anderem die Entscheidung des Senats für eine ganz bestimmte Antisemitismusdefinition kritisiert. Die Klausel hat zudem einen wichtigen Anteil daran, dass unter dem Motto „Strike Germany“ ein Boykottaufruf gegen Kulturveranstaltungen in Deutschland immer mehr internationale Verbreitung findet. Im Zuge der Boykottbewegung sagte Ende Januar mehr als ein Dutzend ausländischer Künstler die Teilnahme am Berlin Musikfestival CTM ab. H.M.

● MELDUNGEN

Polenreise abgesagt

Warschau – Nach Angaben des Chefs der Staatskanzlei von Mecklenburg-Vorpommern, Patrick Dahlemann (SPD), wird die für Ende dieses Monats geplante Reise der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) nach Polen nicht stattfinden. Als Grund nennt er die innenpolitische Situation im Nachbarland. Noch zu Beginn dieses Jahres hatte die Bundesratspräsidentin mitgeteilt, sie werde einer Einladung der Senatsmarschallin Malgorzata Kidawa-Blonsk (Bürgerplattform) folgen. In Polen hatte die Besuchsankündigung eine innenpolitische Debatte ausgelöst. Insbesondere Abgeordnete der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hatten sich gegen den Besuch Schwesigs ausgesprochen. Außer wegen ihres Einsatzes für die deutsch-russische Erdgasleitung Nord Stream 2 wird die Deutsche in Polen auch wegen ihrer ablehnenden Haltung gegen den Bau eines polnischen Kernkraftwerks an der Ostseeküste und des Widerstands der von ihr geführten Regierung gegen ein Containerhafenprojekt in Swinemünde kritisiert.

H.M.

Mondflüge verschoben

Washington – Die US-Weltraumbehörde NASA hat die ursprünglich für diesen November geplante Mondumrundung durch vier Astronauten im Rahmen der Mission „Artemis 2“ auf den September des Jahres 2025 verschoben. Deswegen soll das bemannte Mondlandeunternehmen „Artemis 3“ dann auch nicht wie vorgesehen 2025, sondern erst im September 2026 stattfinden, wobei viele Experten selbst diesen Termin noch für unrealistisch halten. Ein Grund für diese Entscheidung der NASA ist, dass es erhebliche Probleme mit dem Hitzeschutzschild der „Orion“-Rückkehrkapsel gibt und etliche Fehler in deren Verkabelung entdeckt wurden. Darüber hinaus liegen die Entwickler der Raumzüge und der Landefähre für die Mondmissionen deutlich hinter dem Zeitplan zurück.

W.K.

Kooperation mit dem Militär

San Francisco – Das US-amerikanische Software-Unternehmen OpenAI, welches das auf künstlicher Intelligenz (KI) beruhende Textdialogsystem ChatGPT entwickelt hat, will künftig mit dem US-Verteidigungsministerium zusammenarbeiten. Das teilte die OpenAI-Vizepräsidentin Anna Adeola Makanju der Nachrichtenagentur Bloomberg mit. Damit bricht das Unternehmen mit seinem Grundsatz, keine Softwarelösungen für das Militär anzubieten. Laut Makanju soll sich die Kooperation auf den Bereich der Cybersicherheit beschränken. Somit bleibt OpenAI dabei, nicht an der Entwicklung von Waffen, der Zerstörung von Eigentum und der Schädigung von Menschen durch den Einsatz von KI mitzuwirken. Der US-Luftwaffenminister Frank Kendall begrüßte die Einigung von OpenAI und Pentagon mit den Worten, man müsse jetzt alles tun, um auszuschließen, dass die KI zur Gefahr für die USA und deren Bevölkerung werde.

W.K.

BASCHKORTOSTAN

Unruhen in russischer Teilrepublik

Protest von Tausenden gegen vier Jahre Strafkolonie für Fail Alsynow wegen Anstiftung zu ethnischen Hass

VON BODO BOST

Am 17. Januar wurde der bekannteste politische Aktivist und auch Nationalist der Baschkiren, Fail Alsynow, in seiner baschkirischen Heimatstadt Baimak zu vier Jahren Strafkolonie mit verschärften Haftbedingungen verurteilt. Nach der Urteilsverkündung kam es zu Protesten von Tausenden Menschen gegen dieses Urteil.

Der Verurteilte gehört der Titularnation der russischen Teilrepublik Baschkortostan an. Dieses manchmal auch Baschkirien genannte Subjekt der Russischen Föderation liegt am äußersten Oststrand Europas, westlich des Uralgebirges im Föderationskreis Wolga, und ist mit rund vier Millionen überwiegend muslimischen Einwohnern die bevölkerungsreichste der russischen Teilrepubliken.

Verurteilt wurde der 37-jährige Baschkire wegen Anstiftung zu ethnischen Hass. Er hatte in einer Rede „Kara Khalyk“ (schwarze Menschen) kritisiert. So werden im Russischen und in den in Russland gesprochenen Turksprachen, zu denen auch Baschkirisch gehört, die Bewohner und Zuwanderer aus dem Kaukasus und aus Zentralasien bezeichnet. Vergebens hatte Alsynow während seines Prozesses behauptet, den Ausdruck im Sinne von „Schwarzarbeitern“ verwendet und nichts gegen „Vertreter anderer Nationen“ zu haben, wenn diese „unsere Sitten und Gebräuche respektieren und nicht gegen die Gesetze verstoßen“.

Alsynow hat Zuwanderung kritisiert

Alsynows umstrittene Kritik hatte er im April vergangenen Jahres während einer Rede gegen Pläne zum Goldabbau im Dorf Ischmursino im Bezirk Baimak geäußert.

Außer der Zuwanderung hatte der politische Aktivist auch die massive Umweltverschmutzung in seiner Heimat kritisiert, in concreto die Plünderung von Goldminen sowie die Schäden an Umwelt und Landwirtschaft durch den Betrieb einer Goldmine im Tagebau. In der Rede kritisierte Alsynow auch Russlands Krieg in der Ukraine. Dieser träge vor allem die muslimischen Völker, obwohl sie von diesem Krieg, der ein Groß-Russland anstrebe, nichts hätten. Der von Alsynow gegründete, aber nicht registrierte Verein „Bashkort“ setzte sich für die Unabhängigkeit Baschkortostans ein und wurde verboten.

In Moskau fürchtet man vor allem die Unruhen von muslimischen Minderheiten. Die Mehrzahl der 22 Teilrepubliken ist von Muslimen bewohnt, und diese sind die ärmsten unter den Regionen Russlands, stellen aber das Gros der russi-

schen Soldaten im Ukrainekrieg. Während in Baschkortostans Hauptstadt Ufa eine Demonstration von Tausenden stattfand, versicherte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitrij Peskow, dass es keine Unruhen oder Massendemonstrationen gebe.

Der Alexej Nawalny Baschkiriens?

Am Vortag hatte das Oberhaupt Baschkortostans, Radij Chabirow, nach einer Demonstration in Baimak Aufrufe zum „Separatismus“ angeprangert. Für Chabirow ist Alsynow kein Umweltaktivist, sondern ein vom Ausland gesteuerter Verräter und Separatist, der zum Guerillakrieg aufruft.

Die Proteste müssen Putin zwei Monate vor der Präsidentschaftswahl sehr beunruhigen. Denn seit dem Kriegsbeginn in der Ukraine war es bislang gelungen, so gut wie jeden Protest im Keim zu ersticken. Lediglich bei der Teilmobilisierung im letzten Herbst hatte es in der muslimischen Teilrepublik Dagestan um das Dorf Luxemburg im Kaukasus spontane Proteste gegeben, die von besorgten Soldatenmüttern getragen worden waren. Diesmal hatten die Proteste jedoch eine klare politische Botschaft. Zu dieser Botschaft gehörte auch eine Infragestellung des Ukrainekrieges.

Alsynow könnte der Alexej Nawalny Baschkiriens werden. Nirgendwo sonst in Russlands Teilrepubliken haben die Proteste ein solch einheitliches Gesicht wie in dieser Region. Wie in Baschkortostan fühlen sich nationale muslimische Minderheiten jedoch auch in anderen Republiken von den Russen dominiert und diskriminiert. Wie bereits in den muslimischen ehemaligen Sowjetrepubliken Aserbaidschan und Kasachstan, in denen der Respekt vor Moskau immer mehr schwindet, sodass Putin statt dorthin lieber nach China und Nordkorea reist, könnte durch die Schwäche der russischen Armee im Ukrainekrieg auch in den muslimischen Teilrepubliken Russlands eines Tages der Respekt vor Moskau weiter sinken und könnten Unabhängigkeitsgelüste stärker werden. Um das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, der zu Beginn des Ukrainekrieges vor zwei Jahren fast täglich mit Protzgesten seine Treue zu Putin erkennen ließ, ist es in den letzten Monaten erstaunlich ruhig geworden.



In Polizeibegleitung am 17. Januar in einem Gericht in Baimak: Fail Alsynow

Foto: pa

FRANKREICH

Neues Einwanderungsgesetz erregt die Gemüter

Präsident Macron kommt der Rechten entgegen – Der Verfassungsrat schlägt sich auf die Seite der Linken

„Man weiß gar nicht mehr, wer gerade dagegen demonstriert“, stöhnte ein Kommentator des größten französischen Fernsehsenders, TF1, unlängst. Die Proteste gegen die Rentenreform waren gerade erst abgeebbt, da entschlossen sich Frankreichs Bauern, es ihren deutschen Kollegen nachzutun und auf die Straße zu gehen. Und zwischendurch demonstriert dann auch mal die sogenannte Zivilgesellschaft gegen das neue Einwanderungsgesetz. Die „gauche caviar“ (Kaviar-Linke), wie bürgerliche Kreise höhnen, sieht in dem neuen Gesetzestext eine Abkehr von französischen, republikanischen Werten. Das Gesetz habe das Tor für die Ideen der extremen Rechten geöffnet.

Die Regierung von Staatspräsident Emmanuel Macron regiert ohne eigene Mehrheit im Parlament, benötigt die

Stimmen der konservativen Republikaner und muss sich irgendwie mit der erstarkten Nationalen Versammlung (RN) Marine Le Pens arrangieren. Es war schließlich auch den Stimmen des RN zu verdanken, dass das Einwanderungsgesetz letzten Dezember angenommen wurde, da der linke Flügel von Macrons Partei nicht mitziehen wollte.

Man muss dem Präsidenten bescheinigen, dass er sich in diesen Tagen als gewiefter politischer Zocker erweist. Unter dem Druck von rechts drängte die dem Mitte-Rechts-Spektrum zugeordnete Partei „Die Republikaner“ (LR) auf einige Verschärfungen im Gesetzestext. Dazu zählt etwa das Vorhaben, für nicht aus Europa stammende ausländische Staatsbürger den Zugang zu Sozialleistungen zu beschränken. Macron segnete das Gesetz

ab, obwohl es juristische Bedenken gab, und kündigte an, das Verfassungsgericht des Landes, den sogenannten Verfassungsrat, einzuschalten. Der überprüft ähnlich wie das deutsche Bundesverfassungsgericht Gesetze und Vorhaben auf ihre Rechtmäßigkeit. In der vergangenen Woche kippten die Juristen rund ein Drittel des neuen Gesetzes.

Eine Niederlage für die Regierung wollen darin weder der Präsident noch sein Innenminister Gérald Darmanin sehen. Der Verfassungsrat habe sämtliche Artikel des ursprünglich von der Regierung vorgelegten Entwurfs gebilligt. Zurückgewiesen wurden demnach nur Artikel, die später im Parlament hinzugefügt wurden. „Noch nie hat ein Text so viele Möglichkeiten zur Ausweisung von Straftätern und so viele Anforderungen für die Integration von

Ausländern vorgesehen“, sagte Darmanin. Das Gesetz ziele ganz klar darauf ab, Migranten von der irregulären Einwanderung nach Frankreich abzuhalten und damit auch eine Überlastung des Sozialsystems zu verhindern, erklärte Macron.

Die Stimmung im Land bleibt hitzig. Kritiker werfen dem Präsidenten vor, er würde Le Pens Partei mit dieser Form der stillen Kooperation hoffähig machen. Seine Anhänger sagen hingegen, Macron nehme sich der Sorgen der Bevölkerung an. Bei den Protesten, an denen sich rund 100.000 Menschen beteiligten, wurde auch die Sorge formuliert, der RN könne bei der anstehenden Europawahl einen Erdrutschsieg erringen. Umfragen haben Le Pens Rechtspartei zuletzt bei fast 30 Prozent gesehen. (Siehe Seite 8.)

Peter Entinger

VON HERMANN MÜLLER

Lauf einem zu realsozialistischen Zeiten weit verbreiteten Flüsterwitz führte die Einführung des Sozialismus unweigerlich dazu, dass selbst in der Sahara irgendwann Sand knapp wird. Keineswegs humoristisch gemeint sind Warnungen der deutschen Bauwirtschaft, die bereits seit Jahren immer wieder auf eine zunehmende Knappheit von Sand und Kies hinweist.

Im Januar machte Bert Vulpius, Geschäftsführer des Unternehmervereins Mineralische Baustoffe, darauf aufmerksam, dass es in Sachsen mittlerweile fünf Jahre und länger dauern kann, bis ein neuer Tagebau für Sand oder den größeren Kies genehmigt wird. Als Folge mangelte es in Sachsen zunehmend an Abbaustätten und damit auch an den beiden für die Bauwirtschaft so wichtigen Rohstoffen.

Wie der Sender MDR unter Berufung auf das Sächsische Oberbergamt berichtet, sind von 140 Firmen, die früher im Freistaat Sand und Kies abgebaut haben, nur noch 80 Betriebe übrig geblieben. Parallel mit dem Verschwinden von Abbaubetrieben sank die Fördermenge von 13 Millionen Tonnen im Jahr 2010 auf nur noch neun Millionen Tonnen.

„Wir laufen in Sachsen definitiv in einen Mangel von Sand und Kies hinein, weil wir einen Genehmigungsstau haben“, sagt Bernhard Cramer vom Sächsischen Oberbergamt und ergänzt: „Im Jahr 2022 ist die Kiessandproduktion in Sachsen im Vergleich zum Jahr 2021 um über 20 Prozent zurückgegangen. Das gab es in den letzten 30 Jahren überhaupt nicht.“ Als Gründe für den Rückgang der Produktion nannte der Amtschef gegenüber dem MDR ökologische Auflagen für neue Tagebauprojekte und auch Widerstände von Anwohnern.

Diese Entwicklung ist nicht auf Sachsen beschränkt. Deutschlandweit warnt die Bauwirtschaft bereits seit Jahren immer wieder vor Engpässen in der Betonproduktion als Folge von immer weniger Abbaustätten. Mit vielen Lagerstätten am Niederrhein, in Nord- und Mitteldeutschland und im bayerischen Alpenvorland verfügt Deutschland eigentlich über große Sandvorkommen.

Bundesweit bauen rund 2000 Förderbetriebe pro Jahr 250 Millionen Tonnen Sand und Kies ab. Hoch ist allerdings auch der Bedarf: Allein die Produktion einer Tonne Beton verschlingt fast zehn Tonnen Sand und Kies.

Obendrein ist die Bauindustrie nicht der einzige Wirtschaftszweig, der auf den Rohstoff Sand angewiesen ist. Auch Glashersteller und die Kosmetikindustrie verbrauchen Sand. Der Rohstoff steckt ebenso in Wasserfiltern oder wird zum Sand-



Kostbarer Rohstoff in Deutschland: Diese Kiesgrube in Mittelhessen ist eine der wenigen, in der noch Sand abgebaut werden darf

ROHSTOFF

Immer weniger Sand im Baugetriebe

Fast eine Art „Seltene Erde“ – Sandmangel behindert zunehmend Bauindustrie

strahlen von Materialien oder zum Bremsen von Zügen verwendet. Alle diese Anwendungen führen dazu, dass der durchschnittliche Sandverbrauch pro Bundesbürger mittlerweile bei rund neun Tonnen pro Jahr liegt.

Engpässe bestimmter Sandsorten

Zum hohen Verbrauch kommt hinzu, dass gut zwei Drittel aller Lagerstätten in Deutschland entweder unter bebauten Flächen, in Wasserschutzgebieten oder Naturschutzgebieten liegen. Klagen von Anwohnern oder in Naturschutzverbänden tragen ihren Teil dazu bei, die Zeiten bis zur Erschließung neuer Förderstätten immer länger werden zu lassen.

Vor allem in dicht besiedelten Ballungsräumen und insbesondere in Süddeutschland wird es immer schwieriger, Flächen für neue Sandgruben zu finden.

Die Bauwirtschaft braucht zur Betonherstellung zudem eine bestimmte Qualität. Angesichts der Transportkosten und der großen Mengen von Sand und Kies, die für den Bau von Straßen und Häusern gebraucht werden, rechnet sich ein überregionaler Transport der Rohstoffe über Entfernungen von mehr als 50 Kilometern oft nicht.

Als Folge dieses Problemmixes steigen in einigen deutschen Ballungsräumen die Lieferzeiten bei bestimmten Betonmischungen und ganz allgemein die Kosten für Beton. Schon 2019 meldete der Zentralverband Deutsches Baugewerbe zeitweilige Engpässe bei bestimmten Sandsorten. Betroffen sind Berlin und Brandenburg, aber auch Hamburg, Köln und Düsseldorf.

Als einen möglichen Lösungsansatz empfiehlt die Bundesanstalt für Geowis-

senschaften und Rohstoffe eine vorausschauende Raumplanung, bei der Flächen für den Abbau von Sand und Kies reserviert werden. Zunehmend wird aber auch schon an der Wiederaufbereitung von Abrißbeton geforscht. Das Potential ist eigentlich riesig: Jährlich fallen in Deutschland 60 Millionen Tonnen an recyceltem Bauschutt an.

Als Zuschlag zur Betonherstellung wiederverwertet werden bislang jährlich aber nur rund 600.000 Tonnen sogenannten Betonbruchs. In der Schweiz oder Belgien werden dagegen bereits bis zu 15 Prozent der Betonmengen als Recyclingbeton verbaut. Steigende Preise und zunehmende Lieferprobleme von natürlichen Sandvorkommen könnten in den kommenden Jahren auch hierzulande die Nachfrage nach Recyclingbeton in die Höhe treiben.

GRUNDSTEUER

Hochkompliziert und ungerecht

Uneinheitliches Bundesmodell – Erste Klagen gegen die neue Grundstücksbewertung eingereicht

Erstmals begleiten die Verbände Haus & Grund und Bund der Steuerzahler (BdSt) in Berlin und Rheinland-Pfalz Musterklagen einiger Immobilienbesitzer bei den Finanzgerichten gegen die Neubewertung ihrer Grundstücke nach dem Bundesmodell. Die Klagen richten sich gegen die Bescheide über die Feststellung des Grundsteuerwertes zum 1. Januar 2022. Beide Verbände unterstützen Eigentümer, die mit ihren Klagen vor das Bundesverfassungsgericht ziehen wollen. Haus & Grund-Präsident Kai Warnecke und BdSt-Präsident Reiner Holznagel halten die neue Bewertung von Grundstücken nach dem Bundesmodell aus mehreren Gründen für verfassungswidrig.

Bis Ende Januar 2023 mussten alle Besitzer von Eigentumswohnungen, Häusern und Grundstücken sowie Erbpacht-

nehmer und Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die „Erklärung zur Feststellung der Grundsteuerwerte“, kurz Grundsteuererklärung, abgeben. Einer der Hauptkritikpunkte am Bundesmodell betrifft die Neubewertung von Grundstücken gemäß der Bodenrichtwerte, die jeweils von einem unabhängigen Gutachterausschuss festgelegt wurden. Das Bundesmodell gilt in den elf Bundesländern Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz sowie leicht abgeändert im Saarland und in Sachsen. In den übrigen Bundesländern gelten eigene Grundsteuergesetze.

Beim Bundesmodell wirkt sich der Bodenrichtwert auf die Höhe der Grundsteuer eines Grundstücks oder einer Im-

moblie aus. Es handelt sich dabei nicht um den Verkehrswert, sondern um einen aus der Vergangenheit erhobenen Grundstückswert. Dieser ergibt sich aus dem Durchschnittswert der Liegenschaftspreise einer Gemeinde, eines Gebiets oder Stadtteils. Vor der Anwendung dieses hochkomplizierten Modells hatten viele Steuerexperten gewarnt.

Im April 2023 hatten die Verbände Haus & Grund und BdSt ein Gutachten des Juristen Gregor Kirchhof vorgelegt. Dieser hält das neue Steuermodell vieler Bundesländer für rechtswidrig, insbesondere da die neue Steuerbemessung nach den durchschnittlichen Lagewerten zu ungenau sei. Berichte von Bürgermeistern und Kommunalpolitikern, die mit massiven Beschwerden konfrontiert sind, bestätigen diese Einschätzung offenbar. Wie

das Magazin „kommunal.de“ berichtet, entstehen infolge der Bodenrichtwerte zum Teil absurde Bewertungen. So habe die hervorragende Berliner Wohnlage Wannsee zum 1. Januar 2022 einen Bodenrichtwert von 2000 Euro, während der Wert in Berlin-Neukölln doppelt so hoch liege. In Baden-Württemberg würden mitunter zwei nebeneinander liegende Grundstücke in unterschiedlichen Bodenrichtwertzonen liegen.

Günter Pfundstein, Bürgermeister der Stadt Zell am Harmersbach, kritisiert, dass es mit der neuen Regelung große Verlierer und große Gewinner geben werde. Darüber regten sich die Menschen zu Recht auf. Mit dem Hebesatz könnten die Gemeinden das nicht ausgleichen, weil es nur einen einheitlichen Hebesatz für die ganze Gemeinde gibt. Dagmar Jestrzemska

● MELDUNGEN

Indien plant Verdoppelung

Neu-Delhi – Obgleich sich die Republik Indien dazu verpflichtet hat, deutlich weniger fossile Brennstoffe zu verbrauchen und Milliardensummen an Entwicklungshilfe aus Deutschland für den Ausbau Erneuerbarer Energien erhält, hat die Regierung in Neu-Delhi mitgeteilt, dass sie eine Verdoppelung der Kohleproduktion des Landes auf 1,5 Milliarden Tonnen bis zum Jahr 2030 erwarte. Immerhin würden in dieser Zeit neue Kraftwerke mit 88 Gigawatt Gesamtleistung entstehen, die hauptsächlich mit Kohle laufen sollen. Anders sei der stark wachsende Strombedarf Indiens nicht zu decken. Die Erneuerbaren Energien können hier keinen substantiellen Beitrag leisten. Das resultiert vor allem aus fehlenden Anreizen für entsprechende Investitionen, Problemen beim Erwerb von Grund und Boden für die Solar- und Windkraftanlagen sowie einer widersprüchlichen Politik auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene. W.K.

Zweifel am E-Auto-Boom

Tokio – Akio Toyoda, der ehemalige Geschäftsführer des japanischen Autobauers Toyota, hat auf einem Wirtschaftstreffen Zweifel geäußert, dass Elektroautos den Markt dominieren werden. Der Enkel des Toyota-Firmengründers prognostiziert, dass E-Fahrzeuge auf dem Weltmarkt maximal einen Anteil von drei Zehnteln erreichen werden. Die anderen mindestens sieben Zehntel werden nach Toyodas Prognose Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, Hybrid-Fahrzeuge und Autos mit Wasserstoff-Brennstoffzellen sein. Toyoda stellte im Zusammenhang mit seiner Prognose die Frage, wie E-Autos die Zukunft gehören könne, wenn weltweit eine Milliarde Menschen ohne Stromversorgung lebten. Aus Sicht Toyodas ist es keine Option, die Wahl- und Reisemöglichkeiten von Kunden durch teure Autos einzuschränken. Die Entscheidung sollte den Kunden und nicht der Politik überlassen werden. H.M.

Brüssel bremst Lufthansa

Brüssel – Die EU-Kommission hat einen geplanten Einstieg der Lufthansa bei der italienischen Fluggesellschaft ITA Airways vorerst blockiert. Nach Angaben der Kommission hat eine vorläufige Untersuchung ergeben, dass der Zusammenschluss auf einigen Kurz- und Langstrecken den Wettbewerb verringern könnte. Nach monatelangen Verhandlungen hatte die Lufthansa Ende Mai 2023 mit dem italienischen Staat die Übernahme eines Minderheitsanteils von 41 Prozent an ITA Airways vereinbart. Lufthansa hat in dem EU-Kartellverfahren bereits Zugeständnisse gemacht und ihren Willen erklärt, sich mit Nachdruck für einen zügigen Abschluss der Prüfung einzusetzen. Lufthansa gibt sich zuversichtlich, dass die Transaktion nach einer vertieften Prüfung durch die EU-Wettbewerbsbehörden genehmigt wird. Die EU-Kommission muss bis zum 6. Juni dieses Jahres einen Beschluss in dem Prüfungsverfahren erlassen. H.M.

KOMMENTARE

Die Ampel hilft Erdoğan

HANS HECKEL

Es scheint ein Zug unserer Zeit zu sein, dass falsche Entscheidungen nicht erst Jahre zurückliegen müssen, bis sie sich als Fehler offenbaren. Heute tritt die schädliche Wirkung falscher Weichenstellungen oftmals über Nacht zutage. So auch bei der gerade erst beschlossenen Reform des Einbürgerungsrechts, das die bisherigen Fristen und Voraussetzungen für den Erhalt des deutschen Passes rigoros zusammenstreicht, weshalb Kritiker der massiv erleichterten Einbürgerung vom „Verramschen“ der deutschen Staatsbürgerschaft sprechen.

Nur wenige Tage, nachdem der Bundestag die Erleichterung des Pass-Erwerbs mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP beschlossen hatte, drängte die Meldung in die Medien, dass eine neugegründete „Erdoğan-Partei“ bei den EU-Wahlen am 9. Juni in der Bundesrepublik antreten werde. Die Gruppierung, die unter dem Namen „Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch“ (DAVA) an den Start geht, wird von bekannten Anhängern des türki-

schen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Deutschland angeführt. Dessen Programm ist radikal-islamisch, extrem nationalistisch und dessen Tiraden gegen Deutschland und gegen die Integration türkischstämmiger Einwanderer sind notorisch.

Die DAVA wird sich demnach bewusst als Fremdkörper etablieren, der den Interessen eines ausländischen und im Unterschied zu früheren Epochen alles andere als deutschfreundlichen Staates dient. Da ist die beschlossene Turbo-Einbürgerung für Einwanderer ein willkommenes Geschenk für die DAVA-Strategen, dient sie doch der Verbreiterung ihrer Wählerschaft und damit ihrer Machtbasis in Deutschland.

SPD-Co-Chefin Saskia Esken appelliert nun an die Deutschtürken, dass wir doch „ein Volk“ seien und dass „Deutschland zusammengehört“. Der Satz von Harald Martenstein, dass diese Regierung den Bezug zur Realität völlig verloren habe, bestätigt sich abermals. Die Folgen dieses Verlustes für Deutschland und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind dramatisch.

Konsequenzen ziehen!

HERMANN MÜLLER

Schon als die Bundespolizei 2022 zum Schutz des G7-Gipfels im bayerischen Elmau zeitweilig Grenzkontrollen durchführte, waren das Ergebnis zahlreiche Fahndungserfolge. Die Bundespolizei konnte seinerzeit innerhalb von nur zwei Wochen 463 offene Haftbefehle vollstrecken.

Was sich hinter Zahlen wie dieser in vielen Fällen verbirgt, machen aktuelle Berichte zu den im vergangenen Herbst eingeführten stichprobenartigen Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien deutlich. Fast im Tagesrhythmus muss die Bundespolizei feststellen, dass gegen kontrollierte Personen, die nach Deutschland einreisen wollen, bereits ein Haftbefehl vorliegt. Bemerkenswert oft spielen in solchen Fällen unbezahlte Geldstrafen eine Rolle.

Jüngstes Beispiel: Bei einer Kontrolle im sächsischen Zittau erwischte die Bundespolizei im Januar zwei mutmaß-

liche Pfandbetrüger. Deren Auto war vollgestopft mit tschechischen Bierdosen, auf denen gefälschte deutsche Pfandetiketten aufgeklebt waren. Als sächsische Polizeibeamte den Fall übernahmen, stellten sie fest, dass einer der beiden festgenommenen Tschechen in Deutschland zu einer Geldstrafe von fast 2000 Euro verurteilt worden war, aber die Strafe nicht bezahlt hatte. Aus Vorpommern hat die Bundespolizei in den vergangenen Wochen viele ähnliche Fälle gemeldet. Gleichbleibendes Muster war, dass die Ausländer ihre Geldstrafen nicht bezahlt hatten und es offenbar für völlig normal hielten, wieder nach Deutschland einreisen zu können.

Für die Justiz, aber auch den Gesetzgeber sollte die Vielzahl solcher Fälle Anlass sein, allmählich Konsequenzen zu ziehen. Geldstrafen für ausländische Täter bringen nichts, solange Grenzen nicht kontrolliert werden und sich Verurteilte mühelos ins Ausland absetzen können.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Der Präsident und seine Herausforderin: Emmanuel Macron und Marine Le Pen

Foto: Mauritius images/JHG/alamy

KOLUMNE

Konservative Wende

ROBERT MÜHLBAUER

Als der junge Emmanuel Macron erstmals für das Präsidentenamt kandidierte und im Jahr 2017 die rechtsstehende Konkurrentin Marine Le Pen schlug, versprach er, „weder links noch rechts“ zu sein. Inzwischen bewegt sich Macron aber deutlich von links nach rechts. Der Präsident steht unter immensem Druck. Seine schwächelnde Partei „Renaissance“ liegt in Umfragen zur Europawahl gut zehn Prozentpunkte hinter Marine Le Pens „Rassemblement National“ (RN). Dass Le Pen das nächste Staatsoberhaupt wird, ist keineswegs unrealistisch. Französische Medien beschreiben schon jetzt Macrons Albtraum, wie er ihr nach der Wahl 2027 den Schlüssel zum Pariser Élysée-Palast übergeben muss.

Um das zu verhindern, versucht er jetzt mit einer rechts-konservativen Wende Wähler zurückzugewinnen. Im Dezember hat die Nationalversammlung für ein verschärftes Immigrationsgesetz gestimmt. Das Einwanderungsgesetz sieht schnellere Abschiebungen für abgelehnte Asylbewerber und Straftäter vor, der Familiennachzug wird erschwert, der Bezug von Sozialleistungen verzögert. Tatsächlich war das Gesetz ein Sieg für Le Pen, deren Partei schon seit Jahrzehnten fordert, dass Ausländer (auch EU-Ausländer) nicht sofort dieselben Sozialleistungen wie Franzosen bekommen. „Nationale Präferenz“ nennt sie das. Da Macron keine eigene Mehrheit mehr im Parlament hat, kam das Gesetz nur mithilfe der 88 RN-Abgeordneten durch.

Macrons Bewegung war konsterniert und gespalten. Dass der Verfassungsrat Teile des Einwanderungsgesetzes Ende Januar kassiert hat, lässt Links frohlocken. Macron steht aber wie ein doppelt begossener Pudel da.

Macron bewegt sich nach rechts

Mit der Regierungsumbildung und der Berufung von Gabriel Attal zum Ministerpräsidenten Anfang Januar hat Macron eine deutliche Wende hin zu konservativen Positionen vollzogen. Unter anderem strebt er eine „zivile Wiederbewaffnung“ des Landes an, das durch gescheiterte Integration verunsichert ist. In den von Schwarzen und Arabern dominierten Vorstädten brodelt es. Macron will ein neues nationales „Wir-Gefühl“ für die Nation schaffen. Im Zentrum der

Werteoffensive stehen die Schulen. Kinder sollen die Marseillaise, die Nationalhymne lernen. Macron will Schuluniformen einführen. Gegen den demographischen Niedergang will er eine „demographische Aufrüstung“ durch Geburtenförderung setzen, unter anderem mit einem reformierten Elternurlaub.

Viele dieser Maßnahmen – die Einwanderungsbremse und die Patriotismus-Offensive – fordert Le Pen seit Langem. Die Chefredakteurin der linksliberalen Zeitung „Le Monde“, Sylvia Kauffmann, kritisiert am Präsidenten daher

Marine Le Pen im Rennen gegen Präsident Emmanuel Macron

einen „fundamentalen Widerspruch“: „Er benennt Rechtsaußen als den Feind, aber legitimiert einige der Träume der Rechten.“ Die Linken, Sozialisten und Grünen werfen Macron jetzt eine „reaktionäre Politik“ vor. Doch das ist ihm egal. Der viel stärkere Gegner, der ihm zu schaffen macht, steht rechts.

Als personelle Geheimwaffe gegen den RN-Aufschwung wird „Wunderkind“ Attal gehandelt, der 34-jährige neue Premierminister. Er soll gegen den erst 28 Jahre alten, sehr populären RN-Vorsitzenden Jordan Bardella punkten. Bardella (mit mehr als einer Million Followern auf TikTok) ist es gelungen, die etwas angestaubte Rechtspartei, einst von Jean-Marie Le Pen unter dem Namen „Front National“ gegründet, zu modernisieren. Der jetzt 95 Jahre alte Le Pen, der sich in einem rechtsextremen Eck verrannt hat, musste die Partei verlassen.

Als bewusste Abkehr von antisemitischen Ausfällen und Holocaust-Verharmlosung des Alten war auch die demonstrative Teilnahme der Tochter bei Kundgebungen gegen Antisemitismus zu verstehen. „Der Tag, an dem Marine Le Pen für Juden wählbar wurde“, schrieb „Spiegel online“ entgeistert. Marine Le Pen hat sich klar auf der Seite Israels positioniert, im scharfen Kontrast zum Linkspolitiker und Hamas-Versteher Mélenchon. Und auch die vorige Russland-Nähe des RN

hat Bardella revidiert. Die Partei sei „naiv gewesen gegenüber Putins Absichten“, sagte er nach dem Angriff auf die Ukraine.

Marine Le Pen wurde gemäßigter

Das Gespann Marine Le Pen und Bardella führt den RN sehr erfolgreich gemeinsam. Einige extreme Positionen – etwa den „Frexit“ (Austritt Frankreichs aus der EU) – haben sie fallengelassen. Die mütterliche blonde RN-Fraktionsvorsitzende mit der rauchigen Stimme kommt im Volk gut an, Bardella hat gerade beim jüngeren Publikum viele Anhänger. Sie arbeiten daran, die Partei zu „entdämonisieren“. Der Schwefelgeruch des Rechts-extremismus, den ihnen die Linken anhängen wollten, verfängt immer weniger. Auch wenn die französische Presse unverdrossen und stereotyp noch immer „l'extrême droite“ (extreme Rechte) schreibt, nehmen immer mehr Bürger die Partei als wählbar und gemäßigt wahr. Immer mehr Franzosen sehen den RN als potentielle Regierungspartei.

Das birgt auch eine Lektion für die deutsche RN-Schwesterpartei Alternative für Deutschland, die im Europaparlament in derselben Fraktion „Identität und Demokratie“ sitzt. Durch strategische Mäßigung kann man größere Wählergruppen erreichen als durch Radikalisierung. Die Idee eines „Dexit“, eines deutschen EU-Austritts, ist nicht populär. Sogar unter den AfD-Wählern unterstützt das nur eine Minderheit von 45 Prozent laut jüngster Umfrage.

Marine Le Pen hat erkannt, dass sie nur dann mehrheitsfähig wird bei den nächsten Wahlen, wenn sie konsequent den Kurs der Mäßigung geht. Sie erreicht immer mehr Wähler der Mitte, Angestellte, Selbstständige, kleine Unternehmer, die von Massenimmigration und Globalisierung verunsichert sind. Radikalere Wähler, die vor allem gegen die Islamisierung kämpfen wollen, machen ihr Kreuz bei der Partei „Reconquête!“ (Rückeroberung) von Eric Zémour und Le Pens Nichte Marion Maréchal. Diese kommt laut Umfragen zur Europawahl auf sieben Prozent. Der RN liegt aber bei gut 30 Prozent. Die rechtskonservativen Republikaner kommen auf etwa neun Prozent. Insgesamt tendiert die Mehrheit der Franzosen inzwischen klar nach rechts. Macron, der Le Pen zweimal besiegt hat, muss fürchten, dass sie das nächste Staatsoberhaupt wird. Für Europa wäre das ein Erdbeben.

Zeitenwende in der Kunst

Um das Jahr 1500 herum kam die Renaissance nach Deutschland – Das Frankfurter Städel stellt die Pioniere um Hans Holbein vor

VON CLAUSS-M. WOLFSCHLAG

Nachdem die Wiederentdeckung antiker Proportionen und Motive in Italien bereits einige Jahrzehnte gewirkt hatte, schwappte die damals neue Kunstströmung der Renaissance um das Jahr 1500 über den Alpenrand. Diese Entwicklung ist eng verbunden mit den Malern Hans Holbein der Ältere (um 1465–1524) und Hans Burgkmair (1473–1531).

Eine große Schau im Frankfurter Städel-Museum kreist um das Werk der beiden Maler, ergänzt durch das Schaffen des Holbein-Sohns Hans Holbein der Jüngere (1497–1543), und setzt es in Verbindung zur Kunstszene jener Jahre. Anhand von 180 bedeutenden Kunstwerken werden anschaulich die Anfänge der schrittweisen Etablierung einer nordischen Renaissance in Deutschland präsentiert. Zu Recht ist dabei von einer „Zeitenwende“ die Rede, als deren deutsches Zentrum die von der Handelsfamilie Fugger geprägte freie Reichsstadt Augsburg fungierte.

Augsburg wurde Anfang des 16. Jahrhunderts von der Reformation ergriffen, was zur dortigen Förderung der von der Antike inspirierten Renaissance-Kunst beitrug. Symbolisch zeigte sich das in der Ersetzung der zentralen Brunnenfigur des Stadtpatrons St. Ulrich durch den antiken Meeresherrn Neptun. Das Studium antiker Bodenfunde inspirierte somit auch die Augsburger Künstler. Der Bronze-Neptun steht nun prominent am Ausstellungseingang und führt die geistige Verschiebung jener Jahre deutlich vor Augen.

Kaiser Maximilian I. gehörte zu den Förderern der Entwicklung, erteilte er doch Burgkmair zahlreiche lukrative Aufträge zur Darstellung des habsburgischen Machtanspruchs. Da sich Maximilian gerne und häufig in der prosperierenden Fuggerstadt aufhielt, bekam er vom französischen König den Spitznamen „Bürgermeister von Augsburg“ verliehen. Typisch für die Zeit war aber auch, dass das anatomisch genau wiedergegebene mensch-



Zieht die meisten Blicke auf sich: Hans Holbeins d. J. „Madonna des Bürgermeisters Jacob Meyer zum Hasen“ (1525/26 und 1528)

liche Individuum gerade jenseits der Herrscherfunktion in das Zentrum der Kunst gestellt wurde. Exemplarisch wird das in der Schau durch von Hans Holbein d. Ä. gemalte Porträts von Angehörigen der Familie Weiß oder einem Doppelbildnis Burgkmairs von Jakob Fugger und dessen Braut Sybilla Artzt in prächtiger Gewandung gezeigt. Kleidungsdetails, etwa Ziegenlederhandschuhe oder kostbare Siegelringe, symbolisierten den Wohlstand der porträtierten Personen.

Die Fugger als Förderer

Jakob Fugger als Spross der mächtigen Kaufmannsfamilie sorgte wiederum für die deutsche Entdeckung der Renaissance-Architektur. Zwischen 1509 und 1512 ließ er mit seinen Brüdern in Augs-

burg eine monumentale, venezianisch inspirierte Grabkapelle errichten, die als frühestes erhaltenes Beispiel dieser Baukunst in Deutschland gilt.

Die deutsche Renaissance war allerdings nicht nur in der Architektur, sondern auch in der Malerei eine eigenständige Adaption der romanischen Einflüsse. Deutlich zeigt dies die Frankfurter Schau an dem Kupferstich „Kampf nackter Männer“ von Antonio Pollaiuolo. Der Italiener schuf um 1470 eine Szenerie mit Beilen, Säbeln und Bögen kämpfender Männer im antiken Stil. Jörg Breu der Ältere übernahm das Motiv in einer um 1516 geschaffenen Federzeichnung, ersetzte die Säbel aber durch Keulen, verdeckte die Scham durch Blattwerk und näherte die Figuren damit dem in der nordischen Bildkultur

bereits bekannten Motiv des „Wilden Mannes“ an. In „Der Tod überfällt ein Liebespaar“ verbindet Burgkmair venezianische Arkadenbögen und Ornamentik mit dem aus der nordalpinen Tradition stammenden Motiv des Knochenmanns.

Kunst im „postkolonialen“ Kontext

Holbein d. Ä. bereitete seine Gemälde durch eine Fülle von Silberstift-Skizzen vor. Diese in der Ausstellung gezeigten Detailarbeiten zu späteren Kompositionen wirken in ihrer reduzierten Motivwahl bisweilen moderner als die Endergebnisse.

Während Holbein nach der Lehre noch in die Niederlande zum Studium der dort geschaffenen Werke zog, begab sich Burgkmair nach dortigen Aufenthalten

bereits, ähnlich wie Albrecht Dürer, nach Italien, um die Renaissance-Kunst vor Ort zu besichtigen. Bei Burgkmair mündete offenbar ein Besuch in der Handelsmetropole Venedig 1528 in dem großartigen Historienbild „Geschichte der Esther“, das als Vorläufer mancher Orientalismus-Werke des 19. Jahrhunderts gelten könnte. Durch die Übernahme niederländischer und italienischer Elemente bedienten beide Künstler folglich unterschiedliche Vorlieben ihrer Zeit. Die Verschmelzung beider Strömungen fand sich letztlich im Werk Holbeins des Jüngeren.

Burgkmair war ausgesprochen experimentierfreudig und suchte ständig nach neuen Motiven. Kokospalmen tauchten in seinen Bildern auf, ebenso fremde Völker, über deren Aussehen er sich von dem Handelsreisenden Balthasar Springer berichten ließ, der an einer portugiesischen Entdeckungsfahrt nach Afrika und Indien teilgenommen hatte. Burgkmair bemühte sich, die Schilderungen als einer der ersten deutschen Künstler möglichst authentisch in Bildern zu fassen.

Leider wird diese Leistung vom Museum nur dazu genutzt, sie in einer Bildbeschreibung in einen modischen „postkolonialen“ Kontext zu pressen. So konnte es der Kurator nicht unterlassen, dem vor rund 500 Jahren verstorbenen Burgkmair vorzuwerfen, „Stereotypen“ bemüht und sich durch Verwendung des antiken Kontrapost an „europäische Sehgewohnheiten“ angepasst zu haben. Durch die angebliche Darstellung von „unzivilisierten Wilden“ stünde Burgkmair „am Anfang einer absichtlich abwertenden Darstellungsweise von Menschen aus jenen Gebieten Afrikas, die die bevorzugte Herkunftsregion des Handels mit verklavten Menschen“ gewesen sei.

● „Holbein und die Renaissance im Norden“, bis 18. Februar im Städel-Museum, Schaumainkai 63, Frankfurt am Main, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr. Eintritt: 18 Euro. www.staedelmuseum.de

RELIGIONSKRITIK

Der reinste Straußenhandel

Vor 150 Jahren starb David Friedrich Strauß – Sein Buch „Das Leben Jesu“ kam wie ein Kanonenschuss

Neben Ludwig Feuerbachs Abhandlung „Das Wesen des Christentums“ hat im 19. Jahrhundert keine theologische Schrift für so viel Aufregung gesorgt wie „Das Leben Jesu“. Die Mitte der 1830er Jahre erschienene 1400 Seiten starke Monsterbiographie über den Gottessohn aus der Feder des erst 27-jährigen Schwaben David Friedrich Strauß räumte mit den gängigen neutestamentlichen Evangelienmythen wie Wunderheilungen auf und betrachtete aus linkshegelianischer Sicht den historischen Jesus ganz rational als eine „Idee der Menschheit“.

Diese fundamentale Religionskritik des evangelischen Theologen löste unter den Traditionalisten und konservativen Althegeleianern ein Beben an der Entrüstung aus, weil sie darin im Sog der Restauration einen Angriff auf die gottgewollte Ordnung sahen. Trotz zahlreicher Verteidigungsschriften von progressiven Junghegeleianern bedeutete das Buch für den 1808 in Ludwigsburg geborenen Strauß das Ende seiner theologischen Laufbahn

an der Tübinger Universität. Fortan schlug er sich als Privatgelehrter durch. Retrospektiv schrieb er 1860 in einem Buch über Ulrich von Hutten: „Ich könnte meinem Buch („Das Leben Jesu“) grollen, denn es hat mir viel Böses getan.“

Als er in Zürich erneut als Professor der Dogmatik und Kirchengeschichte Fuß fassen wollte, löste seine Berufung an die dortige Universität wegen seines Jesus-Buchs derart starke Proteste aus, dass er mit einer für die damaligen Verhältnisse üppigen Abfindung von 1000 Franken von seinem Posten noch vor Amtsantritt losgekauft wurde. Dieser teure „Straußenhandel“ war mit ein Grund für den „Zürputsch“ vom 6. September 1839, mit dem die liberale Regierung des Kantons Zürich gestürzt wurde.

Und was macht ein ambitionierter Theologe, wenn ihm der Weg in die Wissenschaft verbaut wird? Na, klar, er geht in die Politik. Nachdem er erst noch mit „Die christliche Glaubenslehre“ ein weiteres zweibändiges Hauptwerk vorgelegt

hatte, mit dem er seine Abkehr vom Christentum dokumentierte, und mit „Der Romantiker auf dem Thron der Cäsaren, oder Julian der Abtrünnige“ die Restauration unter dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. angriff, wollte er im



Ein Freidenker: David Friedrich Strauß

Zuge der Märzrevolution in die Frankfurter Nationalversammlung einziehen. Das misslang zwar, aber als Abgeordneter der Stadt Ludwigsburg wurde er zumindest in den württembergischen Landtag gewählt.

Wider Erwarten gab sich Strauß in seinen später auch veröffentlichten „Sechs theologisch-politischen Volksreden“ als konservativer Politiker zu erkennen, der statt einer „Herrschaft von Pöbel und Masse“ eine „Herrschaft der Gebildeten“ anstrebte. Diese Bildungsphilisterei griff später sogar Friedrich Nietzsche in seinen „Unzeitgemäßen Betrachtungen“ an. Dabei war der Philosoph mit seiner „Gott ist tot“-Theorie eigentlich ein Bruder im Geiste von Strauß.

Nachdem Strauß am 8. Februar 1874 in Ludwigsburg gestorben war, schrieb der sozialdemokratische Publizist Franz Mehring über die Wirkung von „Das Leben Jesu“: „Es war sozusagen der erste Kanonenschuss, der auf ein Heer abgefeuert wurde, das nur mit feudalen Speeren und Spießen kämpfen konnte.“ Harald Tews

● MELDUNGEN

Grundstein für neues Museum

Berlin – Am 9. Februar wird am Kulturforum der Grundstein für das neue Museum „berlin modern“ gelegt. Die Pläne für das seit 2019 geplante Haus für Moderne Kunst, das 2027 eröffnet werden soll, wurden zuletzt gründlich überarbeitet. tws

Junckers fliegt nach Persien

Dessau – Am 2. Februar eröffnet im Technikmuseum Hugo Junkers, Kühnauer Straße 161a in Dessau-Roßlau, die Ausstellung „Karawanen in der Luft. Der Junkers-Luftverkehr Persien“. Kurator der Schau über die Anfänge der zivilen Luftfahrt im westlichen Asien ist PAZ-Autor Stefan Piasecki, der mit „Himmelsleiter“ einen Roman zum Thema verfasst hat (www.technikmuseum-dessau.org). tws

ERHART KÄSTNER

Meister der „Verdrängung“

Vor einem halben Jahrhundert starb der Schriftsteller, Sekretär Gerhart Hauptmanns und Leiter der Herzog-August-Bibliothek

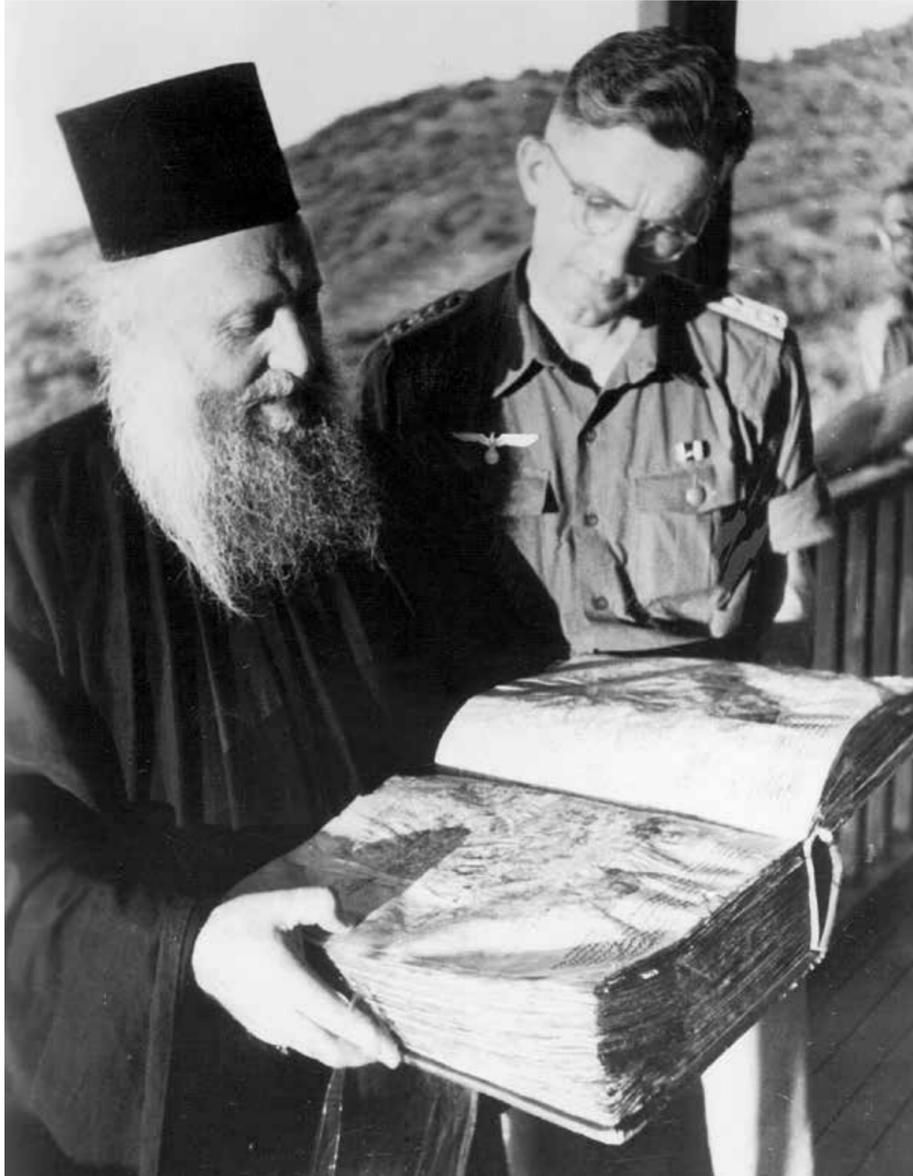
VON MARTIN STOLZENAU

Vor zwölf Jahrzehnten, am 13. März 1904, wurde der schriftstellernde Bibliothekar Erhart Kästner im fränkischen Schweinfurt geboren. Sein Vater war Gymnasialprofessor und richtete das Interesse seines Sohnes schon früh auf Literatur und Geschichte. Seine Jugend verbrachte Kästner in Augsburg. Dort besuchte er das Gymnasium St. Anna. Nach dem Schulabschluss machte der Jüngling zunächst eine Buchhändlerlehre, ehe er nacheinander in Freiburg im Breisgau, Kiel und Leipzig studierte. Im Mittelpunkt seiner Studien standen Germanistik, Geschichte und Philosophie. 1927 promovierte Kästner über „Wahn und Wirklichkeit im Drama der Goethezeit“.

Anschließend wurde der junge Dr. phil. von der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden übernommen. Er erlebte dort die „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten, hatte mit ihnen anfänglich Berührungsprobleme und wechselte 1936 in den Dienst von Gerhart Hauptmann. Kästner arbeitete bei dem Dramatiker in der Nachfolge von Elisabeth Jungmann als Sekretär und griff im zunehmenden Maße selbst zur Feder. Er teilte offenbar längere Zeit Hauptmanns innere Emigration.

Griechenland-Texte für die Truppe

Aus dieser Zurückgezogenheit wurde er nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gerissen. Kästner wurde Soldat, trat nun in die NSDAP ein und erreichte über dieses Zugeständnis eine Freistellung, um Schriften „für die kämpfende Truppe“ zu verfassen. So kam er nach Griechenland und war von der geschichtsträchtigen Landschaft begeistert. Kästner verfasste Reiseberichte und schuf eine „neuhumanistische Bildungsliteratur“, die Krieg und Besatzung weitgehend ausklammerte. Das trug ihm nach dem Zweiten Weltkrieg, den er überlebte, Kritik ein.



Auf Rhodos und in Nordafrika war er in britischer Kriegsgefangenschaft. Im ägyptischen Kriegsgefangenenlager Fayid

verarbeitete er die neuen Erfahrungen in einem Roman, der unter dem Titel „Zeltbuch von Tulimad“ 1949 erschien.

Das Buch erregte Aufsehen und wurde oft mit Hans Carossas „Rumänischem Tagebuch“ verglichen.

Einem breiteren Publikum wurde Erhart Kästner durch seine Griechenlandbücher bekannt, die er zum Teil während des Zweiten Weltkriegs für Wehrmachtssoldaten verfasste und später leicht umarbeitete: Der deutsche Schriftsteller und Wehrmachtangehörige lässt sich 1943 in Griechenland auf dem Berg Athos von einem Mönch des Klosters Watopudi einen Atlas aus dem neunten Jahrhundert zeigen

Foto: Ullstein/Süddeutsche Zeitung Photo/Scherl

Das war sein Einstieg als freischaffender Schriftsteller. Kästner fühlte sich der bürgerlich-humanistischen Erzähltradition verpflichtet, verstand sich vor allem als „Bewahrer und Mahner“ und praktizierte in der Folge eine ganz spezielle „Zeit- und Geschichtslosigkeit“. Im Schatten von Heinrich Böll, Rolf Hochhuth und Martin Walser setzte er eigene humanistische Akzente.

Ausbau der HAB ab 1950

Der damit verbundene schriftstellerische Lorbeer zu Beginn der Bundesrepublik trug ihm 1950 die Berufung nach Wolfenbüttel ein. Kästner entsprach dem Anforderungsprofil und wurde Chefbibliothekar der dortigen Herzog-August-Bibliothek (HAB). Er baute sie aus zu einer „Bibliotheca illustris“, die den modernen Anforderungen entsprach, und schrieb nebenbei weitere Prosawerke. Seine „stilistisch geschliffenen und kunstvoll komponierten“ Arbeiten entsprachen dem verbreiteten gesellschaftlichen Wunsch nach „Verdrängung“. Kästner war erfolgreich, bekam Literaturpreise und wurde in die Akademie der Künste Berlin wie die Bayerische Akademie der Schönen Künste aufgenommen. Im Jahre 1954 heiratete er die Restauratorin Anita Vogel.

Nach seiner Pensionierung 1968 wechselte der schriftstellernde Bibliothekar nach Staufen im Breisgau. Dort starb er vor einem halben Jahrhundert, am 3. Februar 1974. Seine letzte Ruhestätte fand er auf dem örtlichen Friedhof.

Kästner hinterließ einen umfangreichen Nachlass. Dazu gehörten 17.000 Manuskript-Blätter und 6000 Briefe. Der Nachlass gehört inzwischen zum Bestand seiner ehemaligen Wirkungsstätte, der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel. Seine Briefwechsel mit Martin Heidegger und Gerhart Hauptmann wurden zwischen 1986 und 2004 herausgegeben.

JOHANN KNAUTH

Deutscher Retter des Straßburger Münsters

Die Vollendung seines Rettungswerkes konnte der vor 100 Jahren verstorbene Dombaumeister nicht mehr miterleben

Im preußischen Köln kam Johann Knauth am 8. November 1832 zur Welt. Der damals noch im Bau befindliche Dom der Stadt war für ihn allgegenwärtig und beeinflusste maßgeblich seine Berufswünsche. Seine Eltern ermöglichten ihm nach dem Schulabschluss eine Ausbildungsübernahme durch die Kölner Dombauhütte. Knauth kam in die Obhut von Dombaumeister Franz Schmitz, der ebenfalls aus Köln stammte und bis 1880 die gewaltige Dombauwerkstatt vollendete. Schmitz bildete den jungen Lehrling im gotischen Baustil aus und befähigte ihn zu eigenständigen Architekturüberlegungen. Dieses perfekte Zusammenspiel zwischen Lehrer und Schüler sollte sich später in Straßburg auf besondere Art auszahlen.

Schmitz hatte zunächst großen Anteil am Weiterbau des Kölner Doms, sorgte nach Differenzen mit der Kölner Dombauverwaltung als freier Architekt für zahlreiche Kirchenrestaurierungen und -neubauten, fungierte zeitweilig als Diözesanbaumeister des Erzbistums Köln und wurde 1890 schließlich als Nachfolger von August Hartel zum Dombaumeister in Straßburg berufen. Damit überstand ihm die Erhaltung des Straßbur-

ger Münsters. Das war nach den Beschädigungen im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, der Ersetzung des romanischen Vierungsturms unter Gustav Klotz und der Feststellung der Neigung des Nordturmes eine große Herausforderung. Schmitz begann eine gründliche Baudokumentation. Bevor er 1894 starb, hatte er die Weichen für Knauth gestellt, den er als seinen Meisterschüler 1891 nach Straßburg geholt hatte. Er empfahl ihn der elsässischen Verwaltung als seinen Nachfolger.

Die Behörden folgten dem Schmitz-Vorschlag. Knauth, der im Elsass Mathilde Holtzmann geheiratet hatte, wurde Dombaumeister des Straßburger Münsters und begann in Fortsetzung der Dokumentation seines Lehrers Schmitz mit der Planung zur Rettung des Münsters. Der Nordturm drohte auf das Münster zu stürzen. Knauth erarbeitete drei Varianten zur Rettung. Nach Festlegung auf einen Vorschlag gab es eine Ausschreibung und einen Firmenwettbewerb zur Realisierung. Dann begannen unter Leitung Knauths die Rettungsarbeiten. Die Fundamente des Nordturmes wurden bis auf den Rheinkies freigelegt. Dieser Kies wur-

de mit injiziertem Beton verfestigt. Rundherum kam ein Fundamentring mit einer zusätzlichen Ummantelung als Widerlager. Dann wurde das mittelalterliche Fun-

dament durch ein stabiles Betonfundament ersetzt.

Knauth war Tag und Nacht vor Ort. Die Arbeiten zogen sich über Jahre hin,

waren aber erfolgreich. Die Rettungsarbeiten wurden zwar während des Ersten Weltkriegs verlangsamt, gingen aber unter Knauths Leitung weiter. Ungeachtet seiner Verdienste um das Münster wurde Knauth ob seiner deutschen Herkunft nach dem Ende des Krieges und der Übernahme Elsass-Lothringens durch Frankreich ausgewiesen. Nun ohne ihn, aber nach seinen Vorgaben gingen unter französischer Regie die Rettungsarbeiten weiter.

Den erfolgreichen Abschluss der Rettung im Jahr 1926 erlebte Knauth nicht mehr. Er starb bereits am 8. Februar 1924 in seinem Rückzugsort Gengenbach, einer Kleinstadt im vorderen Kinzigtal des Schwarzwaldes, die heute mit ihrer malerischen Altstadt zum Ortenaukreis gehört. Doch auch dort war die historische Leistung des Dombaumeisters Knauth als Retter des Straßburger Münsters lange unbekannt. So ist er bis heute nicht in die Reihe bedeutender Persönlichkeiten Gengenbachs aufgenommen worden. Außer seinem Lebenswerk mit der Erhaltung des Straßburger Münsters hinterließ Knauth mit seiner Ehefrau Mathilde zwei Kinder. M.S.



Ungefähr 1905 inmitten einer Gruppe von Arbeitern am Straßburger Münster: Dombaumeister Johann Knauth mit schwarzer Jacke und Weste

VON WOLFGANG REITH

Nachdem Wilhelm II. 1888 infolge dem frühen Tod seines Vaters mit 29 Jahren Deutscher Kaiser und König von Preußen geworden war, arbeitete er noch zwei Jahre lang mit dem Eisernen Kanzler Otto von Bismarck zusammen, dem die Gründung des zweiten deutschen Kaiserreiches 1871 zu verdanken gewesen war. Dann vertieften sich die Streitpunkte zwischen den beiden unterschiedlichen Personen so sehr, dass der Regierungschef am 20. März 1890 von seinem Monarchen die Entlassung erhielt. Zum Nachfolger als Reichskanzler und als preußischer Ministerpräsident wurde Georg Leo von Caprivi de Caprara de Montecuccoli berufen. Der 1891 in den Grafenstand erhobene General sollte nach den Worten des Kaisers für einen „neuen Kurs“ stehen.

Am 24. Februar 1831 in Charlottenburg geboren, besuchte Caprivi das Friedrichswerdersche Gymnasium in Berlin und trat nach dem Abitur 1849 in das Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiment Nr. 2 ein. Nachdem er die Kriegsakademie absolviert hatte, diente er ab 1860 als Hauptmann im Großen Generalstab. Er nahm an den Kriegen 1864 gegen Dänemark und 1866 gegen Österreich teil und tat sich im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 als Generalstabschef des X. Armee-Korps hervor, wofür er mit dem Orden Pour le Mérite ausgezeichnet wurde. In den folgenden Jahren betätigte sich Caprivi zunächst als Abteilungsleiter im Preußischen Kriegsministerium, ab 1878 dann als Divisionskommandeur.

Als General und Admiral Albrecht von Stosch am 20. März 1883 auf seinen Wunsch hin vom Amt des Chefs der Kaiserlichen Admiralität entbunden wurde, betraute der Kaiser Caprivi mit dieser Aufgabe. Der Generalleutnant wurde à la suite der Armee gestellt und erhielt zugleich den vergleichbaren Rang eines Vizeadmirals. Dass mit Caprivi erneut ein Heeresoffizier an die Spitze der Marine gelangte, zeigt, welche geringen Stellenwert diese Teilstreitkraft damals in der Kontinentalmacht Deutschland noch einnahm. Gleichwohl arbeitete sich Caprivi, auch wenn er von seinem neuen Arbeitsbereich nicht gerade begeistert war, schnell in diesen ein und setzte einige Reformen durch wie etwa den Ausbau des Torpedobootwesens.

„Neuer Kurs“ ab 1890

Mit Kaiser Wilhelm II. kam dann ein Monarch auf den Thron, der sich die maritime Politik zu eigen machte und eine grundlegende Um- und Aufrüstung der Flotte vorantrieb. Caprivi wollte diese Politik nicht mittragen und trat deshalb am 5. Juli 1888 von seinem Posten zurück. Noch am 14. April des Jahres zum General der Infanterie ernannt, trat er nun die Stelle als Kommandierender General des X. Armee-Korps an.

Umso überraschender war, dass der Kaiser ihn nach der Entlassung Bismarcks am 20. März 1890 zu dessen Nachfolger als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident berief. Innenpolitisch versuchte der neue Regierungschef, alle politischen Parteien in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. In der Außenpolitik hingegen gab Caprivi Bismarcks Versuch auf, mit allen drei anderen Großmächten außer Frankreich verbündet zu sein, und setzte stattdessen auf den Dreibund mit Österreich-Ungarn und Italien. Dem Wunsche Russlands nach einer Verlängerung des im Jahre des Kanzlerwechsels auslaufenden Rückversicherungsvertrages wurde nicht entsprochen, sodass dieses sich auf kurz oder lang Frankreich zuwandte.

Ein besonderes Zeichen setzte Caprivi noch im selben Jahr durch den mit Großbritannien geschlossene sogenannte Helgoland-Sansibar-Vertrag vom 1. Juli 1890, in dem das Deutsche Reich die Insel Helgoland zurückerhielt und dafür auf den Schutzvertrag mit dem Sultanat Witu (Wituland) in Ostafrika sowie Ansprüche



„Der neue Reichskanzler auf einem Spaziergange im Thiergarten zu Berlin“; Holzstich aus dem Jahre 1890 nach einer Zeichnung des Genremalers und Illustrators Ernst Hosang (1857–1919) Foto: akg images

LEO VON CAPRIVI

Bismarcks kurzzeitiger Nachfolger

Der General, von dem Wilhelm II. sich eine einfachere Zusammenarbeit als mit dem Eisernen Kanzler erhoffte, starb vor 125 Jahren

auf die Insel Sansibar verzichtete. Stattdessen erwarb Deutschland mit dem sogenannten Caprivizipfel, einem 450 Kilometer langen und 50 Kilometer breiten Landstreifen im Nordosten Deutsch-Südwestafrikas, einen geographischen Zugang zum Sambesi. All diese Entwicklungen standen letztlich für den von Kaiser Wilhelm II. geprägten Begriff „Neuer Kurs“.

Als 1892 der preussische Kultusminister Robert von Zedlitz-Trützschler infolge des Widerstands gegen sein geplantes Volksschulgesetz zurücktrat, war dies Caprivi Grund genug, am 22. März des Jahres sein Amt als Ministerpräsident niederzulegen. Zu seinem Nachfolger wurde Botho Wendt Graf zu Eulenburg ernannt, während Caprivi Reichskanzler blieb.

Zwei Jahre darauf kam es zwischen beiden Personen zu Unstimmigkeiten über ein vorgesehene Sondergesetz gegen die Sozialdemokratie. Caprivi lehnte es ab, wohingegen Eulenburg, der bereits in den Jahren 1878 bis 1881 als preussischer Innenminister die Sozialistengesetze zu einem seiner Hauptanliegen gemacht hatte, es vehement unterstützte. Caprivi lehnte daraufhin jede weitere Zusammenarbeit mit Eulenburg ab, und so entband

der Kaiser und König am 26. Oktober 1894 beide von ihren Ämtern und ernannte drei Tage später Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst zum Reichskanzler und in Personalunion zum preussischen Ministerpräsidenten.

Letzte Ruhestätte in Ostbrandenburg

Caprivi zog sich danach vollkommen aus der Politik zurück, lebte ein Jahr lang in Frankfurt an der Oder und ab 1895 auf Einladung einer Nichte aus der Familie von Schierstaedt auf deren Rittergut Skyren [Skórzyń] bei Messow [Maszewo] im Landkreis Crossen an der Oder in Ostbrandenburg. Dort verstarb der kinderlose Junggeselle vor 125 Jahren, am 6. Februar 1899. Bestattet wurde er auf dem dortigen Bergfriedhof, dem Familienfriedhof derer von Schierstaedt sowie von Seydlitz-Kurzbach.

Das frühere Gutshaus Skyren ist inzwischen längst nicht mehr vorhanden, die Grabstätten auf dem örtlichen Friedhof wurden nach 1945 verwüstet und zerstört. Gleichwohl sind letzte Relikte des einstigen Caprivi-Grabes, das aus einer Steinpyramide mit einem zwei Meter hohen aufgesetzten weißen Marmorkreuz bestand,

heute noch erkennbar. 1974 gelang es, ein letztes Foto von der Grabplatte aufzunehmen, ehe diese kurz darauf verschwand. 2014 gab es eine Initiative zur Restaurierung der verfallenen Grabstätte, die maßgeblich vom Preußeninstitut ausging, das auch um Spenden dafür warb und die von polnischen Partnern Unterstützung erfuhr. Am 29. Oktober jenes Jahres trafen sich zu diesem Zweck vor Ort Olaf Tams als Vertreter des Preußeninstituts, Bruno Kosak, Denkmalschutzbeauftragter der deutschen Volksgruppe, Dariusz Jarocinski, Gemeindevorsteher von Messow [Maszewo], und Boleslaw Gustav Bernaczek, Vorsitzender der Deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Lebus.

Alle bekundeten ihr Interesse an der Wiederherrichtung des Grabes, das umzäunt und mit einer zweisprachigen Grabplatte versehen werden sollte, doch scheint das Projekt seither im Sande verlaufen zu sein, denn bisher ist nichts geschehen. Das dürfte an fehlenden finanziellen Mitteln liegen. Zudem war der Präsident des Preußeninstituts, der selbst aus der Gegend von Frankfurt an der Oder stammte und seinerzeit die Initiative ins Leben gerufen hatte, schon 2011 gestorben.

„MRWISSEN2GO“

Für Abi in Geschichte zu fehlerhaft

In der von dem ehemaligen Zivildienstleistenden und SPD-Gemeinderatsmitglied sowie heutigen Journalisten, Moderator, Autor und Webvideoproduzenten Mirko Drotschmann moderierten „Terra X“-Reihe „MrWissen2go“ nimmt man es mit der Seriosität nicht so genau. So werden in der Folge „Deutschlands Wiedergeburt: Das Hambacher Fest“ (<https://www.youtube.com/watch?v=TP2cf4vL6xo>) wiederholt zu Textpassagen irreführende, unpassende Bilder gezeigt.

Um die Minute 8:30 der insgesamt elfminütigen Folge werden Aussagen Drotschmanns dazu, wofür „die Frauen Männer auf dem Hambacher Schloss“ eintraten, mit einem Bild vom Wartburgfest unterlegt. Um die Minute 6:00 wird zu einer Beschreibung des Zuges zum Hambacher Schloss 1832 der Zug der Studenten zur Wartburg 1817 gezeigt. Und um die Minute 9:15 wird zu den Worten „Das Hambacher Fest ist schon damals ein, kann man sagen, Event“ ein Bild aus der „Gartenlaube“ gezeigt, das die stürmische Begrüßung des Juristen und Abgeordneten Sylvester Jordan durch Frankfurter Bürger im Revolutionsjahr 1848 zeigt.

Diese Unkorrektheiten sind umso bemerkenswerter, als das Video von „Terra X“ mit dem Hinweis „Abi Geschichte 2024“ beworben wird und die Gebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nun wirklich hoch genug sind, dass der Kunde und Bürger eine seriöse Recherche erwarten darf. Wenigstens sind die geschilderten Unkorrektheiten geschichtspolitisch weitgehend irrelevant, sodass keine manipulative Absicht zu befürchten ist. Das ist bei anderen Folgen der Reihe leider anders.

Das ZDF selbst räumt ein: „Das Video ‚mustewissen Geschichte – Imperialismus einfach erklärt‘ vom 25. Januar 2018 enthielt die Aussage, die deutschen Truppen ‚experimentieren schon mal mit Giftgas‘. Das ist falsch ...“ Weiter heißt es dann: „... die Aussage wurde aus dem Beitrag entfernt. Am 09. Januar 2024 wurde eine überarbeitete Fassung des Videos online gestellt, in der darüber hinaus an manchen Stellen Abbildungen entfernt, Textstellen präzisiert und aktualisiert wurden.“ Ein wei-



FOTO: ZDF/MARKUS HINTZEN

Mirko Drotschmann

teres Video, „MrWissen2go Geschichte – Die deutschen Kolonien: Eine verdrängte Geschichte?“ vom 10. Dezember 2020, sah sich das ZDF sogar gezwungen, „vollständig“ zu „depublizieren“, „da einige Aussagen nicht mehr aktuell sind“. Man ist versucht mit Goethe zu sagen: Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt. M.R.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit Mai 2015 versucht die Weltgesundheitsorganisation (WHO), sich auf zukünftige Pandemien vorzubereiten, welche aus dem Auftreten eines bislang unbekanntes und gefährlichen Erregers hervorgehen. Dabei beschloss sie im Februar 2018, die durch diesen hypothetischen Keim bewirkte Infektion als „Krankheit X“ zu bezeichnen. Hierfür gab es Beifall und Kritik. Kritiker bemängelten, dass das ominöse „X“ Ängste erzeuge und im Übrigen auch gar nicht verwendet werden müsse, weil man die potentiellen Verursacher der nächsten Pandemien durchaus schon kenne.

Das seien vor allem die MERS- und SARS-Coronaviren sowie die Auslöser der oftmals tödlich verlaufenden hämorrhagischen Fieber vom Typ Ebola, Marburg, Lassa, Nipah, Zika, Krim-Kongo, Ilesha, Garisa, Rift Valley, Hanta, Dengue und Chikungunya. Hinzu kämen typische bakterielle Erkrankungen, welche aufgrund der vermehrten Antibiotika-Resistenzen künftig deutlich fatalere Verläufe nehmen könnten. Ganz im Gegensatz zu diesen Kritikern warnten andere Stimmen vor zu viel arroganter Selbstgewissheit: Es bestehe durchaus die Möglichkeit, dass die „Krankheit X“ etwas vollkommen Neues darstelle und die Welt überrasche, weswegen man maximale Vorsicht an den Tag legen sollte.

Rätseln um die „Krankheit X“

Auf jeden Fall veranlasste die WHO etliche Institutionen, über Maßnahmen anlässlich des Auftretens der „Krankheit X“ beziehungsweise des „Pathogens X“ nachzudenken. Hierzu zählten die 2017 vom Weltwirtschaftsforum (WEF) und der Bill & Melinda Gates Stiftung ins Leben gerufene Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI), die internationale Organisation Global Alliance for Preventing Pandemics (GAPP) und das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (HZI) in Braunschweig, welches – wie auch die CEPI – Fördermittel von der Gates-Stiftung erhielt.

Im Oktober 2019 veranstaltete das Health Emergencies Program der WHO zudem selbst einen „Disease X Dummy Run“, also die Simulation einer globalen Pandemie aufgrund der „Krankheit X“ mit 150 Mitwirkenden aus aller Welt.

Wenig später erschütterte COVID-19 die Weltöffentlichkeit. Sofort hieß es, dies sei nun die erste „Krankheit X“. Dabei kennt man tierische Coronaviren schon seit 1931. Des Weiteren legte die schottische Virologin June Almeida schon im Jahre 1966 elektronenmikroskopische Aufnahmen zweier den Menschen befähigenden Coronaviren vor.

Die WHO reagierte im Juli 2021 auf die von ihr ausgerufenen COVID-19-Pandemie mit der Gründung einer eigenen Wissen-



Forschung an lebensbedrohlichen Erregern: Arbeit im Hochsicherheitslabor des Berliner Robert-Koch-Instituts

Foto: imago/Ulli Winkler

VIREN-FORSCHUNG I

Wenn Schutzmaßnahmen selbst zur Gefahr werden

Um eine neue Pandemie abzuwehren, empfehlen Forscher und Funktionäre Wege, die erhebliche Risiken für Freiheit und Gesundheit der Weltbevölkerung bergen

schaftlichen Beratergruppe für Ursprünge der neuartigen Krankheitserreger, welche sich zunächst mit der Herkunft von SARS-CoV-2 befasste, dann aber auch andere Viren in den Fokus nahm.

Seither ist die „Krankheit X“ ein Dauerthema. So schrieb die renommierte Fachzeitschrift „Science“ im Oktober 2021: „COVID-19 dürfte nicht die letzte Krankheit X sein“, denn „das Risiko zukünftiger Ausbrüche wird durch mehrere Faktoren verstärkt, nämlich den Klimawandel, Veränderungen der Ökosysteme und die zunehmende Urbanisierung“. Diese hätten beispielsweise immer mehr Infektionskrankheiten, welche vom Tier auf den Menschen überspringen, zur Folge.

Wichtige Anlässe, bei denen der Ausbruch einer neuen „Krankheit X“ beschworen wurde, waren das Forum der Weltgesundheitsversammlung in Genf im Mai 2023 und das 54. Jahrestreffen des

Weltwirtschaftsforums in Davos im Januar dieses Jahres. Dabei warb WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus in beiden Fällen zunächst für den im Mai zur Unterzeichnung anstehenden, aber noch sehr umstrittenen Internationalen Vertrag zur Pandemieprävention und -vorsorge, welcher der WHO nie dagewesene politische Durchgriffsrechte zulasten der Mitgliedstaaten einräumen soll, bevor er auf dramatische Weise vor der „Krankheit X“ warnte.

Heikles „Gain of Function“

So meinte Tedros in Genf: „Die Welt sollte sich auf eine Krankheit einstellen, die noch tödlicher ist als COVID-19“. Worauf diese Prognose beruhte, sagte der Äthiopier allerdings nicht. Dennoch gaben die 194 UN-Mitgliedstaaten grünes Licht für die Etablierung des International Pathogen Surveillance Network (IPSN), dessen Aufgabe in der „genomischen Überwachung von

Krankheitserregern ... wie Viren, Bakterien, Pilzen und Parasiten“ besteht. Beim WEF-Treffen in Davos wiederum sprach Tedros während der öffentlichen Sitzung einer Expertenrunde zum Thema „Vorbereitung auf Krankheit X“. Hier äußerte er, man brauche jetzt überhaupt nicht mehr darüber zu diskutieren, ob diese erneut zuschlage, weil letztlich nur noch der Zeitpunkt des Ereignisses offen sei. Anschließend wies der WHO-Chef den Vorwurf der Panikmache zurück: „Wir sollten den Dingen nicht unvorbereitet gegenüberstehen“, auch wenn momentan niemand genau zu sagen vermöge, was alles passieren könne.

Nach Tedros kam in Davos dann Kate Kelland, die „Wissenschaftliche Chefautorin“ der CEPI zu Wort. Sie behauptete, es gebe aktuell etwa „250 bis 300 virale Bedrohungen“ der Menschheit, und forderte eine akribische „Detektivarbeit, ... um etwas zu produzieren, das auf ein neu-

artiges Virus abzielt, bevor dieses überhaupt auftritt“, denn das sei die unverzichtbare Grundlage für den Aufbau der „Globalen Impfstoffbibliothek“.

Mit anderen Worten: Kelly plädiert für die Fortsetzung der umstrittenen, weil hochriskanten „Gain of Function“-Forschung, bei der natürlich vorkommende Viren im Labor gefährlicher gemacht werden, wobei der medizinische Sinn des Ganzen darin besteht, wirksame Vakzine gegen diese potentiellen „Killer-Viren“ zu entwickeln, bevor sie auch in freier Wildbahn aufgrund von spontanen Mutationen auftreten.

Dabei ignoriert sie allerdings, dass die „Krankheit X“ namens COVID-19 möglicherweise überhaupt erst infolge solcher Laborexperimente entstand, so wie auch der Auslöser der nächsten Pandemie bereits im Reagenzglas gewissenloser oder zumindest leichtsinniger Forscher schlummern könnte.

VIREN-FORSCHUNG II

Bedrohung der ganzen Menschheit oder falscher Alarm?

Die Entwicklung einer angeblich zu 100 Prozent tödlichen neuen Corona-Variante schreckt die Welt auf

Die Nachricht, dass es chinesischen Forschern gelungen sei, ein Coronavirus zu züchten, das alle infizierten Versuchstiere getötet habe, elektrisierte die Weltöffentlichkeit und sorgte vielfach sogar für Panik. Droht nun der Ausbruch einer noch viel schlimmeren Krankheit als COVID-19? Und könnte der neue Erreger vielleicht sogar als Biowaffe dienen?

Für Letzteres gibt es nur ein sehr schwaches Indiz in dem Fachartikel über die Arbeit der zehn chinesischen Wissenschaftler. Der Beitrag erschien am 4. Januar auf der Plattform „BioRxiv“, die Vorabversionen von Aufsätzen veröffentlicht, die später in Fachzeitschriften abgedruckt

werden sollen. Der Text trägt den Titel „Tödliche Infektionen bei humanisierten ACE2-transgenen Mäusen durch SARS-CoV-2-verwandtes Pangolin-Coronavirus GX_P2V(short_3UTR)“. Er stammt von einem Team um Professor Wei Lai vom Beijing Tsinghua Changgung Hospital, dem laut Autorenverzeichnis auch Chen Weiwei und Luo Shengdong vom General Hospital der Volksbefreiungsarmee in Peking angehörten.

In dem Artikel ist nachzulesen, wie die chinesischen Experten ein verändertes Coronavirus vom Typ CoV GX/2017, welches schon vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie bei Malaiischen Schuppen-

tieren (Pangolinen) gefunden wurde, benutzten, um die Lungen, Knochen, Augen, Luftröhren und Gehirne von Mäusen zu infizieren, woraufhin diese allesamt binnen acht Tagen starben. Und da es sich bei den Versuchstieren um speziell gezüchtete Mäuse handelte, die ähnliche Rezeptoren für Coronaviren wie der Mensch aufwiesen, mutmaßten Lai und dessen Kollegen dann auch, „dass das Risiko besteht, dass der neue Erreger auf den Menschen übergreift“.

Die Arbeit der Chinesen rief sofort vielfältige Kritik hervor. So meinte der Epidemiologe François Balloux vom University College London, die Forschungs-

arbeit der Chinesen sei „schrecklich“, „wissenschaftlich völlig sinnlos“ und berge die Gefahr einer neuen, und diesmal tödlichen Pandemie. Das Ganze verknüpfte er mit Warnungen vor der Gain-of-function-Forschung, deren Zweck darin besteht, natürlich vorkommende Viren gefährlicher zu machen (siehe oben). Aussagen wie diese verbreiteten sich natürlich in Windeseile. Tatsächlich jedoch liegt in diesem Fall eine Fehlinterpretation des chinesischen Aufsatzes vor.

Bei dem aus dem ursprünglichen Pangolin-Coronavirus hervorgegangenen „gehirnfressenden“ Erreger handelt es sich um eine spontane Mutation des

Virus und keine gezielte Züchtung der chinesischen Wissenschaftler. Allerdings tötete das Virus die Mäuse tatsächlich, wobei aber aufgrund verschiedener biologischer Gegebenheiten weitestgehend ausgeschlossen ist, dass es dem Menschen gleichermaßen gefährlich werden kann.

Dies wusste Shi Zhengli, die mittlerweile weltbekannte Leiterin der Corona-Forschung am Wuhan Institute of Virology, welche mit dem immer noch mysteriösen Auftreten des SARS-CoV-2-Erregers in Verbindung gebracht wird, bereits im Jahr 2020. Als Beleg hierfür können damalige Artikel von Shi dienen. W.K.

ALLENSTEIN

Haushaltsplan für 2024 liegt vor

Keine kostspieligen Bauprojekte, dafür mehr Geld für Industrie, Bildung und Medizin

VON DAWID KAZANSKI

Laut dem jüngst verabschiedeten Stadthaushalt für 2024 wird die Hauptstadt des südlichen Ostpreußens keine so großen Investitionen tätigen wie in den Vorjahren. Die Einwohner werden sich also von den Unannehmlichkeiten umfangreicher Bauprojekte erholen, was aber nicht bedeutet, dass Allenstein keine neuen Investitionen vornehmen wird.

Auf der Stadtratssitzung im Dezember letzten Jahres wurde der Finanzplan von Allenstein verabschiedet. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass das Budget der Stadt für das laufende Jahr sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite deutlich kleiner ausfällt. Das ist auf das Ende der Finanzplanung und damit auf den Abschluss zweier großer Bauprojekte zurückzuführen: die Renovierung der Sport- und Veranstaltungshalle Urania und den Ausbau des Straßenbahnnetzes.

Für das laufende Jahr sind Einnahmen in Höhe von rund 358 Millionen Euro und Ausgaben in Höhe von 374 Millionen Euro geplant. Das bedeutet, dass das Defizit rund 16 Millionen Euro betragen wird. Die vom Stadtpräsidenten Piotr Grzymowicz vorgelegten Berechnungen zeigen jedoch, dass diese Finanzpläne es der Stadt ermöglichen werden, den niedrigsten Schuldenstand aller Woiwodschafthauptstädte beizubehalten. Die größten Ausgabenposten sind Bildung und Erziehung, Betreuung und Familie, Gesundheitsfürsorge, Sozialhilfe und Sozialpolitik.

Hoffnung auf die neue Regierung

Der Haushaltsplan sei ein Dokument nach bestem Wissen und Gewissen, sagte Grzymowicz, und fügte gegenüber Pressevertretern hinzu: „Wir zählen darauf, dass die jetzige Regierung die Kommunal Finanzen in Ordnung bringt. Wir hoffen, dass unsere Haushalte mit den Geldern, die uns entzogen wurden, wieder aufgefüllt werden.“ Als der Stadtpräsident davon sprach, „die öffentlichen Finanzen der Kommunen in Ordnung zu bringen“, bezog er sich unter anderem auf eine Erhöhung der Ausgaben des Staatshaushalts für Bildung. Nach den



Nach der Dezember-Stadtratssitzung im Allensteiner Rathaus: Für dieses Jahr sind weniger kostspielige Investitionen in Bauprojekte geplant als in den Vorjahren

Foto: D.K.

Bestimmungen der Koalitionsvereinbarung der Parteien, die derzeit nach den Wahlen im Oktober die Regierung bilden, soll dieser Satz von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf drei Prozent steigen. Die Änderungen in der Finanzpolitik des Staates würde keine deutliche Erhöhung des Geldbetrags bedeuten, den die Kommunen vom Staat für den Betrieb von Schulen im weitesten Sinne erhalten, was eine deutliche Entlastung der lokalen Behörden bedeuten würde.

Das größte Bauvorhaben der Stadtgemeinde Allenstein, die dieses Jahr beginnen könnte, ist der Bau der Nowobałtycka-Straße. Die vierspurige Straße würde nach Ansicht ihrer Befürworter zu mehr Sicherheit und einem leichteren Zugang zu den nordwestlichen Wohnsiedlungen

Lykusen, Göttkendorf und Redigkainen beitragen. Die genauen Kosten sind noch nicht bekannt, aber es ist sicher, dass die Stadtbehörden einen beträchtlichen Betrag für ihren eigenen Beitrag zum Bau bereitstellen müssen, der zu einem großen Teil aus EU-Mitteln finanziert wird. Darüber hinaus sind im diesjährigen Haushalt fast dreißig Vorhaben geplant, von denen die größten die thermische Modernisierung von Schulgebäuden, die Entwicklung von Industriegebieten im östlichen Teil der Stadt und die Renovierung des Fußballstadions sind.

Außerdem will die Stadt die Infrastruktur des Parks zwischen den Wohnsiedlungen Jomendorf und Nagórki ausbauen, indem sie in zusätzliche Rad- oder Fußgängerwege investiert. Der Haus-

haltsplan der Stadt für das laufende Jahr sieht Mittel für viele kleine, aber wichtige soziale Aufgaben vor, wie kostenlosen Schwimmunterricht für Grundschüler, außerschulische Aktivitäten für Schulkinder, kulturelle Aufgaben oder das städtische Programm zur Behandlung von Unfruchtbarkeit mit der In-vitro-Methode. Erwähnenswert ist, dass 66 Paare im fortpflanzungsfähigen Alter eine Behandlung durch In-vitro-Fertilisation in Anspruch nehmen können.

Die Kultur kann ebenfalls mit etwas mehr Mitteln rechnen als bisher. Das städtische Budget 2024 scheint gesichert zu sein, da die Allensteiner Behörden nicht beabsichtigen, für die Umsetzung bestimmter Aufgaben hohe Schulden zu machen.

MELDUNGEN

Protest gegen Photovoltaik

Hohenstein – Bei der Umstellung der Stromversorgung auf Erneuerbare Energien ist Strom aus Photovoltaik-Anlagen ein wichtiger Baustein. Diese sind aber oft ein Zankapfel in der regionalen Planung, wenn sie auf größeren Flächen betrieben werden. So für einen Teil der Einwohner von Hohenstein, die eine Petition an Amtsträger in Stadt und Woiwodschaf sowie Abgeordnete richteten. Es geht um 500 Hektar in der Gemeinde Hohenstein und 680 Hektar in der Gemeinde Grunwald, die nach der 2019 erfolgten Liberalisierung der Vorschriften für die Aufstellung von Photovoltaik-Farmen dafür vorgesehen sind. Nach Meinung der Initiatoren des Protests wurden die umweltrechtlichen Entscheidungen für einzelne Grundstücke erlassen. Füge man sie auf einer Landkarte zusammen, so entstehe ein großer Moloch, der eine Barriere für Tiere schaffe. U.H.

Schüler sorgten für mehr Grün

Alenstein – Im Rahmen eines Programms zur Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und Stauden sowie zur Revitalisierung von Parks und Grünflächen entstand an der Kreuzung der Kościuszko- und Żołnierska-Straße eine weitere Miniatur-Grünanlage in Alenstein. Gesetz wurden dort Katzenminze, Storchschnabel und Berberitze, aber auch 30 Sträucher und Roteichen. Das Besondere an diesem Stück Grün, das „die Ästhetik im öffentlichen Raum und das Mikroklima verbessern hilft“, wie Alensteins Stadtpräsident Piotr Grzymowicz es formulierte, ist das Engagement von Schülern des Bereichs Landschaftsarchitektur am Verband der Berufsschulen für Bauwesen. Die etwa 65 Beteiligten entwarfen das Projekt, bereiteten das Gelände vor, entfernten Unkraut, tauschten den Boden aus und setzten die Pflanzen. Der Wert der gesamten Aktion beläuft sich auf umgerechnet 9300 Euro, die zur Hälfte aus dem Wettbewerb „Blau-grüne Stipendien für Ermland und Masuren“ finanziert wurden. U.H.

RAGNIT

Aus dem Leben der Ordensritter

Genehmigungen für die Restaurierung liegen vor – In der Burg entsteht ein Museum mit interaktivem Bereich

So wie es aussieht, wird die touristische Route „Tilsit-Ragnit“ schon bald um ein neues Museum bereichert. Die Restaurierung der Ordensburg, ein Kulturerbe von regionaler Bedeutung und Hauptattraktion von Ragnit, wurde im vorvergangenen Jahr von privaten Investoren in Angriff genommen, nachdem alle erforderlichen Unterlagen genehmigt worden waren.

Darüber wurde bereits berichtet (siehe PAZ Nr. 34/2022, Seite 13). Nun gibt es eine positive Nachricht aus Ragnit. Es ist geplant, ein privates Museum für die Geschichte der Kreuzritter unter der Bezeichnung „Ritterbuch“ zu eröffnen. Das Projekt wird von denselben Initiatoren



Zustand 2023: Noch wirkt die Burg baufällig

Foto: J.T.

durchgeführt, die seit vergangem Jahr die Ordensburg Ragnit restaurieren.

Die Ausstellung des Museums soll durch Nachbildungen mit Rüstungen und Waffen von Rittern ausgestattet werden. Die Organisatoren des Museums verfügen auch über Originalstücke von Ritterrüstungen, die jedoch erst nach Abschluss der Restaurierung in der Burg untergebracht werden können, da besondere Bedingungen erforderlich sind, um ihren Zustand zu erhalten.

Zunächst will das Museum zehn ausgewachsene Schaufensterpuppen in voller ritterlicher Montur ausstellen. Jede von ihnen wird einer anderen historischen Epoche entsprechen. Es wird auch

einen interaktiven Bereich geben, in dem die Besucher Ritterrüstungen anprobieren können. Jahr für Jahr kommen immer mehr Touristen, um die Burg zu besichtigen. Sie haben ein natürliches Interesse daran, mehr über diejenigen zu erfahren, die sie erbaut und in ihr gewohnt haben. Da die Geschichte der Burg, die zu Beginn des 15. Jahrhunderts erbaut wurde, mit dem Rittertum verbunden ist, will das neue Museum genau davon erzählen.

Die Eröffnung ist für Anfang dieses Jahres geplant. Es soll in dem Restaurantkomplex Deutsches Haus untergebracht werden. Der Eintrittspreis wird umgerechnet voraussichtlich drei Euro betragen. Jurij Tschermyschew

Wir gratulieren...



Winzbeck, Ruth, geb. Kotowski, aus Monken, Kreis Lyck, am 8. Februar

Wegner, Adelgunde Elfriede, geb. Bartsch, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 5. Februar

Zalenga, Willi, aus Neidenburg, am 3. Februar

ZUM 108. GEBURTSTAG

Siebeck, Ella, geb. Will, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Grieschat, Valentina, geb. Grabowski, aus Neidenburg, am 2. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Moll, Hedwig, geb. Todzi, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bloße, Dorothee, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

Karpa, Gertrud, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar

Masur, Edith, geb. Knorr, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Februar

Skowronnek, Erich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bitsching, Hilde, geb. Lasarzewski, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 3. Februar

Elfert, Christel, geb. Reinies, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 6. Februar

Klein, Rudolf, aus Lyck, am 7. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Däblitz, Heinz, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 6. Februar

Dwojakowski, Ernst, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Februar

Puck, Alfred, aus Lyck, Falkstraße 21, am 5. Februar

Staatz, Ernst, aus Wackelsdorf, Kreis Mohrungen, am 6. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baldzuhn, Edeltraut, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Februar

Neiß, Werner, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 7. Februar

Schaar, Ursula, geb. Hinz, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

Weiß, Liselotte, geb. Tylitzki, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bollmann, Helga, geb. Bartz, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 11, am 3. Februar

Friedriszik, Liselotte, geb. Paulat, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Februar

Gosdek, Lydia, geb. Dorsch, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar

Kowalewski, Werner, aus Lyck, Morgenstraße 16, am 2. Februar

Marzischewski, Horst, aus Walden, Kreis Lyck, am 4. Februar

Mielke, Gerda, geb. Grünke, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar

Scheuer, Edith, geb. Friese, aus Walden, Kreis Lyck, am 5. Februar

Willwoll, Ruth, geb. Bleyer, aus Ebenrode, am 5. Februar

Woehler, Gerda, geb. Adamzik, aus Sentken, Kreis Lyck, am 4. Februar

Woit, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 6. Februar

Zandereit, Hanna, geb. Komorowski, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brüggmann, Horst, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 3. Februar

Dörfling, Magdalena, geb. Neumann, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 4. Februar

Elmenthaler, Heinz, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar

Fornacon, Anneliese, geb. Egger, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dietrich, Hildegard, geb. Helbing, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 5. Februar

Ortmann, Edith, geb. Kowalski, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 2. Februar

Sieracki, Hildegard, geb. Piotrowski, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 2. Februar

Strauß, Erna, geb. Christochowitz, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Februar

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

ZUM 92. GEBURTSTAG

Butte, Edeltraut, geb. Masurowski, aus Lyck, Memeler Weg 5, am 8. Februar

Campenhausen, Otto Freiherr von, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 7. Februar

Diedrichs, Hilde, geb. Hinz, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. Februar

Fingberg, Jutta, geb. Ewert, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Februar

Henrici, Hans-H., aus Alt Christburg, Kreis Mohrungen, am 5. Februar

Kahlbach, Ruth-Helga, aus Auer, Kreis Mohrungen, am 2. Februar

Kappus, Horst, aus Adelaun, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

Lill, Edith, geb. Wengorz, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 4. Februar

Röder, Liesbeth, geb. Höchst, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. Februar

Syperrek, Hans, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 2. Februar

Unterberg, Edith, geb. Gritzko, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brandt, Willy, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 6. Februar

Conrad, Kurt, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 6. Februar

Fornfeist, Ruth, geb. Eremef, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 4. Februar

Gertulla, Ruth, geb. Przetak, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar

Hermund, Erika, geb. Horn, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 4. Februar

Kalata, Stefan, aus Lyck, am 3. Februar

Kinne, Waltraud, geb. Janzon, aus Leisnersberg, Kreis Mohrungen, am 8. Februar

Kizina, Werner, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

Mainka, Anneliese, geb. Mentz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Februar

Melenk, Werner, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 5. Februar

Neudahn, Waltraud, geb. Wiese, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 3. Februar

Schrage, Anneliese, geb. Skiba, aus Neidenburg, am 8. Februar

Weißborn, Renate, geb. Böhme, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Februar

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fleischer, Brigitte, geb. Witulski, aus Neidenburg, am 4. Februar

Jucknat, Hellmut, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 6. Februar

Klein, Edith, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 3. Februar

Laskowski, Eva, geb. Podufal, aus Schwiddern, Kreis Treuburg und aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

Linke, Hildegard, geb. Döring, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Februar

Meding, Helga, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 4. Februar

Napromski, Horst, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 2. Februar

Näther, Ulrich, aus Lötzen, am 8. Februar

Ohlmeier, Elisabeth, geb. Krappe, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 7. Februar

Olsowski, Hilde, geb. Werner, aus Schwenkendorf, Kreis Mohrungen, am 4. Februar

Reck, Siegfried, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 8. Februar

Redel, Edith, geb. Danisch, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 4. Februar

Sawitzki, Irmgard, geb. Samorski, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar

Scheffler, Heinrich, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. Februar

Schröder, Helmut, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 5. Februar

Skotzki, Erich, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

Weber, Irmgard, geb. Pagalies, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 4. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adelheidt, Rosemarie, geb. Meier, aus Ebenrode, am 7. Februar

Bendzko, Klaus, aus Lyck, am 5. Februar

Benz, Erika, geb. Schnibbe, aus Wehlau, am 5. Februar

Broszies, Bernd, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 6. Februar

Filon, Baldur, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 6. Februar

Heckmann-Drosdatis, geb. Drosdatis, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 7. Februar

Raddatz, Waltraud, geb. Wengelniek, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar

Schenk, Gertrud, geb. Zipper, aus Wehlau, am 6. Februar

Schmid, Anne-Sophie, geb. Walendy, aus Treuburg, am 6. Februar

Schröder, Renate, geb. Przykopp, aus Treuburg, am 2. Februar

Hinweis
Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter** in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)

13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine** in Sensburg (gT)

19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt

1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg

22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Osterode

20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt

7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)

2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 7/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 7/2024 (Erstverkaufstag 16. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 6. Februar**, an die Redaktion der PAZ:

E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Skorloff, Lothar, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 4. Februar

Spittka, Herbert, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Weise, Hannelore, geb. Ollisch, aus Gehlenburg, Kreis Johannsburg, am 2. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balschun, Hannelore, geb. Meier, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 3. Februar

Biernath, Gisela, geb. Grabosch, aus Melucken, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar

Birken, Siegmund, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 6. Februar

Gerullis, Reinhard, aus Altweide, Kreis Heydekrug, am 4. Februar

Höcke, Christine, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 4. Februar

Horn, Arnim, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar

Labuhn, Ingrid, geb. Nagel, aus Springb., Kreis Ortelsburg, Kreisgemeinschaft Neidenburg und aus Angerburg, am 3. Februar

Ogureck, Wolfgang, aus Wehlau, am 6. Februar

Schulze, Heinz, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fitzner, Hartmut, aus Wehlau, am 3. Februar

Johannsen, Volker, geb. Stabaginski, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 8. Februar

Will, Brigitte, geb. Wagenick, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Februar



Ostpreußisches Landesmuseum

Königsberger Kunstakademie – Dienstag, 6. Februar, 14.30 Uhr, Führung mit Dr. Jörn Barfod im Rahmen der Reihe „Museum erleben“, ermäßigter Eintritt zugänglich 3 Euro. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

ANZEIGE

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de



Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Als Nachlasspfleger
von Frau

Brigitte Adelheide Höpfner

geborene Neumann

*16. September, 1934 in Königsberg, evangelisch,
Mutter: Erika Helene Neumann, Landarbeiterin/
Hausfrau, ledig, Vater: unbekannt,

suche ich nach deren Bruder

Edmund Neumann

*21. November 1939, in Königsberg,
sowie nach dessen Abkömmlingen
und eventuell weiteren Geschwistern.

Kontakt Daten: Edwin Dotzler

Ehenfeld 24A, 92242 Hirschau, Bayern, DE
Tel. 09622-717161, Fax 09622-717162
E-Mail: info@dotzler-betreuung.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Jahreshauptversammlung

Hof – Der Vorsitzende Christian Joachim begrüßte die Mitglieder, wünschte viel Glück und Gesundheit im neuen Jahr, gratulierte den Geburtstagskindern der vergangenen Wochen und hoffte auf baldige Genesung der Erkrankten. Anschließend ließ er das Jahr 2023 Revue passieren. Höhepunkt war eine Ausstellung im Sommer mit Bildern des ehemaligen Vorsitzenden Rolf Burchard zu dessen 40. Todestag. Das familiäre Umfeld und die interessanten Vorträge lockten regelmäßig rund 50 Prozent der Mitglieder in das Vereinslokal.

Da in der großen Politik Geschichte und Tradition niemanden mehr zu interessieren scheinen, sieht der Vorsitzende die Aufgabe der Landsmannschaften vor allem darin, einen Weg zu suchen, das Wissen weiterzugeben, und zu hinterfragen, was früher war. Für das neue Jahr sind wieder Zusammenkünfte am zweiten Sonnabend des Monats geplant. Nur im August findet wegen der Sommerpause kein Treffen statt. Die Themenpalette umfasst Vorträge zur Eisenbahn in Ostpreußen (9. März) und Volksabstimmung 1920 (8. Juni), zu Agnes Miegel (13. April) und Martin Luther (9. November) und die klassischen jahreszeitlichen Veranstaltungen wie Muttertag (11. Mai), Erntedank (14. September), Tag der Heimat (12. Oktober) und Advent (14. Dezember). Am 10. Februar trifft man sich zum Königsberger Klopse Essen schon um 13 Uhr im Jahnheim, das Thema lautet „Kulinarisches aus Ost- und Westpreußen“. Um Anmeldung wird gebeten. Joachim schloss mit der Bitte, der Landsmannschaft



Vorsitzender Christian Joachim (links) ehrt drei Mitglieder für ihre langjährige Zugehörigkeit zur Kreisgruppe Hof: Mit einer Ehrenurkunde der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern für 55 Jahre Mitgliedschaft wurden Renate Pfaff und Ruth Schnabel ausgezeichnet. Die Urkunde für 25 Jahre nahm, stellvertretend für Renate Oehler, ihr Ehemann Gert (rechts) in Empfang Foto: Jutta Starosta

treu zu bleiben, und konstatierte, dass die Gruppe sehr stolz auf ihre Aktivitäten und den regen Besuch sein könne. Das vierteljährliche Mitteilungsblatt erreichte auch diejenigen, die aus Altersgründen den Weg zu den Monatsversammlungen nicht mehr auf sich zu nehmen vermögen. Anschließend wurden mit einer Ehrenurkunde der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern, für 55 Jahre Renate Pfaff und Ruth Schnabel sowie für 25 Jahre Renate Oehler geehrt.

Dem Kassenbericht von Elisabeth von Lossow folgte der Kassenprüfbericht durch Gert Oehler, der ihr eine übersichtliche Kassenführung und dem Vorstand einen verantwortungsvollen Umgang mit den Vereinsgeldern bescheinigte. Jutta Starosta berichtete von Aktivitäten der ostpreußischen Volkstanzgruppe, die einige Auftritte und Fortbildungen absolvierte.

Nach der Entlastung des Vorstandes erzählte die zweite Vorsitzende Starosta von Neujahrsbräuchen aus aller Welt und bat die Anwesenden, die bei ihnen zu Hause praktizierten zu schildern. Nach regem Austausch stimmte die Erzählung „Eine gute Einstellung“ alle positiv auf das neue Jahr ein. J. S.

Volkstanzgruppe Hof

Hof – Leiterin Jutta Starosta berichtete über die Aktivitäten der ostpreußischen Volkstanzgruppe Hof im Jahr 2023. Im vergangenen Jahr nahmen Training und Vereinsleben wieder Fahrt auf. Die Mitgliederzahl blieb stabil. Zwar war es durch die Berufstätigkeit vieler Tänzerinnen und Tänzer schwierig, regelmäßige Übungsstunden durchzuführen. Trotzdem gelang es immer, für die Auftritte genügend Aktive zu gewinnen. Hö-

hepunkt des Jahres war die Teilnahme an der Europeade in Gotha.

Die Gemeinschaft mit Gleichgesinnten, die Gastfreundschaft der Gothaer und das Treffen mit Menschen aus ganz Europa waren ein großes Erlebnis. Bei der Abschlussveranstaltung am 16. Juli glänzten die schlesischen Tänzer mit 40 Paaren, darunter die neun Hofer. Wie jedes Jahr gestaltete die Gruppe bei der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen die Muttertags- und die Adventsfeier mit und beteiligte sich an der Veranstaltung zum Tag der Heimat in Hof.

Auch andere Aktivitäten konnten wieder aufgenommen werden. Man traf sich zu Jahresbeginn zur Jahreshauptversammlung zum Pizza- und am Ende des Schuljahres zum Eisessen. Der Fortbildung dienten die beiden Seminare der Schlesischen Jugend in Regensburg und Tannenlohe. So erhielten sieben Erwachsene ihre neue Juleica-Karte, die als Nachweis der Jugendleiterbefähigung dient.

Zum Schluss stellte Starosta die Pläne für das kommende Jahr vor. Mit mehr Präsenz in den sozialen Medien sollen neue Mitglieder gewonnen werden. Geplant sind wieder zwei Seminare und ein Erste-Hilfe-Kurs. Einige Tänzerinnen nehmen an der Europeade in Nuoro, Sardinien, teil. Für das Jahr 2024 hoffen alle auf viele gemeinsame Erlebnisse. J.S.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

„Königsberger Marzipan“

Dresden – Mittwoch, 7. Februar, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Das Königsberger Schwermer Marzipan.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Monatstreffen

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 13. Februar, 15 Uhr, Haus um Stadtpark: Ingrid Mayer aus Heiligenhafen hält bei der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ einen Vortrag über die ostpreußische Schriftstellerin Agnes Miegel. Gäste sind herzlich willkommen.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Donnerstag, 15. Februar, 11.30 Uhr, TSB-Heim: Grünkohlessen, anschließend Jahreshauptversammlung. Neben den gemäß BGB vorgegebenen Inhalten sind zu wählen der/die Vorsitzende, der/die Schriftführer/-in, zwei Beisitzer/-innen sowie Kassenprüfer/-in.

Es wird um Anmeldung gebeten bis zum 6. Februar bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com oder bei Herrn Legies unter Telefon (0461) 32006 oder per E-Mail: hans.legies@t-online.de.

OMV

Der Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogrammes enthält ein klares Bekenntnis zu den deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, Aussiedlern und Spätaussiedlern und den deutschen Minderheiten, so wie sie durch die Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) vertreten werden. OMV/PAZ



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

66. Heimatpolitische Tagung

Rotenburg (Wümme) – Wochenende, 17 und 18. Februar, ab 14 Uhr, Ratsgymnasium, Gerberstraße 14: Die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) laden alle Ostpreußen, die Freunde unserer Heimat sowie geschichtlich und kulturell Interessierte zur 66. Heimatpolitischen Tagung ein.

Am Sonnabend, 17. Februar, beginnt die Veranstaltung um 15 Uhr, ab 14 Uhr werden Kaffee und Kuchen angeboten. Nach Eröffnung und Grußworten folgen die Vorträge von Dr. Thomas Klingebiel: „Hannover – vom Königreich zur preußischen Provinz“ sowie von Heinrich Prinz von Hannover und Herzog zu Braunschweig und Lüneburg: „Das Haus Hannover zwischen preußischer Annexion und dem Ausgleich mit den Hohenzollern“. Beim gemeinsamen Elchbraten-Essen klingt der Abend in gemütlicher Runde aus. Wie in den Vorjahren werden die Bömsholzer Jagdhornbläser den Sonnabend musikalisch begleiten.

Mit seinem Vortrag zum Thema „Walter und Edith von Sanden-Guja – Naturschriftsteller und Tierplastikerin – Leben und Werk“ wird Dr. Christoph Hinkelmann am Sonntag, 18. Februar, den zweiten Tag um 10 Uhr beginnen. Der gemeinsame Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ bildet den Schlusspunkt der Tagung gegen Mittag.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen zum Preis

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

von 30,- Euro sowie eventueller Übernachtungswünsche, werden schnellstmöglich erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme, interessante Vorträge und viele, gute Gespräche.

Björn Bröcher

Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, **Gst.:** Doris Biewald, Blümenstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschäftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. bis 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.

Die Räumlichkeiten im Hotel Esplanade sind bereits gebucht. Übernachtungsmöglichkeiten stehen ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungstichwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ können Doppel- (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (0 57 23) 79 81 10, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade. Außerdem

können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 748560, E-Mail: tourist-info@badnennendorf.de, Internet: www.badnennendorf.de, wenden.

Wir würden uns sehr freuen, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu können. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreisgerdauen.de veröffentlicht.

Walter Mogk, Kreisvertreter

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimtmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Reise 9. bis 17. Juni

Die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau plant in diesem Jahr gemeinsam mit der Patenstadt Verden und dem Landkreis Verden eine Reise in den südlichen Teil des Kreises und zu anderen interessanten Zie-

len im südlichen Ostpreußen vom 9. bis 17. Juni. Anmeldungen erbiten wir spätestens bis zum 1. März, damit wir einen Überblick bekommen, ob die notwendige Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen erreicht wird, damit die Reise durchgeführt werden kann.

Die Route zum ersten Ziel Danzig führt per Bus vorbei an Hannover und Potsdam mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute und weiter über Frankfurt an der Oder und Posen. Eine Weiterfahrt nach Elbing wird mit der Überquerung der Weichsel und einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal verbunden. Weitere Ziele auf dem Reiseplan: Cadinen, Frauenburg, Kahlberg auf der Frischen Nehrung, die Marienburg, Allenstein und Heilsberg, die Verdener Patenstadt Landsberg [Gorowo Ilawekie] im Kreis Pr. Eylau. Der Bürgermeister hat uns zu einem offiziellen Empfang im Rathaus eingeladen.

Gut Gallingen, Kloster Heilige Linde, Lötzen, per Schiff weiter nach Angerburg und weiter nach Steinort und Hohenstein sind die Stationen, bevor es am achten Tag wieder über Posen in Richtung Verden geht. Die Rückankunft in Verden ist am neunten Tag, 17. Juni, gegen 19.30 Uhr geplant.

Genaue Informationen zur Reise wie den Reisepreis pro Person für alle Kosten inklusive Halbpension finden Sie auf der Internetseite der Kreisgemeinschaft www.https://preussisch-eylau.de/ unter der Rubrik „Termine und Aktivitäten“ oder können bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries unter Telefon (02103) 64759 erfragt werden. Evelyn v. Borries

Sonnabend, 1. Juni 2024
10-17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Rätsel

Hafenstadt in Kroatien	Wassersportler	Elan, Schwung (englisch)	amerik. Filmlegende (James)	selbstsüchtiger Mensch	letzter Wortteil	dt. Fußballtorwart (Sepp)	orient. Reisbranntwein	Vorname Adenauers	Schutz, fürsorgliche Aufsicht	kraftlos, erschöpft	Vorgesetzter	Gebäck, Unterlage für Konfekt	Fehllos bei der Lotterie			
in belehrendem Ton ermahnen					Substanz in den Knochen				beseitigen, in Ordnung bringen							
Vergrößerungsglas		Ab-schiedsgruß (franz.)	im Augenblick	Abk. für Deutsche Presse-Agentur	Zarenname		Bratraum im Herd				Fisch-, Vogel-fanggerät	amerik. Schauspieler (Clark)				
Ziegenleder				poetisch: Adler	Kante, Winkel (süd-deutsch)	griechische Insel			Meinungserhebung							
Ballsportart	Zeitabschnitt (zwei Monate)	Stromspeicher (Kurzwort)	dreitellig: Schalen-gestell für Obst				Knochenfortsatz am Arm-gelenk	Ausruf der Bestürzung	unklar, milchig (Flüssigkeiten)							
Baumwollhose				ein Europäer	erhöhen, auszeichnen	langgezogener Strand (ital.)			Grundstoffteilchen			Gebirge in Marokko	Fluss zur Rhone			
			Wunder				Trauben-ernte	Weidwerk								
großes Segelschiff	deutlich			vereinsamt, allein	verwirrt, un-schlüssig	gebratenes Fleischklößchen					Sinfonie-beethovens	Industrie-betrieb				
dt. Bundespräsident (Johannes)			Zupf-instrument, Lyra		zu keiner Zeit	Lappe		ohne Namens-nennung	Verwandter							
Magisch: 1. Zudecke, 2. pendeln, 3. Skilaut				saloppe Umgang-sprache; Jargon				reißend schnell	engl. Adelstitel: Graf	Verwandter	Flächenmaß					
Mittelworträtsel: 1. Fahrzeug, 2. Contahner, 3. Joghurt, 4. Autobahn, 5. Express, 6. Getreide, 7. Chancen – zaubern				zusammen-bauen				Strom in Ost-sibirien	Sinnesorgan	ausgenommen, frei von	Runddorf afrika-nischer Stämme	Stadt in Belgien				
Schüttelrätsel:				Getreide-speicher				Wickel-gewand der Inderin	emsiges Insekt	Kegel beim Bowling	kringelig (Haar)	britische Insel	Garten-gerät, Rochen (norddt.)	Einschnitt, Ver-tiefung	Monats-name	
So ist's richtig:				Ktz-Zeichen Hanses-tadt Rostock				tropfend nass sein	befestigtes Hafentur	Winter-sport-gerät	schmal; begrenzt	rhythmische Körper-bewegung	römische Göttin der Morgen-rote	beharrlich, aus-dauernd	flüssiges Fett	englisches Bier
				gepökeltes Schweinefleisch				halblang (Kleidung)	jap. Verwaltungs-bezirk		munter, lebhaft		einer Axt ähnliches Spalt-werkzeug			
										Wasser-vogel, Nutztier			Taufelsitz, Ort der Ver-dammnis			

Schüttelrätsel

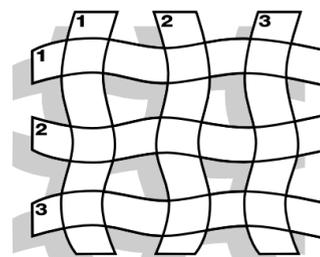
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BEERST	AETX		AOR	AELN	EEST	ERRSY		EEGG	ENNO
						ENY			
AAL				EGORS					
EFIN	ATX					EGO			
				EEHNR					

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für hexen oder tricksen.

1	LUFT								BRIEF
2	GLAS								HAFEN
3	SAHNE								BECHER
4	STADT								KREUZ
5	ORIENT								ZUG
6	SOMMER								SILO
7	GEWINN								LOS



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Oberbett
- 2 hin- und herschwingen
- 3 Wintersportart

BRÄNDE IN OSTPREUSSEN

Feuersbrünste, die ganze Städte zerstörten

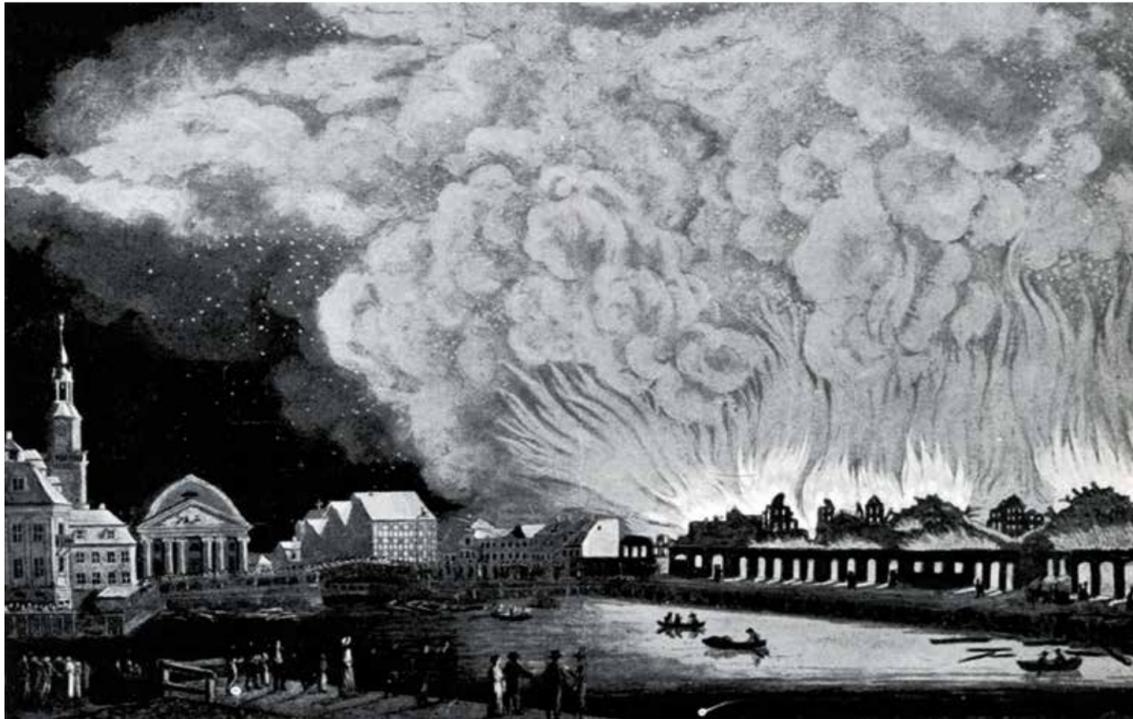
Zu dichte Bebauung und Häuser aus Holz im Mittelalter, Kriege und Brandstiftung in der Neuzeit waren häufige Ursachen

VON WOLFGANG KAUFMANN

In den Städten Ostpreußens gab es bis zum Zweiten Weltkrieg um die 90 folgenschwere Brände, die große Teile der Ortschaften in Schutt und Asche legten. Besonders betroffen waren im Laufe der Jahrhunderte Gerdauen (1485), Insterburg (1590), Angerburg (1608), Riesenburg (1688), Sensburg (1698), Passenheim (1751), Osterode (1788), Königsberg (1811), Nordenburg (1820), Arys (1826) und Memel (1854). In einigen der Städte ereigneten sich zwischen dem 15. und 19. Jahrhundert sogar mehrere Feuerkatastrophen. Das gilt unter anderem für Domnau, Königsberg und Rastenburg (jeweils sieben Brände), Nordenburg (fünf Brände) sowie Bischofstein, Passenheim, Preußisch Holland und Sensburg (vier Brände).

In der Regel resultierten die Schadfeder im Mittelalter und der Frühen Neuzeit aus der damaligen Bauweise der Städte. Die Wände der Häuser bestanden vorwiegend aus Holz, und die Dächer trugen ebenfalls Schindeln aus diesem Material oder waren mit Stroh beziehungsweise Schilfrohr gedeckt. Außerdem standen die Gebäude sehr dicht beieinander, was zum schnellen Übergreifen der Brände führte und die Entstehung von Feuerstürmen förderte, die am Ende nicht selten die ganze Stadt erfassten. Beispielsweise vernichtete der Brand in Insterburg vom 9. Juni 1590 140 der 149 vorhandenen Häuser.

Dass ein Bauwerk in Flammen aufging, war meist die Folge des leichtsinnigen Umgangs mit offenem Feuer. So machte der Herzog Albrecht von Preußen 1543 anlässlich seiner Kirchenvisitation Station in Preußisch Holland. Dabei verursachte ein sorgloser Stallnecht aus Albrechts Gefolge einen folgenschweren Brand, dem fast die gesamte



Verheerendes Flammenmeer: Königsberger Großbrand von 1811

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Stadt zum Opfer fiel. Daraufhin stellte der Herrscher Bauholz und Steine aus dem 1521 zerstörten Schloss zur Verfügung und leistete darüber hinaus finanzielle Hilfe beim Wiederaufbau.

Manchmal brachen die Feuer jedoch aus anderen Gründen aus wie 1811 in Königsberg. Damals entzündeten sich 400 Tonnen Öl und Teer auf dem Hafengelände. In der Folge verbrannten mehrere Schiffe, 144 Häuser, 134 Speicher sowie die erste Synagoge von Königsberg und der Grüne Kran verbrannten. Ein weiteres Beispiel ist Seeburg. Hier stand eine der am stärksten befestigten Burgen des Ermlandes, deren Bergfried der

höchste Turm im gesamten Bistum war. In diesen schlug am 7. Juli 1783 der Blitz ein. Danach gingen erst die Burg und dann auch die umliegende Stadt in Flammen auf.

Brandmauern und Häuser aus Stein

Aus den verheerenden Bränden wurden Lehren gezogen. Dazu gehörte der Übergang zu Häusern aus Stein mit nicht-brennbaren Dachziegeln. Das schrieb beispielsweise die nach dem Großfeuer von 1854 erlassene Baupolizeiverordnung von Memel vor. Darüber hinaus errichtete man Brandmauern zwischen den Häusern, um ein Übergreifen der Flam-

men zu verhindern, und griff zu wirksameren Löschmethoden.

Dennoch gab es weiterhin große Schadfeder, denen nun oft Brandstiftung zugrunde lag. Ein solcher Fall ereignete sich Ende Mai 1806 in Röbel nordöstlich von Allenstein. Das Feuer zerstörte fast die gesamte Stadt, deren Wiederaufbau bis 1840 dauerte. Der Brandausbruch wurde der polnischstämmigen Schäferin Barbara Zdunk zur Last gelegt, welche einen bösen Zauber angewendet haben sollte – das jedenfalls glaubten die aufgebrachten Bürger von Röbel. Um den Volkszorn zu dämpfen, verurteilte das Provinzialgericht von Königsberg die Mutter von vier

unehelichen Kindern am 27. Juli 1811 zum Tode durch Verbrennen. Drei Wochen später starb sie auf dem Scheiterhaufen. Die wahren Täter waren allerdings wohl polnische Soldaten im Dienste Napoleons.

Brandstiftung in Röbel

Fremde Militärs steckten jedenfalls hinter einigen anderen Stadtbränden in Ostpreußen. So legten französische Soldaten im März 1807 das große Feuer, dem fast ganz Liebstadt zum Opfer fiel. Ansonsten resultierten viele der Brände aus den kriegerischen Handlungen auf dem Gebiet Ostpreußens. Beispielsweise gingen folgende Städte durch gezielte militärische Attacken oder bei Plünderungen in Flammen auf: Osterode 1381 anlässlich des Überfalls des litauischen Großfürsten Kęstutis, Johannsburg 1455 und 1520 während des Preußischen Städtekrieges beziehungsweise des Reiterkrieges, Arys, Goldap und Passenheim 1656/57 bei den brutalen Einfällen der Tataren, Bischofsburg und Liebstadt 1659 im Zweiten Schwedenkrieg sowie Ragnit 1757 und 1812 im Zuge des Siebenjährigen Krieges anlässlich von Napoleons Russlandfeldzug.

Im Falle Bischofssteins waren es die Verteidiger selbst, die das Feuer legten. Damit wollten sie verhindern, dass die Stadt Bischofstein in die Hände des Feindes fiel. Dies geschah 1457 während des Konfliktes zwischen dem Preußischen Bund und dem Deutschen Orden. Der Vernichtungsbefehl kam vom ermländischen Bischof Paul von Legendorf.

Dann sanken 1945 nochmals etliche ostpreußische Städte infolge gezielter Brandstiftungen seitens polnischer oder sowjetischer Soldaten nach dem Ende der Kampfhandlungen in Schutt und Asche. Dabei traf es unter anderem Friedland, Heilsberg und Osterode.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

In einer polnischen Universität grüßt Eichendorff

Eichendorff-Büste in Oppeln enthüllt – Der Romantiker war der Türöffner für die Ehrung weiterer Oberschlesier

Der Romantiker Joseph Freiherr von Eichendorff (1788–1857) ist die Galionsfigur der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien. Als die Deutschen in der Nachwendzeit ihre Sprache und Kultur wieder offiziell pflegen durften, schossen in Oberschlesien nach Eichendorff benannte Einrichtungen wie Pilze aus dem Boden. So wurde ganz selbstverständlich in Lubowitz [Lubowice], dem Geburtsort des Dichters, neben einer Gedenkstätte auch ein Eichendorff-Begegnungszentrum eingerichtet. Schulen, Chöre oder die Zentrale Caritas-Bibliothek haben Eichendorff zum Patron gewählt. Nach einigem Hin und Her durfte das nach dem Krieg abgetragene Eichendorff-Denkmal zurück nach Ratibor, wo es 1994 im Beisein des Herzogs von Ratibor und Fürsten von Corvey, Franz-Albrecht Metternich-Sándor, feierlich eingeweiht wurde.

Erst 30 Jahre später und ohne Hochadel, dafür im Beisein von Geschichts- und Literaturwissenschaftlern, bekam eine Eichendorff-Büste im Oppelner Universitätsmuseum endlich auch ihren Ehrenplatz. Die von Georg Latton aus der Nähe von Ratibor geschaffene Büste soll dazu beitragen, dass sich Studenten in Oppeln verstärkt mit Eichendorff auseinandersetzen. „In Lubowitz, seinem Geburtsort, und in Neisse [Nysa], wo er begraben ist,

wird des Dichters seit Jahren auf verschiedene Weise gedacht. Es ist die Aufgabe einer Universität, regionale Persönlichkeiten zu präsentieren, unabhängig von ihrer Nationalität“, sagte Andrzej Szczepaniak vom Historischen Institut der Universität Oppeln. Die Zeit sei reif für Eichendorff, denn der Dichter „war viele Jahrzehnte aus dem Gedächtnis verschwunden. In dieser demokratischen, europäischen Welt sollte eine so bedeutende Persönlichkeit wie Eichendorff an der Universität Oppeln gewürdigt und den zahlreichen Besuchergruppen vorgestellt werden“, sagte er, nannte jedoch keinen Grund dafür, dass man ganze zwölf Jahre seit der Museumsgründung gebraucht hat, bis dem Romantiker dort endlich ein Platz geschenkt wurde. Ohne die Penetranz von Joanna Rostropowicz müsste man wohl noch viele weitere Jahre auf Eichendorff in Oppeln warten.

Die in Deschowitz [Zdzieszowice] geborene Historikerin und Dozentin für klassische Philologie an der Universität Oppeln setzt sich seit der friedlichen Revolution dafür ein, dass das deutsche Erbe Oberschlesiens nicht vergessen wird. Mit ihrem durch Heirat erworbenen ostpolnischen Familiennamen konnte sie viel mehr erreichen, denn so vermutete man nicht sofort ober-schlesische Wurzeln bei

ihr. Seit ihrer Studienzeit habe sie immer wieder gehört, Oberschlesier seien ein einfaches Volk und es gäbe keine herausragenden Persönlichkeiten in Oberschlesien. Das wollte und konnte die damals junge Wissenschaftlerin nicht so hinnehmen. Rostropowicz nahm sich die alten Griechen und Römer zu Hilfe: „Was hat zum Beispiel Plutarch gemacht? Er hat Lebensbilder hervorragender Griechen und Römer geschrieben. Und so sagte ich

mir: „Ich werde es ihm gleichmachen!“ Mit der politischen Wende in Polen gründete sie einen ober-schlesischen Verband, der sich des künstlerisch-literarischen Erbes annahm. Sie ist Mitbegründerin und Vorsitzende der Eichendorff-Stiftung für Wissenschaft und Kultur in Lubowitz und Herausgeberin zahlreicher Periodika. Seit 20 Jahren erscheint ihr deutsch-polnisches Lexikon „Schlesier von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart“, in des-

sen letztem, siebtem Band 70 bedeutende, aber oft vergessene Schlesier porträtiert wurden. Doch am bekanntesten sind ihre Eichendorff-Hefte, die ober-schlesische Geschichte und Kultur zum Schwerpunkt haben.

Rostropowicz hat noch viel geplant

Die Professorin ist sich auch nicht zu fein, diese bei Veranstaltungen in Lubowitz selbst an den Mann zu bringen. Auch für die feierliche Enthüllung der Eichendorff-Büste im Universitätsmuseum hat sie die Werbetrommel gerührt, denn sie habe noch Weiteres vor, versprach sie. Sie vermisse nämlich noch viele weitere ober-schlesische Persönlichkeiten im Oppelner Universitätsmuseum am Kopernikusplatz 11 in Oppeln. Eichendorff sei erst der vierte Schlesier im Museum nach dem christlichen Archäologen Joseph Wilpert (1857–1944) aus Bauerwitz [Baborów], dem Oppelner Hans-Adolf von Moltke (1884–1943), einem Botschafter in Polen, sowie dem aus Strehlen [Strzelin] stammenden Mediziner und Nobelpreisträger Paul Ehrlich (1854–1915). Doch bald schon soll der Oppelner Wilhelm Kuhnert, der für seine Tierweltmalerei bekannt ist, folgen. An seiner Ehrung arbeitet Rostropowicz bereits mit ihrem Kollegen Andrzej Szczepaniak. Chris W. Wagner



Eichendorff wird auch in Oppeln geehrt: Joanna Rostropowicz bei der feierlichen Enthüllung der Büste

Foto: M. Leibig

GRÜNE WOCH

„Je fester die Faust ...“

Selbstbewusstes Vorpommern – Erstmals wurde die Region auf der Berliner Agrarmesse präsentiert

VON TORSTEN SEEGERT

Über drei Jahrzehnte hat es gedauert, bis sich die Pommern zusammenrafften, um ihre Region unter dem Motto „Moin Vorpommern“ in Berlin bei der „Grünen Woche“ vorzustellen. Dabei mangelte es bisher eigentlich nicht an Profil, wohl aber an Einigkeit und Selbstbewusstsein für diesen längst überfälligen Schritt.

Wie schwer er aber fiel, zeigte sich auch darin, dass man sich erst mal am vergangenen Sonnabend auf dem 1. Vorpommern-Tag bei der „Grünen Woche“ selbst erklärte: „Wo liegt Vorpommern?“ Die Jahrzehnte der Tilgung als Begriff in der DDR-Zeit vor 1989 und die Dominanz Mecklenburgs im gemeinsamen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern danach hatten eben doch Spuren hinterlassen.

Gemüseboxe und Schauküche

Unabhängig davon, zeigte sich schon beim Start mit dem „Vorpommern Talk“, dass es ein erstes „Wir“ gibt: Als hätten sie nie etwas anderes gemacht, übten die pommerschen Landräte Stefan Kerth (parteilos) und Michael Sack (CDU) den Schulterschluss, bewarben regionale Produkte der „Vorpommern Kiste“, bereiten diese mit Matthias Schilling von der Insel Öhe in der Schauküche zu und brachten sie schließlich sogar noch persönlich „unter's Volk“.

Und: Am Ende rissen sie mit ihrem Schwung selbst den gebürtigen Pommern und Staatssekretär für Vorpommern, Heiko Miraß (SPD), mit! Ihre Fäuste hatten sie da bereits zum Abschlussfoto selbstbewusst nach oben gereckt.

Caspar David Friedrich und Folklore

Auch für die Gäste in der Halle 5.2 b dürfte dies an diesem Tag nicht die einzige Überraschung gewesen sein, denn eigentlich müssten die meisten die Region, die

von der Halbinsel Darß über die Inseln Rügen, Hiddensee und Usedom bis an die Oder reicht, kennen – nur als Einheit sind sie eben bisher nie in Erscheinung getre-

wurde, dürfte auch dem Letzten klar geworden sein, dass die Region in vielen Bereichen wie Kunst, Kultur, Technik, Landwirtschaft, Tourismus und Natur ent-

Willen der Gründungsmitglieder – der beiden Landkreise Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald sowie der Hansestadt Greifswald, der Universität



Auf der Grünen Woche in Berlin: Das Abschlussfoto des Teams Vorpommern

Foto: Seegert

ten. Dabei hatte Vorpommern noch mehr als „guten Geschmack“ bewiesen: Denn mit den Jasmunder Plattdänzern und der Schalmeienkapelle Rossow sorgte man auch für den nötigen Schwung bei den Gästen.

Und wer bis dahin noch kein Aha-Erlebnis hatte? Nun spätestens als der 250. Geburtstag des pommerschen Malers Caspar David Friedrich angesprochen

scheidend zur Vielfalt Deutschlands beigetragen hat und weiterhin beiträgt.

Der Impuls für das Programm des 1. Vorpommern-Tages, dessen Durchführung und Motto „Moin Vorpommern“ kam dabei von dem Regionalmarketing und -entwicklung Vorpommern e.V. – einem Verein, der erst 2022 gegründet wurde, um die Region gemeinsam nach vorn zu bringen. Seinen Sitz hat er nach dem

Greifswald, der Fachhochschule Stralsund und des Unternehmerverbandes Vorpommern – in Greifswald.

Bleibt zu hoffen, dass die Region nun endlich die nächsten gemeinsamen Schritte in Angriff nimmt und auch zur Betonung mal wieder öfter die Fäuste in die Höhe reißt, getreu dem alten pommerschen Wahlspruch: „Je fester die Faust, je näher an Pommern!“

POMMERSCHES LANDESMUSEUM

Lebenslinien eines Malers

Sonderausstellung zu Caspar David Friedrich

Im Caspar-David-Friedrich-Jubiläumsjahr wird als erste von drei Sonderausstellungen im Pommerschen Landesmuseum „Caspar David Friedrich, Lebenslinien“ vom 28. April bis 4. August zu sehen sein. Erstmals wird fast der komplette Graphikbestand des Malers gezeigt werden.

Dazu sagte Kulturstaatsministerin Claudia Roth bei ihrem Besuch am 20. Januar in Greifswald: „Wenn es einen perfekten Ort gibt, um das Caspar-David-

Friedrich-Jahr zu eröffnen, dann in Greifswald! Von hier aus machte sich Friedrich einen Namen und wirkte prägend mit an der Geburt der Romantik. Mit seinem Werk veränderte er die Kunstwelt nachhaltig. Mit dem bevorstehenden Bau der ‚Galerie der Romantik‘ macht sich das Museum in besonderer Weise um das künstlerische Erbe Caspar David Friedrichs verdient ... damit wird es zu einem kulturellen Leuchtturm der Romantik.“ PLM



Caspar David Friedrich: Schriftblatt „Strebe nach den besten Freuden (...)", 1789, Feder auf Büttchen

Foto: Pommersches Landesmuseum

Pommerntreffen
in
Anklam / Pommern

Sonnabend, 9. März 2024

10 bis 17 Uhr

Volkshaus Anklam, Baustraße 48

Alle pommerschen Heimatkreise sind ausgeschildert. Für das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Erwartet werden das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern, die Volkstanzgruppe vom Pyritzer Weizacker und der Shantychor Insel Usedom e.V. sowie Landsleute von den Deutschen Vereinen aus Stolp, Stargard und Stettin. Ehrengast ist aus Anlass seines 250. Geburtstages der pommersche Maler Caspar David Friedrich. Bitte Verwandte und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto beim Veranstalter:

Bund der Vertriebenen in Vorpommern e.V.
Manfred Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam
Tel.: 03971 - 245688 / Mail: M.F.Schukat@web.de

● MELDUNGEN

Preisträger,
Wettbewerb
und Apostel

Stettin – Nachdem es in der vergangenen Woche erneut zu Bauernprotesten und Autokorsos in Vorpommern gekommen ist, weiten sich die Bauernproteste nun auch auf Hinterpommern aus. Hier ging es jedoch vordergründig um Kritik an Agrarimporten aus der Ukraine und dem Green Deal der Europäischen Kommission. TS

Pasewalk – Am 2. Februar werden Tabea und Daniel Streicher um 17 Uhr im Historischen U auftreten und ausgesuchte Werke von Schubert und Strawinski vierhändig am Klavier vortragen. Die Geschwister waren unter anderem Preisträger der Carl Bechstein Stiftung und von Klavierwettbewerben im In- und Ausland. TS

Kolberg – Am 16. März soll um 12 Uhr die sogenannte „Vermählung Polens mit dem Meer“ im Jahre 1945 als Ritual am Strand nachgestellt werden. Dabei werden hunderte Statisten, Transporter und ein Panzer sowie Pyrotechnik zum Einsatz kommen. Das Ereignis der polnischen Besetzung jährt sich zum 79. Mal. TS

Usedom – Bei der 16. Strandkorb-WM, wo ein etwa 60 Kilogramm schwerer Strandkorb auf einer Strecke von 20 Metern um die Wette durch den Strandsand getragen wird, gewannen Danilo Pröhl und Sven Mehling Wettbewerb und Preisgeld von 1000 Euro. Ein Schweizer Team konnte wegen des Bahnstreiks nicht anreisen. TS

Barth – Anlässlich des 900. Jubiläums der ersten Missionsreise Otto von Bamberg nach Pommern im Jahr 1124 werden mehrere Veranstaltungen vorbereitet: Wie der Pommersche Evangelische Kirchenkreis (PEK) mitteilte, wird ein Musical zum „Pommernapostel“ am 27. Oktober in Gützkow und am 31. Oktober in Barth aufgeführt. TS

Swinemünde – Der Bau des Installationsterminals für Offshore-Windparks liegt im Plan: Die Errichtung von Werkstätten und Büros hat auf dem 20 Hektar großen Areal begonnen. Das Terminal soll einer der modernsten Anlagen Europas mit Schienen-, Fahren- und Straßenanbindung werden. TS

Tribsees – Auf einer Koppel bei Pöglitz fand ein Schäfer Anfang letzter Woche tote und verletzte Schafe. Mögliche Ursache: Der Riss durch einen Wolf. Dies treibt nun auch die Politik zum Handeln. So wurden unter anderem die Inseln Rügen und Hiddensee zu Wolfsgebieten erklärt, das wiederum ermöglicht geförderte Schutzmaßnahmen. TS

Greifswald – In der letzten Woche fanden auch in Vorpommern Demonstrationen unter dem Motto „Zusammen gegen rechts“ statt – so auch in Stralsund, Greifswald und Wolgast. Aufgerufen zur Teilnahme hatten neben Mitgliedern der Ampel-Parteien SPD und Grüne, auch Linke und Gewerkschaften. TS

Stralsund – In der großen Schiffbauhalle der Volkswerft Stralsund wurden in diesen Tagen die Masten der „Gorch Fock I“ montiert. Zur Saison 2024 soll das Schiff wieder seinen Liegeplatz im Stralsunder Hafen einnehmen und für Besichtigungen öffnen. BS

„Den Etablierten scheint jedes Mittel recht zu sein“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Chapeau für diese journalistische Meisterleistung!“

Klaus Hermann Konrad Baumgart, Naumburg

zum Thema: Der tiefe Riss zwischen der Regierung und weiten Teilen des Volkes (Nr. 3)



Ausgabe Nr. 3

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

AFD-VERBOT FÜHRT ZU NICHTS ZU: KRIEG DER PETITIONEN (NR. 4)

Millionen Wähler entscheiden sich für die AfD. Beim Kartell der etablierten Parteien CDU/CSU, Grüne, SPD und FDP wird über ein Verbot dieser einzigen bundesweiten Oppositionspartei nachgedacht. Man will die Macht auf keinen Fall abgeben. Ein politischer Wechsel soll nicht mehr möglich sein. Abweichende Meinungen müssen ausgeschaltet werden.

Es gibt erste Überlegungen, wie die Parlamente von Bund und Ländern nach einem Verbot zusammengesetzt sein könnten. Man will erreichen, dass die AfD-Stimmen unter den Tisch fallen. Die Sitze würden dann allein unter diesen Parteien verteilt. Der politische Wille von Millionen von Bürgern wäre dann nicht mehr parlamentarisch vertreten. Sie könnten am politischen Leben nicht mehr teilnehmen.

Die seit Angela Merkels Amtszeit laufend verstärkte Politik der Verunsicherung, Unterdrückung und Ausbeutung unter vorrangiger Berücksichtigung auswärtiger Interessen wird von immer mehr Menschen als verheerend betrachtet. Sie haben sich zur Rechts- und Verfassungstreue der regierenden Parteien ihr eigenes Urteil gebildet. Sie wollen ihre Meinung in freien und gleichen Wahlen auf friedliche Weise zur Geltung bringen. Sie wollen eine alles zerstörende Politik beenden und durch eine Politik von Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Wohlstand ersetzen. Sie wollen darüber hinaus Politiker, die funktionierende Lösungen beibehalten und fortentwickeln. Und sie wollen, dass diese nicht ohne geeigneten Ersatz mittels Angstmache unter Berufung auf hochumstrittene Computermodelle abgeschafft werden.

Ob das mit der Zukunft so kommt, wie behauptet, wird sich erst in Jahrzehnten herausstellen. Schon jetzt aber merken alle am eigenen Leib, dass jede Zerstörung funktionierender Einrichtungen sofort Freiheits- und Wohlstandsverlust bedeutet. Wer so handelt, will genau das.

Was wäre die Situation, wenn Verfassungsrichter die AfD verbieten würden? Der bereits sehr starke Unmut von Millionen würde durch solch eine Entscheidung noch weiter verstärkt. Sie würden die von ihnen stark kritisierten etablierten Parteien natürlich erst recht nicht wählen. Die einzige bewährte Alternative wäre ihnen aber versagt. Die Richter des Bundesverfassungsgerichts hätten durch ein solches Urteil das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit und damit in Demokratie und Rechtsstaat erschüttert.

Millionen Wähler hätten bei einem Verbot keine Möglichkeit mehr, eine alternative Politik auf verfassungsmäßige und friedliche Weise durch Wahlen zu unterstützen. Sie würden zu ihrem Entsetzen durch die obersten Richter auf andere Wege zur Verfolgung ihrer legitimen Interessen verwiesen. Welche könnten das sein? Man mag gar nicht weiterdenken. Die Verfassungsrichter würden dann eventuell bewusst das herbeiführen, was der AfD fälschlich vorgeworfen wird.

Die Verfassungsrichter werden einen derartigen Schritt der politischen Zuspitzung und der Entrechtung von Millionen Bürgern nicht gehen. Anderenfalls würden sie namentlich in das Buch der geschichtlichen deutschen Katastrophen eingehen. *Ulrich Thurmman, Walluf*

JA, DIE AFD MACHT ANGST!

ZU: DAS MASS IST VOLL
(NR. 3)

Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass Politiker der Regierungsparteien und der CDU/CSU, die der Demokratie einen Sargnagel nach dem anderen verpassen, vor der einzigen Partei, die eine direkte Demokratie und eine Politik für Deutschland fordert, warnen. Diese Hetze beginnt bereits beim Bundespräsidenten im Schloss Bellevue, wo Anti-Demokraten auch noch die höchsten Orden umgehängt bekommen.

Ja, die AfD macht Angst, jedoch nur den derzeitigen Politikern der Altparteien, die Angst davor haben, dass der Sou-

verän (das Volk) ihnen die Macht und die damit verbundenen Pfründe entzieht.

Da die AfD unter anderem auch die GEZ-Zwangsgeldder abschaffen beziehungsweise in einen vernünftigen Rahmen bringen will, haben natürlich auch Journalisten Angst, denn ihre mehr als üppigen Gehälter würden auch auf ein normales Maß zurückgesetzt werden.

So wurde auch diese ganze Kampagne um das angebliche „Geheimtreffen“ in Potsdam von den Medien aufgebauscht. Sie entspricht in den meisten Teilen nicht der Wahrheit und ist damit eine Verleumdung. Selbst der Chef des Verfassungsschutzes hat eingeräumt, dass dieses Treffen bedeutungslos sei. Und was ist denn plötzlich mit den CDU-Mitgliedern, die daran teilgenommen haben und auf deren Einladung dieses Treffen überhaupt stattgefunden hat? Die werden in den Berichtserstattungen mit keiner Silbe mehr erwähnt.

Leider gibt es noch kein Instrument für das Wahlvolk, Regierungen abzusetzen. Auch hier plant die AfD die Einführung eines unabhängigen Gremiums, das unfähige oder volksfeindliche Regierungen zusammen mit dem Souverän entlassen kann. Wie hat Peter Hahne, ein Fernsehmoderator, den ich sehr schätze, schon gesagt? „Wir werden von Idioten regiert!“

Wilfried Richter, Unterstall

HILFLOSIGKEIT DER MÄCHTIGEN

ZU: GEFÄHRLICHES BRODELN
(NR. 2)

Diese Analyse der Verhältnisse in unserem Land durch Prof. Werner J. Patzelt ist genial und absolut zutreffend.

Es sind die Feigheit und das Unvermögen aller Regierungsparteien im Bund und in den Ländern, sich inhaltlich mit Vorschlägen und Ideen der AfD oder in der Vergangenheit mit den Gründen der Proteste bei Pegida auseinanderzusetzen.

Auf die immer größere Unterstützung der AfD durch die Bevölkerung – und das nicht nur in den drei östlichen Bundesländern Sachsen, Thüringen und Branden-

burg, sondern zunehmend auch in den Alt Bundesländern –, wird stattdessen stärker mit Diffamierung, Halbwahrheiten und Unterstellungen reagiert. Wer das jüngste sogenannte Geheimtreffen, an dem auch Mitglieder der CDU teilgenommen haben, jetzt sogar als zweite Wannseekonferenz bezeichnet, der relativiert in schamloser Weise die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Vor lauter Hilflosigkeit scheint den Etablierten mittlerweile jedes Mittel recht zu sein. Was sie aber nicht machen, ist, sich mit den Inhalten der Alternative auseinanderzusetzen. Das fürchten sie wie der Teufel das Weihwasser.

Die Verweigerungshaltung der CDU, mit den Vertretern der AfD über gemeinsame Schnittmengen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu sprechen, ist nicht nur unsinnig, ja, sogar gefährlich, wenn unser Land nach den nächsten Wahlen am Ende weiter in den Stillstand verfällt. Statt eines Parteiverbotes sollten die Altparteien endlich einmal beginnen, sich der eigenen Fehleranalyse zu stellen und sich nicht wie ein bockiges Kind zu verhalten.

Das Einverständnis des Autors und Ihrer Zeitung vorgesezt, müsste man diesen Artikel jedem Mitglied und Unterstützer der Altparteien zum gründlichen Studium aushändigen. Vielleicht würde er einigen noch nicht so Verbohrten die Augen öffnen und zum Nachdenken anregen. *Claus Hörrmann, Neustadt in Sachsen*

GROSSARTIG GELUNGEN

ZU: EIN BESUCH ZU KANTS
300. GEBURTSTAG“ (NR. 2)

Für Ihr ausführliches und informatives Interview mit der Reiseleiterin Natalia Romanova über Reisen ins nördliche Ostpreußen möchte ich ganz herzlich danke sagen. Auch der Beitrag auf der Seite „Geschichte & Preußen“ zur Geschichte der Königsberger Kunstakademie ist großartig gelungen! Und außerdem ist die PAZ jede Woche so super!

Gisela Löffelmacher, Flensburg

ANZEIGE

Naturstoff-Medizin bei Herzschwäche

Die enormen Auswirkungen der Herzschwäche auf die Gesundheit können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. In Deutschland ist die Herzinsuffizienz die häufigste primäre stationäre Diagnose. Sie führt unweigerlich zu einer verminderten Lebensqualität und einer verkürzten Lebenserwartung. Das Verstörende: Die Schulmedizin konzentriert sich bei der Behandlung mit kostspieligen Medikamenten nur auf die Bekämpfung der Symptome, nicht jedoch auf die Ursachen des Leidens.

Die natürliche Behandlung von Herzschwäche

Die richtige Behandlung jeder Form von Kardiomyopathie, vor allem aber der fortgeschrittenen Herzinsuffizienz, muss in erster Linie auf die folgenden Punkte ausgerichtet sein:

- Toxin-Eliminierung
- Wiederherstellung der normalen zellulären Energieproduktion

Herzmuskelzellen versagen nicht einfach und »verschleiben« nicht ohne Grund!

Alle Herzschwächen weisen eine mangelhafte mitochondriale Energieproduktion auf. Ein breites Spektrum an hochwertigen Nahrungsergänzungsmitteln ist von großem Vorteil. Dr. Thomas E. Levy beschreibt sieben unverzichtbare Basisergänzungs-

mittel, von denen jedes einzelne dazu beiträgt, den Energiestoffwechsel der Zellen zu optimieren, den oxidativen Stress in allen Zellen zu verringern und die Gesamtmortalität zu senken.

Spektakuläre Erfolge mit der Naturstoff-Medizin – von der Schulmedizin unterdrückt

In den gängigen Lehrbüchern der Medizin und den medizinischen Therapiehandbüchern werden diese lebenswichtigen Nährstoffe trotz aller Studien und Erfolge mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn ihre Auswirkungen auf die Herzinsuffizienz gewürdigt.

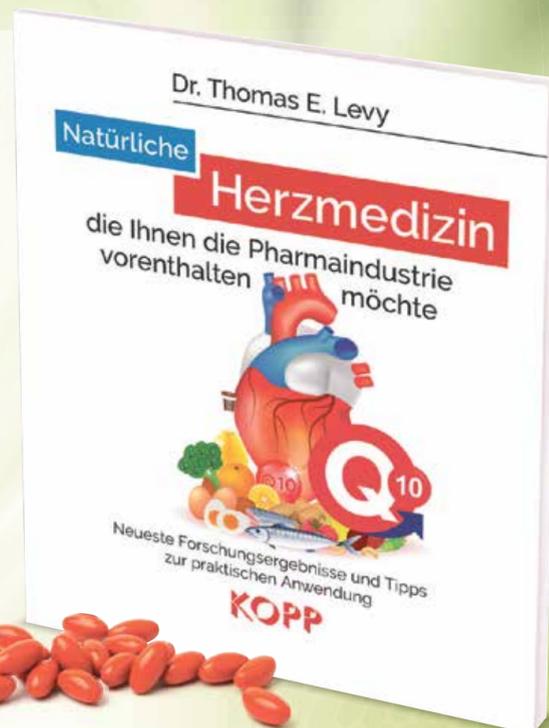
Sie steigern die Energieproduktion in allen Zellen des Körpers. Es ist also nicht verwunderlich, dass Studien ihre positive Wirkung bei einer Vielzahl von Krankheiten gezeigt haben.

Dr. Thomas E. Levy: *Natürliche Herzmedizin, die Ihnen die Pharmaindustrie vorenthalten möchte*
Paperback • 104 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 990 950 • 8,99 €

Mit Coenzym Q10 erzielen Sie maximale Heilerfolge bei Herzschwäche

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas



NORDBÖHMEN

Tour zum „Enthaupteten Major“

Bizarre Felsformationen auf der tschechischen Seite des Elbsandsteingebirges – Ein winterlicher Ausflug in die Böhmischeschweiz

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Sächsische Schweiz, also der deutsche Teil des rund 700 Quadratkilometer großen Elbsandsteingebirges, hat in den letzten zehn Jahren erheblich an Attraktivität verloren. Das resultiert unter anderem aus der Vielzahl der gesperrten oder wegen Totholz unpassierbar gewordenen Wege sowie dem erbärmlichen Anblick der sterbenden Fichtenplantagen im Nationalpark Hinterer Sächsische Schweiz rund um den Großen und Kleinen Winterberg. Dazu kommt die Gängelung der Besucher durch oft nicht mehr nachvollziehbare Einschränkungen beziehungsweise Vorschriften. Ganz abgesehen davon, dass die unkomplizierter zu erlebenden Teile des Gebirges stark überlaufen sind. Vor diesem Hintergrund lohnt ein winterlicher Blick über die Grenze nach Tschechien, wo sich das Elbsandsteingebirge in der Böhmischeschweiz fortsetzt.

Diese geriet im Sommer 2022 in die Schlagzeilen, weil in der Nähe des Prebischtors ein großer Waldbrand ausbrach, der dann wegen des Funkenfluges auch auf die deutsche Seite übergriff. Es traf auch das wichtigste Wahrzeichen der Böhmischeschweiz. Die natürliche Felsbrücke aus Sandstein mit einer Spannweite von fast 27 Metern ist die größte ihrer Art in Europa und das Ziel zahlloser Besucher, welche in einem steten Strom von Herrnskretschchen hinaufpilgern. Insofern gleicht das „Naturerlebnis“ dem auf der überfüllten Bastei oberhalb des bundesdeutschen Kurortes Rathen.

Hiermit erschöpfen sich die Ähnlichkeiten aber auch schon, denn nur wenige Meter weiter führt der Gabrielensteig unter den beeindruckenden Felstürmen des Großen Prebischtals, Zuckerhutes und Becksteins durch eine wesentlich weniger frequentierte Landschaft. Leider hat der Waldbrand auch in dieser gewütet. Allerdings bemüht sich die tschechische Nationalparkverwaltung um eine möglichst schnelle Wiederfreigabe des einzigartigen Weges – und Versprechen solcher



Größte natürliche Sandstein-Felsbrücke Europas: Das Prebischtal in der Böhmischeschweiz

Foto: imago/Jacob Schröter

Art wurden in der Vergangenheit stets eingehalten.

Inzwischen ist es erneut uneingeschränkt möglich, die benachbarte Felsenwelt von Dittersbach und Hohenleipa zu erkunden. Dort warten unter anderem der Marienfelsen und der Rudolfsstein sowie die Burgruinen Schauenstein und Falkenstein auf Besucher. Ein Erlebnis der besonderen Art bietet der extrem steile und mit einigen spannenden Engstellen versehene Leitenaufstieg auf den Schauenstein, zumal auch die Aussicht von der Befestigungsanlage aus dem 14. Jahrhundert auf den nahebei liegenden Basalthügel des Rosenberges und das in der Ferne aufragende Lausitzer Gebirge phänomenal ist.

Ähnlich lohnenswerte Ziele wie auf der rechtselbischen Seite finden sich links

des Flusses. Dort ragt der sogar von Dresden aus sichtbare Hohe Schneeberg auf, welcher mit seinen 723 Metern über Normalnull die höchste Erhebung des gesamten Elbsandsteingebirges darstellt und einen fast alpinen Panoramablick in alle vier Himmelsrichtungen erlaubt – wobei die zahlreichen früheren Vulkankegel im angrenzenden Böhmischeschweiz im Mittelgebirge und der bei klarem Winterwetter sichtbare Kamm des Riesengebirges die tiefsten Eindrücke hinterlassen.

Im „Stiefel des Napoleon“

Ansonsten fällt auch angenehm auf, dass hier kein „Fichtenmikado“ die Wege versperrt, weil nach dem Waldsterben der 1980er Jahre infolge der Schwefeldioxid-Emissionen der nordböhmischeschweiz Braunkohlekraftwerke mit Bedacht aufgefördert

wurde. Statt kränklicher Nadelbäume wachsen auf dem Tafelberg, dessen markanter steinerner Aussichtsturm ab 1864 als Hauptorientierungspunkt für die Landvermesser in Sachsen, Preußen und Österreich-Ungarn diente, jetzt vor allem kerngesunde Birken und Ebereschen.

Unweit des Hohen Schneeberges liegt das ungemein vielgestaltige Sandsteinlabyrinth von Tyssa, durch das ein Rundweg führt, in dessen Verlauf solch bizarre Gebilde wie der „Hagere Doktor“, „Enthauptete Major“ und „Stiefel des Napoleon“ zu bestaunen sind. Dafür lohnt es sich, am Kassenhäuschen zwischen Januskopf und Elefant ein paar Tschechische Kronen Eintritt zu entrichten, zumal es dann auch noch eine Karte gibt, welche die Orientierung erleichtert und die Namen aller 75 Felsobjekte verrät.

Ein sehenswerter kleinerer Zwilling der Tyssaer Wände kann nahe der zwei Kilometer weiter nördlich gelegenen winzigen Ortschaft Raitza an der Grenze zur Bundesrepublik besucht werden. Dorthin verirren sich nur wenige Touristen, während die Kletterer die Herausforderungen am Falkenturm und Ameisenturm suchen, die zu den anspruchsvollsten Gipfeln der gesamten Böhmischeschweiz zählen.

Das Himmelreich von Eiland

Auf dem Weg von Tyssa nach Rajtza passiert man dabei unter anderem auch die Reste des Neuberturms in den Bürschlitzwänden, der 1981 aufgrund der Felsverwitterung zusammenstürzte und ein kleines Erdbeben in der Umgebung auslöste.

Das schönste Kleinod der Böhmischeschweiz ist das Gebiet von Eiland [Ostrov u Tisé] in der Verlängerung des deutschseits gelegenen Bielatal. Hier ragen über einigen malerischen kleinen Seen, die im Elbsandsteingebirge ihresgleichen suchen, mehr als 400 pittoreske Felsen in die Höhe, auf die mittlerweile rund 3800 Aufstiege führen. So wie die Kletterwege an der extrem schwer zu erklimmenden Empornadel, der Henkerkante am Galgenstein und der Königslinie auf den tatsächlich gigantischen Riesenturm.

Das Herz des Gebietes von Eiland bildet das sogenannte Himmelreich rund um die Fabriksteigtürme. In dessen oberem Teil haben tschechische Bergsteiger eine würdige Gedenkstätte für ihre tödlich verunglückten Kameraden eingerichtet. Dazu gehört unter anderem Miloš Matras aus Teplitz [Teplice], einer der wichtigsten Erschließer von Eiland, der am 31. Mai 1970 bei einem Erdbeben in den Anden ums Leben kam.

Außerdem wird hier auch an das ebenfalls aus Teplitz stammende Ausnahmetalent Emanuel Strubich erinnert. Der beste Bergsteiger seiner Zeit, der 1918 mit der Westkante am Wilden Kopf die erste Route im Achten Schwierigkeitsgrad im Elbsandsteingebirge eröffnete, starb im Winter 1922 in den Alpen.

TIROL

Kaminfeuer statt Halligalli

Fliegende Forellen und Jachtclub am Berg – Winterliche Geschichten von der Brixentaler Jochstub'n

Skier abschnallen, durch die Tür treten – und sich wie zu Hause fühlen. Anders kann man das Gefühl hier auf der Jochstub'n, die sich in 1634 Metern Höhe an den Zinsberg schmiegt, nicht beschreiben. Eine große, gemütliche Stube, im Kamin prasselt ein Feuer und in der Ecke sitzt der Stammtisch. „Komm rein, ist noch genug Platz“, ruft Wirt Hans.

Schon seit mehr als 40 Jahren lebt und arbeitet er hier oben. Und lässt seiner Kreativität freien Lauf: Die Geschichte eines Hüttenwirts, der sein eigenes Logistik-Konzept entwickelt hat und zu spontanen Musikabenden einlädt. Der einen Segelclub am Berg gegründet hat und am liebsten fliegende Fische zubereitet.

Und der sich nach getaner Arbeit gerne zum Kartenspielen niederlässt. „Wenigstens den Nachmittag möchte ich genießen, wenn ich schon morgens nicht mehr machen kann, was ich mag“, sagt er mit einem Augenzwinkern. „In den ersten paar Jahren als Hüttenwirt konnte ich noch in der Früh den Tiefschnee genießen und mich dann ganz allmählich dem Mittagessen für die Gäste widmen. Damals

gab's ja nur Würstel und Suppe, ganz unkompliziert.“

Längst sind die kulinarischen Ansprüche bei seinen Tagesbesuchern gewachsen, ebenso der Betrieb. Der liegt inmitten in der SkiWelt Wilder Kaiser – Brixental. Geographisch betrachtet liegt diese genau im Herzen von drei Gemeinden, fünf Almen und zwei Bezirken. Zentraler geht es eigentlich nicht. Nur die Anbindung ist das Problem – oder der große Vorteil, aber dazu später.

Zwar können Urlauber von gleich mehreren Bergbahnstationen idyllisch hinwandern, Skifahrer kommen sowieso vorbei, wenn sie die Pisten oberhalb von Brixen im Thale erkunden. Aber in unmittelbarer Nähe gibt es weder eine Liftstation noch eine Straße – wie also die Materiallieferungen bewerkstelligen?

Irgendwann kam Beihammer die zündende Idee: 400 Meter unterhalb der Jochstub'n hat er ein Zwischenlager eröffnet, das Lieferanten problemlos mit ihren frischen und regionalen Lebensmitteln anfahren können. „Wenn ich am Berg etwas brauche, setze ich mich einfach aufs

Skidoo oder in die Pistenraupe und fahre mein Lager von oben an.“

Beihammer führt die Jochstub'n als klassischen Familienbetrieb – gemeinsam mit Ehefrau Bärbel, Sohn Hans-Peter und Schwiegertochter Betti. „Wir sind eine



Großer Andrang an der Jochstub'n

sehr ruhige, gemütliche Hütte und setzen auf Authentizität statt Halligalli.“

Der Familie Beihammer ist es wichtig, dass es in dem weitläufigen Skigebiet mit seinen etwa 270 Pistenkilometern und rund 80 Hütten auch Rückzugsorte zum Innehalten und Verweilen gibt. Das geht hier ausgezeichnet: herzhaft Tiroler Gerichte auf der Speisekarte und eine urgemütliche Atmosphäre am Kaminfeuer, vor allem dann, wenn sich Mitarbeiter und Gäste Klarinette, Trompete oder Akkordeon schnappen und gemeinsam musizieren. Auch vor der Tür ist es wie im Paradies: Kaisergerichte, Loferer Steinberge und Großglockner stehen Spalier und spiegeln sich spätestens beim Sonnenski fahren im Speichersee.

Apropos Speichersee: Zu dem hat Beihammer einiges zu erzählen. Dort leben die Gebirgsforellen, die er – mit Salat und Sahnecreme – seinen Gästen wärmstens empfiehlt. „Die Forellen kamen einst angefliegen“, erzählt Hans. „Wildenten hatten den Laich unter ihren Flügeln und setzten ihn dann hier im Speichersee aus.“ Auch der Wirt selbst hat auf dem See

schon mal etwas ausgesetzt: ein Segelboot. „Das habe ich vor etwa zehn Jahren zum Spaß gekauft und hergebracht. Damals hatte der Teich noch viel zu wenig Wasser, segeln konnte man sowieso nicht.“ Doch dann wurde er aufs Doppelte erweitert, und Beihammer gründete mit Peter Widmann, dem Betriebsleiter der Bergbahnen – dem Jachtclub Jochstub'nsee. Mittlerweile gibt es zwei Boote und acht Kapitäne, die Gäste mit gültiger Liftkarte jeden Sonntag und Dienstag kostenlos mit auf einen Segeltörn in 1600 Meter Höhe nehmen. „Im Sommer müsst ihr also unbedingt wiederkommen“, muntert Beihammer seine Gäste auf. Die meisten werden diesem Wunsch gerne nachkommen.

Carolin Weinhold

● Die Gästekarte, die es automatisch bei der Anmeldung im Hotel gibt, gilt als Fahrschein für den Regionalverkehr. Infos: Tourismusverband Kitzbüheler Alpen – Brixental, Dorfstraße 11, A-6365 Kirchberg in Tirol, Telefon 0043 (0) 57507 2000, E-Mail: info@brixental.tirol, www.brixental.tirol

● FÜR SIE GELESEN

Einprägsam
und lebendig

„Quicklebendig tummeln sie sich noch heute in unserer Alltagssprache, die Sprichwörter, Redensarten und geflügelte Worte aus den Märchen vergangener Zeiten.“, sagt Rolf-Bernhard Essig, Autor des Buches „Ach, wie gut, dass niemand weiß ...“.

Bei vielen Sprachbildern, derer wir uns noch heute bedienen, ahnt man nicht, dass sie aus den von den Brüdern Grimm gesammelten Texten oder aus Wilhelm Hauffs, Ludwig Bechsteins oder Hans Christian Andersens erzählten Geschichten stammen. Auch die viel älteren „Märchen aus Tausend und einer Nacht“ hinterließen ihre Spuren in unserer Alltagskommunikation. Redewendungen wie „die Luft ist rein“, „mit Haut und Haaren“ oder „Tisch und Bett miteinander teilen“ stammen aus Märchen, sind aber zum Teil auch noch älteren Datums.

Dass sie in unserer Sprache überlebt haben, liegt an der Faszination dieser einprägsamen Bilder. „Märchen wurden und werden geliebt von Menschen aller gesellschaftlichen Schichten“, sagt der Autor.

Leicht lesbar, führt das kleine Werk alle sprachhistorisch Interessierten zu aufschlussreichen Erkenntnissen.

Silvia Friedrich

Rolf-Bernhard Essig: „Ach, wie gut, dass niemand weiß ... Sprichwörtliche Redensarten aus dem Märchenreich“, Duden Verlag, Berlin 2023, Taschenbuch, 12 Euro

Ferien beim
Verlierer-Vater

Die Erziehungsberechtigten der 15-jährigen Kim wollen sie, nachdem sie ihren jüngeren Bruder mutwillig verletzt hat, damit bestrafen, dass sie ihre Sommerferien nicht mit ihnen in Florida, sondern bei ihrem Vater in der Nähe von Duisburg verbringen soll. Kim ist wütend und entsetzt, als sie die schäbige Lagerhalle ihres Erzeugers sieht. Sofort will sie wieder nach Hause. Ihr Vater entpuppt sich als sehr viel netter als erwartet, aber leider ist er im Gegensatz zu ihrem Stiefvater ein Verlierer, der Markisenstoffe aus alten DDR-Beständen an den Mann bringen will. Kim freundet sich mit einem Nachbarsjungen an, und die Ferien entwickeln sich zu etwas anderem als das sie als reiche Göre gewohnt ist. Sie beschließt, zu bleiben und ihrem Vater mit den guten Tipps ihres tüchtigen Stiefvaters unter die Arme zu greifen.

Jan Weiler hat mit „Der Markisenmann“ eine einfühlsame Geschichte aus der Sicht einer 15-Jährigen geschrieben. Weiler ist bekannt für seine realistischen und unterhaltsamen Romane, die immer wieder Bestseller werden. Manche wurden auch verfilmt wie „Maria, ihm schmeckt's nicht“.

Angela Selke



Jan Weiler: „Der Markisenmann“, Heyne Verlag, München 2023, gebunden, 333 Seiten, 22 Euro

GEOGRAPHIE



Augen auf

bei der Vorbereitung zur nächsten Reise nach Europa. In 44 Kartenrätseln fragt DuMont Wissen über die Lage europäischer Sehenswürdigkeiten ab

Begeisterung für Landkarten hat das Autorenteam Nadine Ormo und Michael Laufersweiler dazu bewogen, ein Rätselbuch zu diesem Thema zu verfassen. 44 außergewöhnliche Ziele in Europa, wie das abgebildete Minack Theatre in Cornwall, werden zunächst auf

einer Doppelseite vorgestellt und auf der nächsten wird danach gefragt, wo sie auf der abgebildeten Karte zu verorten sind. Mal wird ganz Einfaches erfragt, mal wird es komplizierter. Die Lösung gibt es am Ende des reich

MRK



Nadine Ormo/Michael Laufersweiler: „Landkarten Rätsel Reise Europa“, DuMont Verlag, Ostfildern 2023, broschiert, 232 Seiten, 16,95 Euro

ANTISEMITISMUS

Verrat der Linken an den Juden

Jean Améry prangerte schon den Antisemitismus der 68er an, der als linker Judenhass lebendig ist

VON HOLGER FUSS

Wer jemals die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Auschwitz besucht hat, wer in den Häftlingsbaracken stand und mit der Hand die hölzernen Etagenbettgestelle berührte, auf denen die Menschen kauerten und litten, den konnte dort das Empfinden durchzucken, was es bedeuten kann, dem Bösen in all seiner Entschlossenheit zu begegnen. Und wer Fotos von Jean Améry betrachtet, kann spüren, wie sich das Entsetzen über Unsagbares in die Gesichtszüge dieses Mannes gefurcht hat.

Jean Améry war ab Januar 1944 in Auschwitz inhaftiert, die Gefangenennummer 172364 hatten ihm SS-Wachleute auf den linken Unterarm tätowiert und ein nie wieder schwindendes Grauen in sein Gemüt. „Wer der Folter erlag, kann nicht mehr heimisch werden in der Welt“, schrieb er später über seine erlittenen Peinigungen. „Dass der Mitmensch als Gegenmensch erfahren wurde, bleibt als gestauter Schrecken im Gefolterten liegen.“ 1978 nahm er sich das Leben.

Geboren wurde Améry 1912 als Hans Mayer in Wien. Sein Vater war, wie der Sohn überliefert, „geborener Volljude“ und fiel im Ersten Weltkrieg. Seine Mutter „war Christin, aber nicht ‚rein arisch‘, wie ich später erfuhr“. Der Junge wuchs im katholischen Milieu auf, erst Anfang der 30er Jahre, als in Wien der Juden Hass floriente und allenthalben Hakenkreuze prangten, wurde der 19-Jährige sich seines Jüdischseins bewusst. Vollends machten ihm die Nürnberger Rassegesetze von 1935 klar, dass er „für die Mehrheit aller Deutschen und Österreicher“ als Jude galt, auch wenn sich „meine Kenntnis biblischer Vorgänge auf die Jo-

sephs-Tetralogie Thomas Manns“ beschränkte.

Selbst als Jude verfolgt

Er, der an keinen Gott glaubte und auf der Flucht vor den Nationalsozialisten eine jüdisch-orthodoxe Chanukkah-Feier in den Pyrenäen als zutiefst befremdlich erlebte, wurde ob seiner Herkunft als Jude markiert, verfolgt und schließlich ins Vernichtungslager Auschwitz gebracht. Als er dort 1945 befreit wurde, war der Mann, der bislang Hans Mayer hieß, 32 Jahre alt. Er lebte fortan in Belgien und änderte seinen Namen um in Jean Améry. Jean heißt französisch Hans und Améry ist ein Anagramm von Mayer. 1966 wurde der Name notariell beglaubigt.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Améry bereits publizistisches Ansehen erworben, er schrieb von Brüssel aus als Kulturjournalist für Schweizer Zeitungen und bundesdeutsche Rundfunkhäuser und machte vor allem französische Literatur und Philosophie im deutschsprachigen Raum bekannt. In die Stadt Paris verliebte er sich, Jean-Paul Sartre wurde „so etwas wie meine ‚Vaterfigur‘“.

Mit seiner Essaysammlung „Jenseits von Schuld und Sühne – Bewältigungsversuche eines Überwältigten“ gelang ihm 1966 im deutschsprachigen Raum der Durchbruch. Die Schilderungen seiner Erlebnisse in den Konzentrationslagern gehören zu den zentralen Texten der Holocaustliteratur: „Ich trage auf meinem linken Unterarm die Auschwitz-Nummer; die liest sich kürzer als der Pentateuch oder Talmud und gibt doch gründlicher Auskunft. Sie ist auch verbindlicher als Grundformel der jüdischen Existenz.“

Zeitlebens empfand sich Améry zudem als Linker, vielleicht auch, weil zwischen Juden und Linken von jeher eine

tiefe Verbindung bestand. „Beide waren sie Minoritäten, beide gehörten sie zu ‚Verdamnten dieser Erde‘“, schreibt er 1973. Es ist eine Beziehung, „deren Ende brüsk durch das Jahr 1967 markiert ist“. Die neue Linke, wie sie in Gestalt der Studentenbewegung in Europa und den USA ihr Haupt erhob, zeigte ihre jüdenfeindliche Fratze. Für Jean Améry entrollte sich ein weiteres existenzielles Drama, das sein letztes Lebensjahrzehnt verdüstern sollte.

Texte von brisanter Aktualität

Unter dem Titel „Der neue Antisemitismus“ hat Amérys Hausverlag Klett-Cotta nun ein Bändchen mit sieben Essays aus den Jahren 1969 bis 1978 herausgebracht. Die Texte lesen sich streckenweise, als wären sie nach den Massakern der Hamas-Terroristen in Israel am 7. Oktober 2023 verfasst worden. „Doch neu ist in der Tat die Ansiedlung des als Anti-Israëlismus sich gerierenden Antisemitismus auf der Linken“, schreibt Améry. „Einst war das der Sozialismus der dummen Kerle. Heute steht er im Begriff, ein integraler Bestandteil des Sozialismus schlechthin zu werden.“

Wie damals, Ende der 60er Jahre, marschieren auch gegenwärtig linksradikale Antifa-Aktivistinnen an der Seite pro-palästinensischer Judenverächter auf deutschen Straßen und skandieren die Vernichtung des Staates Israel. Im tendenziell linken Kulturbetrieb gewinnt die Israel-Boycott-Bewegung BDS seit Jahren wachsenden Einfluss. Auf der Documenta 15 wurden 2022 Künstler aus Israel ausgesperrt und offen antisemitische Bilder gezeigt. An deutschen Universitäten häufen sich antisemitische Vorfälle, Graffiti mit Davidsternen auf dem Campus sollen jüdische Studenten einschüchtern.

All diese Attacken gegen Juden, die uns seit Oktober vergangenen Jahres schockiert haben und die Juden in Deutschland in tiefe Verunsicherung katapultieren, haben einst im Kielwasser der Achtundsechziger-Bewegung ihren Ausgang genommen. Schon damals attestierte Améry den aufmüpfigen Studenten der neuen Linken einen Mangel an Empathie und „Trägheit des Herzens“, wie er sie bislang nur bei rechtsgesinnten Judenverächtern vorgefunden habe – „die Allianz des antisemitischen Stammtisches mit den Barrikaden“.

Zu den tragischen Verstrickungen, die in Amérys Essays sichtbar werden, gehören auch seine Beurteilung der Haltung deutscher Konservativer zu Israel. Wo sich „die Rechte“ als „genuin pro-israelisch“ stellt, flößt sie mir Skepsis ein“, schreibt Améry. „Die Rechte, vergessen wir's nicht, ist für eine Ordnung, die Unterdrückung heißt.“ Zweifellos schwingen hierbei Erinnerungen an eine parlamentarische Rechte mit, die den Steigbügelhalter für Hitler gab.

Aber dass er Franz Josef Strauß und den Verleger Axel Springer als unzuverlässige Israel-Freunde bezeichnet, kann aus heutiger Sicht nur als grobe Fehleinschätzung gelten. Jedenfalls hat sich der strukturelle Konservatismus des Staates Israel, der seit Gründung fortwährend seine Existenz verteidigen muss, zum nachkriegsdeutschen Konservatismus bislang als näherstehend erwiesen als zur nachkriegsdeutschen Linken.



Jean Améry: „Der neue Antisemitismus“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2024, broschiert, 128 Seiten, 18 Euro

STRASSENBAU IN PREUSSEN

Von Königsberg nach Fuchsberg

In Ostpreußen wurde die erste Aktienstraße der Provinz Preußen mithilfe eines Straßenbaufonds gebaut

VON JÜRGEN EHMANN

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts beherrschten tiefe Löcher, sumpfige und morastige Stellen die großen verwaorsten Landstraßen in Preußen. Kurfürst Friedrich III. erließ wegen wiederholter Behördenklagen über die schlechte Beschaffenheit der Land- und Heerstraßen das Wegedikt von 1698. Dieses regelte die Wege-, Brücken und Dämme-Reparatur bzw. -Ausbesserung. Mit Einführung der ersten Postkutschen um 1700 und den mit fünf Meilen Abstand eingerichteten Poststationen an den großen Landstraßen sowie dem Ausbau des Postwesens vermehrten sich die Klagen über den schlechten Zustand der Straßen. Erst durch das von Friedrich Wilhelm I. am 20. August 1720 erlassene Wegedikt wurden die Wege intensiver ausgebaut.

Den Vorschlag des Oberpostdirektors Uhl, auf der schlechten Straße von Dirschau nach Marienburg die erste Kunststraßen-Chaussee in Preußen zu bauen, lehnte Friedrich der Große 1772 ab: „Übrigens sind die Wege in diesen Gegenden so schlecht nicht, wie Euch die Postmeister wollen glauben machen. Ich bin diese Wege größtenteils selber passiert und weiß daher zuverlässig, daß solche ebensowenig reparatur nötig haben, als die Straße von Berlin nach Charlottenburg.“

Die Postwege waren miserabel

Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II. bewilligte mit der Kabinettsordre vom 30. Januar 1788 ein Kapital von 15.000 Thalern für den Straßenbau in der Grafschaft Mark im Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreis. Dies hatte Bedeutung für die Entwicklung des Chausseebaus in Preußen. Zusätzlich genehmigte Gelder zur Errichtung der Chausseestrecken Magdeburg-Leipzig und Berlin-Potsdam brachten die armen Bevölkerungskreise in Arbeit, jedoch die Gründung des Chausseebau-Department 1791 mit seinem Leiter Graf v. Brühl nicht den erwünschten Erfolg des Straßennetzausbaus.

Die Finanzierung des Neubaus und der Unterhaltung von Chausseen in Preußen erfolgte zwischen 1815 und 1875 durch die für die Staatsstraßen verantwortlichen und mehrfach wechselnden Ministerien der preußischen Regierung und durch Straßenbaufonds der Provinzial- und Bezirksregierungen für deren Straßen. Eine weitere Möglichkeit der Finanzierung bestand in der Gründung von Chausseebau-Aktiengesellschaften, welche hauptsächlich im Zeitraum zwischen 1839 und 1857 entstanden.



Beispiel einer verbesserten Infrastruktur: Die Fuchsberger Chaussee, Stadtkreis Königsberg

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Die erste Aktienstraße in der Provinz Preußen, die nach der Veröffentlichung des Statutenschemas für „Actiengesellschaften vom 11. Mai 1842“ gebaut wurde, war die von Königsberg nach Fuchsberg führende Chaussee, die ursprünglich von einer 1841 gegründeten Aktiengesellschaft von Königsberg nach Kumehnen geplant war.

Um Arbeitskräfte für das Projekt zu erhalten, veröffentlichte der „Öffentliche Anzeiger. No. 15. Königsberg, Mittwoch den 13ten April 1842., S. 112“ eine

Anzeige der Gesellschaft: „Bei dem Bau der Actien-Chaussee von hier bis Fuchsberg, im Kreise Fischhausen, finden von jetzt ab, bis zum Herbst hin, fortwährend fleißige Arbeiter einen reichlichen Verdienst, was den betreffenden Arbeitslustigen Ihres Amtsbezirks mit dem Bemerken, daß sie sich Behufs Ueberweisung der bezüglichen Arbeit, bei dem Chausseeaufseher Heimberger, auf der Baustelle zu melden haben, gefälligst bekannt machen zu lassen (...)“ Unterzeichnet vom Comité des Actien-Vereins und für denselben, als Präses: der Polizei-Präsident, (gez.) Abegg.

Die Straßenarbeiten des ersten etwa zehn Kilometer langen Teilstücks von Königsberg bis Fuchsberg waren vermutlich Ende November 1842 beendet, denn nach Abnahme und Eröffnung verkündete der Ober-Präsident der Provinz Preußen, Carl Wilhelm von Bötticher, im „Amts-Blatt der Königl. Preuß. Regierung zu Königsberg, No 50. Königsberg,

Mittwoch, den 14ten Dezember 1842“: „So hat der erwähnte Actien-Verein von dem unterzeichneten Ober-Präsidenten die Befugnis erhalten, die in dem jedesmaligen, für die Staats-Chausseen gültigen Tarife festgesetzten Chaussee-Gelder an der Barriere, an dem sogenannten Wirr-Graben bei Königsberg, vorläufig für Eine und eine halbe Meile, von Mittwoch den 14ten des Monats ab, erheben zu lassen.“

Finanzielle Überschüsse wurden laut statistischen Darstellungen des Landkreises Königsberg zwischen 1842 und 1861 nicht erzielt. Die Aktionäre erhielten demnach keine Dividenden. Über die Art der Verzinsung und Tilgung des Anleihekaptals ließ sich nichts ermitteln. Die „Außerordentliche Beilage No. 11 zu No. 40. des Amtsblatts der Königl. Ostpreuß. Regierung, 1862.“ erwähnte, dass der Weiterbau der Chaussee von Königsberg nach Kumehnen nach Vollendung der Chaussee von Königsberg nach

Fuchsberg „wegen Beschränktheit der Fonds“ aufgegeben werden musste.

Aktionäre erhielten keine Dividende

1846 verzeichnete der Band 25 der „Verhandlungen des Vereins zur Beförderung des Gewerbfließes in Preußen“ auf Seite 202 die Strecke mit 1,2 Meilen. Für die nächsten Jahre sah man „mit Gewissheit“ der „Verlängerung der Actien-Chaussee von Königsberg nach Fuchsberg in der Richtung nach Kumehnen, auf einer Strecke von 1,75 Meilen, zur vortheilhafteren Verbindung der Inneren Theile der Landschaft Samland“ entgegen, jedoch war noch 1851 der Weiterbau der Actien-Chaussee nicht vorangekommen.

Im selben Jahr wurde eine Strecke von einer Viertelmeile von Pillau nach Alt-Pillau auf Staatskosten ausgebaut, da Pillau wegen fünfmonatigem Eis auf dem Frischen Haff und der dadurch gestörten Wasserverbindung eine Chaussee-Verbindung nach Königsberg forderte. Den weiteren Bau einer Kreis-Chaussee von Fuchsberg über Kumehnen nach Fischhausen und Alt-Pillau genehmigte Friedrich Wilhelm IV. mit dem Allerhöchsten Erlass vom 1. Februar 1858, Nr. 4842. Der Erlass regelte dazu das Expropriationsrecht für die zu der Chaussee erforderlichen Grundstücke und das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungsmaterialien.

Im Herbst 1859 erhielt der Kreis Fischhausen die auf Staatskosten erbaute Strecke von Pillau nach Alt-Pillau neben den Rechten auf Erhebung des Chausseegeldes in Verbindung mit der im Bau begriffenen Kreis-Chaussee, dem ehemals angedachten Weg von Fuchsberg über Drugehnen, Kumehnen, Polennen, Fischhausen nach Pillau. Nach dem erfolgten Ausbau durch den Landkreis Fischhausen konnte die Strecke am 16. Mai 1861 dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Damit bestand eine Chaussee-Verbindung von Königsberg nach Pillau.

Erst mit dem Allerhöchsten Erlass vom 11. August 1862 (Nr. 5581) erfolgte die Bestätigung des „Actien-Vereins zum Bau und zur Unterhaltung einer Chaussee von Königsberg nach Fuchsberg“.

GESANGSGRUPPE ALLENSTEIN

Mit harmonischem Singen Deutschkenntnisse festigen

Die AGDM wagt den Aufbruch in ein neues Abenteuer – Eine Gesangsgruppe im Entstehen trifft sich im Haus Kopernikus

Für den Abend des 12. Januar hatte die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) zum ersten Treffen einer neuen Gesangsgruppe ins Haus Kopernikus in Allenstein eingeladen. Gekommen waren zehn Interessierte unterschiedlichen Alters, die sich auf ein Gesangstraining und Auftritte einlassen wollten.

Noch im alten Jahr 2023 kursierte ein Werbeplakat in den Reihen nicht nur der Allensteiner Deutschen Minderheit, es gab viele Gespräche innerhalb der AGDM, um das Interesse und den Bedarf an einer Gesangsgruppe auszuloten. Nachdem der Chor „Vaterhaus“, der unter der Leitung von Andreas Kwahs seit den Anfängen der AGDM das Vereinsleben begleitet hatte, wegen des hohen Alters der Sänger vor wenigen Jahren aufgelöst werden musste, hatten die Mitglieder des Vereins das Bedürfnis, eine neue Gruppe zu gründen.

Unter den Fittichen von Anna Kazanska, der Kulturmanagerin der AGDM, entstand eine Gesangsgruppe, deren Mitglieder sich „auf eine unvergessliche Reise in die Welt der Musik und der deutschen Sprache“ aufmachen sollen, wie es in der Ankündigung heißt. Das Alter spielt dabei keine Rolle, gesucht werden generationenübergreifend Enthusiasten der Musik, die beim Aufbau der Gruppe mitwirken wollen. Für die Leitung des neuen, noch namenlosen Ensembles konnte mit Monika Zielińska die Absolventin eines Studiums der Musik gewonnen werden.

Am Anfang gilt es vorrangig, die unterschiedliche musikalische Vorbildung der Teilnehmer zu harmonisieren. Einerseits waren Sänger gekommen, die Erfahrungen in Chören aufweisen können, andererseits sind Personen mit guter Stimme, aber geringem Wissen zur Notenschrift dabei. Das gehört denn auch zu den ersten fachlichen Kenntnissen, die Zielińska vermitteln wird. Vor allem aber werden anfangs Übungen zum Atmen, zur Körperhaltung und zur ersten Artikulation auf die zukünftigen Mitglieder der Gruppe zukommen.

Sie sollen sich in dem Repertoire wohlfühlen, das die Leiterin in Rücksprache mit den Teilnehmern wählt und ergänzt. Der Schwerpunkt liegt auf einem vielfältigen Repertoire deutschsprachiger Lieder aus verschiedenen Epochen und Stilen. Das soll und wird nach einer ersten

Umfrage unter den Teilnehmern die Gesangsgruppe nicht davon abhalten, sich auch an Werken in polnischer, englischer oder lateinischer Sprache zu versuchen. Letzteres ist interessant für kirchliche Lieder, die ebenfalls zum Repertoire gehören werden.

Neben dem Sprechen und Singen in der deutschen Sprache, das dabei hilft, die kulturelle Identität zu bewahren, soll das Projekt die Integration und den Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft fördern. Gemeinsames mehrstimmiges Singen, bei dem die Sänger aufeinander hören müssen, verbessert auch im Alltag den Umgang miteinander – und hört sich darüber hinaus schön an. Nicht umsonst endet der Text des Werbeplakats mit den Worten „lasst uns Harmonie schaffen“, denn genau das will die Gruppe mit ihrer Aktivität und ersten Auftritten noch in diesem Jahr.

„Noch haben wir keinen Namen, außerdem könnten wir noch mehr – gerne auch junge – Stimmkünstler in unseren Reihen gebrauchen“, so der Vorsitzende der AGDM Piotr Dukat, der sich ebenfalls auf das gesangliche Abenteuer eingelassen hat, „aber wir stehen erst am Anfang und schauen optimistisch nach vorne.“



Bei der ersten Probe im Haus Kopernikus: Die Teilnehmer bei Atemübungen

FOTO: ANNA KAZANSKA

Uwe Hahnkamp

● AUFGESCHNAPPT

Der ZDF-Journalist Jan Böhmermann wird mit dem „Karl-Eduard-von-Schnitzler-Preis für Propaganda-Journalismus“ ausgezeichnet. Ausgeschrieben hatte den Preis die Stiftung Meinung und Freiheit. Fast tausend GEZ zahlende Bürger beteiligten sich im vergangenen Herbst an der Kür des Preisträgers, wobei mit 40 Prozent die meisten Stimmen an Böhmermann gingen. Auf Platz 2 und 3 hinter Böhmermann schafften es Georg Restle (25 Prozent) und Dunja Hayali (22 Prozent). Stiftungspräsident Roland Tichy freut sich über die große Resonanz der Abstimmung. Die Verleihung des Preises „für herausragende Desinformation, Meinungsmanipulation und Propaganda“ findet am 24. Februar im Presseclub in Frankfurt am Main in Anwesenheit von über 100 geladenen Ehrengästen statt, teilt die Stiftung mit. Karl-Eduard von Schnitzler moderierte bis 1989 die Sendung „Der Schwarze Kanal“ im Fernsehen der DDR. Er ging in die Geschichte ein als ein hervorsteckendes Beispiel für Schmutz, Lüge und Desinformation. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Unternehmer Martin Limbeck wundert sich im „Focus“ (30. Januar):

„Wir zahlen Steuern auf Rekordhoch, das Land nimmt Milliarden ein – und gefühlt kommt nichts davon an den Stellen an, wo es nötig wäre.“

Der bekannte Auto-Experte Ferdinand Dudenhöffer sagt gegenüber „ntv“ (23. Januar) eine „Renaissance des Verbrenners“ voraus, denn:

„Das Geschwätz von Habeck und Co. nehmen Deutschlands Autobauer ohnehin nicht mehr ernst. Nach ein paar Monaten werden sie sich entscheiden, alle Kraft wieder in den hochprofitablen Verbrennungsmotor zu stecken. Der erste Autobauer, der anfängt, den Benziner wieder zu bewerben, wird mehr davon verkaufen und seine Marktanteile rasch steigern. Sie werden sehen, wie schnell die anderen nachziehen.“

Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz gibt in der Talkshow „Links, Rechts, Mitte“ (21. Januar) des Senders Servus TV eine Erklärung für die hohen Wahlergebnisse der AfD:

„Das Interessante ist, dass die Partei, die eigentlich die Oppositionspartei sein müsste, nämlich die Union, längst schon programmiert ist auf Schwarz-Grün. Und die Wähler sind nicht so blöde, die spüren das oder die wissen das, dass das, was als nächste Regierung in Deutschland kommt, eine schwarz-grüne Regierung ist, die genau dasselbe weitermacht wie bisher. Das ist der Grund dafür, dass sie die AfD wählen.“

Mario Thurnes teilt Bolz' Befürchtungen hinsichtlich künftiger Koalitionen. Bei „Tichys Einblick“ (29. Januar) fasst er die Aussichten knapp zusammen:

„Mit der AfD darf die CDU nach Selbstverpflichtung nicht regieren, ohne SPD und Grüne kann die CDU nicht regieren. Also müssen die Christdemokraten sich innerparteilich grün-links verbiegen, wollen sie als ministrabel gelten.“

Der erfahrene Journalist Ralf Schuler stellt auf dem Portal „Nius.de“ (29. Januar) etwas Grundsätzliches klar:

„Journalisten, die Geld vom Staat bekommen, sind keine. Staatsjournalismus ist kein Journalismus, sondern Regierungspropaganda ... Und wenn, wie im Falle von ‚Correctiv‘ und dem vermeintlichen Geheimtreffen von Potsdam, am Ende die für die Recherche zahlende Bundesregierung zu Demonstrationen aufruft, an denen auch Vertreter der Regierung teilnehmen, dann machen sich Journalisten zu Wasserträgern und Propagandisten der Macht.“

● WORT DER WOCHE

„Was wir im Moment tun, wird in der ganzen Welt niemand nachmachen, weil es nicht erfolgreich ist, und auch nicht erfolgreich sein kann!“

Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), am 23. Januar zur angeblichen Vorbildfunktion Deutschlands bei der Energie- und Wirtschaftspolitik

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ein Ruck der Linientreue

Was die kaputten Straßen über unser Land erzählen, und was der Kanzler von den Deutschen erwartet

VON HANS HECKEL

Von den schönen glatten Straßen zeigten sich viele Deutsche aus der DDR, die Ende 1989 erstmals in den Westen fahren konnten, besonders beeindruckt. Die waren ja wirklich ganz anders als die zerfurchten Huckelpisten, die ihnen der sieche Realsozialismus beschert hatte. Den Westlern, die in der Gegenrichtung unterwegs waren, erschienen dagegen die zerfurchten Fahrbahnen in der „Zone“ als eines der sichtbarsten Symptome eines gescheiterten Staates.

Hatten die Westler Recht? Dann sagt ein Blick in die Lokalzeitungen unserer Tage vielleicht mehr aus über den Zustand des Landes als so manche komplizierte Wirtschaftsstatistik: „Schlagloch-Alarm in Berlin“ („B.Z.“), „Schlagloch-Alarm: Frankfurt wird zur Buckelpiste“ („Bild“, Regionalausgabe), „Schlagloch-Alarm auf Hamburgs Straßen“ („Hamburger Abendblatt“), „Schlagloch-Alarm in Castrop-Rauxel: Wo klaffen die tiefsten?“ („Ruhr Nachrichten“), „Schlagloch-Alarm für Autofahrer in Halle“ („Mitteldeutsche Zeitung“) – die Reihe der fast gleichlautenden Überschriften könnten wir noch ein ganzes Weilchen fortsetzen. Aber lassen wir's dabei.

Nein, Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich, sagen kluge Köpfe. So sind wir von einer „DDR 2.0“ noch weit entfernt, aber die Häufung von Ähnlichkeiten kommt einem schon recht interessant vor. Ende der 1980er machten die Menschen im sozialistischen Staat so einen merkwürdig erschöpften, desillusionierten Eindruck. Selbst diejenigen, die sich den Laden lange schöngeredet hatten („Es ist mühsam, aber es geht voran!“), schienen die Flinte der Hoffnung ins Korn geworfen zu haben.

In seiner „Schlagloch“-Nummer berichtet das „Hamburger Abendblatt“ nun von einer Studie, nach der nahezu die Hälfte der Befragten angibt, heute weniger Kraft zu haben als noch vor drei Jahren. Ja, sicher, ist ja auch alles anstrengender geworden auf der Arbeit, schon wegen des Fachkräftemangels und der dadurch immer dünneren Personaldecke, wo immer weniger Leute immer mehr leisten müssen. Oder? Ach, das ist es gar nicht so sehr. An der Spitze der Belastungsfaktoren stehe neben der Vielzahl der Krisen wie Krieg und ungezügelter Einwanderung „die Politik in Deutschland“. Auf Deutsch: Die Ampel macht die Leute fertig.

Selbst die Hamburger DGB-Chefin Tanja Chawla gibt gegenüber dem „Abendblatt“ zu, dass Ampel-Kapriolen wie das Heizungsgesetz zur Verunsicherung der Bürger beitragen. Aber was macht man da? In der DDR appellierten die Führer an die sozialistische Kampfmoral der Bürger, mit der sie sich aus Erschöpfung und Resignation befreien sollten. In der „FAZ“ lesen wir jetzt: „Scholz erwartet von Deutschen ‚klares Votum gegen rechts‘.“ Nicht das Volk darf etwas von der Regierung erwarten, sondern die Regierung vom Volk. Wieder was Neues. Aber es klappt ja! Chawla fühlt sich sogar richtig ermutigt von den Demonstrationen gegen Rechts: „Es geht ein Ruck der Aktivität durch die Republik. Das beruhigt mich etwas.“

Ja, so kommen wir durch die Krise! Um vergessen zu können, dass die Regierung das Land im Schweinsgalopp in den Dreck reitet, richten wir uns einfach wieder auf mit unserer feurigen politischen Linientreue, oder? Nun, am Tag nach der „Kampfdemonstration“ standen sie in der DDR schon wieder Schlange nach kaum erreichbaren Waren oder warteten im Betrieb vergeblich auf Ersatzteile, die nicht geliefert wurden. Heute sehen wir uns von Energiekosten erdrückt oder stellen fest, dass es zwar neue Wohnungen gibt, aber nur exklusiv für Asylsucher und nicht für Einheimische.

„Neutralitätspflicht“ mal so, mal anders

Das nervt und lässt den einen oder anderen sogar aufmüpfig werden. In dem Falle hilft nur noch die ganze Strenge der Regierenden. Wie bei dem mittlerweile berühmt gewordenen Berliner Feuerwehrmann, der es gewagt hatte, während der Dienstzeit den demonstrierenden Bauern zuzuwinken. Neben einem Disziplinarverfahren bedroht Berlins Innenministerin Iris Spranger (SPD) den Mann laut „Berliner Zeitung“ nun sogar mit einem Strafverfahren, weil er als Staatsdiener seine „Neutralitätspflicht“ verletzt habe.

Nur wenige Tage nach der großen Bauern-Demo in Berlin animierten offenbar zahlreiche Lehrer ihre Schüler quer durch Deutschland, an den „Anti-Rechts“-Demos teilzunehmen. Von disziplinarischen oder gar strafrechtlichen Konsequenzen für diese Staatsdiener ist nichts bekannt. Die „Neutralitätspflicht“ wird demnach ziemlich elastisch ausgelegt: Es kommt darauf an, in welche Richtung man die Neutralität verlässt. Gefällt sie der Regierung, hat man nichts zu befürchten,

gefällt sie ihr nicht, dann macht euch auf was gefasst.

Dem Arbeiter- und Bauernstaat galt Neutralität in weltanschaulichen Fragen per se als verdächtig, ja, als möglicher Hinweis darauf, dass man insgeheim oppositionelle Neigungen verspürte. In der alten Bundesrepublik war das ganz anders – aber Sie sehen: Wir holen auch hier auf!

Und wie geht so etwas zu Ende? Die DDR ging schlicht pleite, für wichtige Investitionen war kein Geld mehr da, das Land zerbröselte. Indes: Bis zum Schluss hatte das SED-Regime sehr wohl genug Geld für einen gigantischen Sicherheitsapparat, die privilegierte Lebensführung ihrer Spitzenkader oder für absolut monströse Grenzsicherungsanlagen samt Personal. Wie sieht es heute aus? Als der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, neulich gefragt wurde, warum das fest versprochene „Klimageld“ für die Haushalte, die unter ihren Energiekosten ächzen, nicht komme, war die schlichte Antwort des SPD-Genossen: „Wir haben einfach kein Geld mehr.“

Was auch nicht ganz richtig ist. Heute ist sogar massig Geld vorhanden, rund tausend Milliarden Euro nimmt der Staat dieses Jahr an Steuern ein, mehr denn je. Aber das Geld benötigt man für andere Dinge als für die Bürger. Die von Deutschland finanzierten Fahrradwege in Peru und eine ganze Palette weiterer putziger „Entwicklungsprojekte“ in aller Welt haben es bereits zu Prominenz gebracht. Nicht billig sind auch all die aus der Steuerkasse bezuschussten „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs), die das Geschäft der herrschenden Parteien im „vopolitischen Raum“ erledigen, wo sie sich aus fett gemästeten Programmen wie „Demokratie leben“ ernähren und gut bezahlte Stellen für Gesinnungsgenossen von Grün-Rot bereitstellen. Nicht vergessen wollen wir auch die (mindestens) 50 Milliarden Euro an Migrationskosten. Während Kita-Erzieherinnen und Feuerwehrleute fehlen, hat das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) munter Personal aufgebaut.

Nun kam noch dazu, dass knapp acht Milliarden Euro mehr für die Bezuschussung der Erneuerbaren Energien ausgegeben werden müssen, weil davon so wunderbar viel produziert wurde, wie Minister Habeck jubelt. Mal sehen, woher sie die Patte holen, wo sie doch „kein Geld mehr“ haben. Ach, beim Volk ist sicher noch was zu erbeuten.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de